



Flüchten Sie nach Europa, solange es noch geht

Was jetzt schon oft gefährlich ist, wird weiter erschwert: Die EU plant Asylprüfungen direkt an den Außengrenzen und weitere Verschärfungen. Die Aussichten vor dem Gipfel der EU-InnenministerInnen

3

Er hat es nach Europa geschafft: Ankunft mit einem Boot, das die riskante Fahrt übers Mittelmeer überstand und von der italienischen Küstenwache zum Hafen von Catania begleitet wurde Foto: Orietta Scardino/epa

Kommentar von **Lukas Wallraff** zum Asylgipfel der EU-InnenministerInnen

Allein gegen die Abschottung

Die Grünen können einem fast schon leidtun. Kaum ist die Aufregung über Habecks Heizungsgesetz halbwegs abgeebbt, weil der Klimaschutzminister demütig zurückgerudert ist, da türmt sich schon das nächste Problem mit Potenzial zur Regierungskrise auf. Und diesmal wird es für die Grünen noch schwieriger, denn beim EU-Asyl-Gipfel am Donnerstag geht es nicht um technische Zukunftsfragen und Parteimanöver, die zumindest kurzfristig niemanden existenziell bedrohen, sondern um Menschen in akuter Not, die auf Schlauchbooten versuchen, in Europa Schutz zu finden.

Asylsuchenden zu helfen war immer ein grünes Herzensthema. Das macht der Appell von mehr als 700 Mitgliedern deutlich, die sich gegen die Pläne der EU wenden, die Aufnahme von Geflüch-

teten künftig mit dubiosen „Vorprüfungen“ an den EU-Außengrenzen einzuschränken. Wie das praktisch ablaufen soll, bleibt bisher nebulös. In Sammelagern? Inner- oder außerhalb der EU? Klar ist nur, dass alle Zeichen auf noch härtere Abschottung stehen. Und die politischen Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Widerstand gegen diese Pläne sind denkbar schlecht.

Bis auf ein paar Abgeordnete signalisiert kaum jemand aus der Ampel großen Heldenmut. Nicht nur Rechte, auch grüne und sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen berichten von ihrer Überforderung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Auch die grünen MinisterInnen drängen sich nicht gerade nach Selfies mit SyrerInnen wie Angela Merkel 2015. Die damals kurzzeitig demonstrativ humane Kanzlerin hatte es jedoch auch

leichter als Olaf Scholz heute. 2015 gab es keinen Krieg in Europa mit unabsehbaren Folgen und Millionen europäischen Binnenflüchtlingen aus der Ukraine, keine Energiekrise und keine große rechte Oppositionspartei. Heute sitzt der Ampel nicht nur die Merz-CDU im Nacken, sondern auch eine erstarkte AfD mit jetzt schon 19 Prozent.

Eine liberale Flüchtlingspolitik wäre trotzdem möglich, weil der eklatante Arbeitskräftemangel in Deutschland allen auffällt und die Aufnahmebereitschaft zumindest langfristig erhöhen müsste. Doch leider gibt es in der EU kaum noch MitstreiterInnen für eine offene Haltung und eine ausgewogene Verteilung der Geflüchteten auf die 27 Mitgliedsstaaten. Luxemburg, vielleicht. Skandinavien? Vorbei. Die Zahl der rechtsgerichteten Regierungen ist seit 2015 deutlich gestiegen.

Regieren zwingt oft zu bitteren Kompromissen. Und zu Ehrlichkeit: Für unkontrollierte EU-Grenzen gibt es auch hier keine Mehrheit, weil ein Großteil der Geflüchteten so nach Deutschland kommt. Angesichts der Verweigerungshaltung der meisten europäischen PolitikerInnen müssen die Grünen nun wenigstens ernsthaft versuchen, punktuelle, aber wichtige Zugeständnisse zu erreichen, etwa eine bedingungslose Aufnahme von Kindern. Ja, schon eine Vertagung wäre bei diesem Asylgipfel ein Erfolg, weil menschenfreundliche Beschlüsse nicht in Sicht sind.

Eine deutsche 15-Prozent-Partei wird die Grundrichtung der europäischen Asylpolitik kaum ändern können. Wer das nicht mehr aushält, müsste die Regierung verlassen. Damit ließe man die Menschen auf der Flucht aber erst recht alleine.

Ausgabe Berlin
Nr. 13138
€ 3,20 Ausland
€ 2,60 Deutschland



Die taz wird ermöglicht durch

22.656

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

VERBOTEN

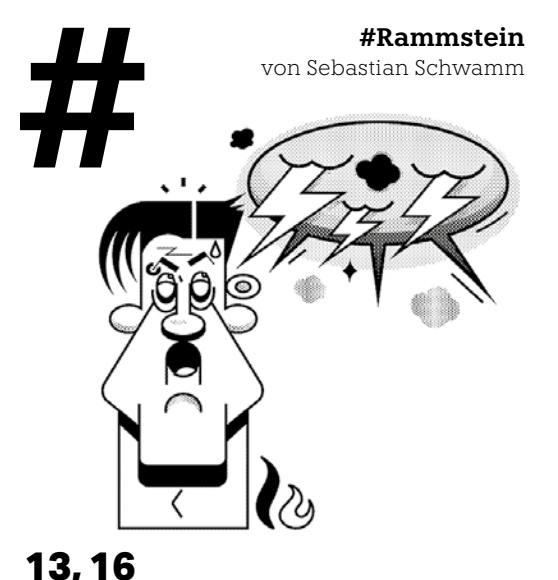
Guten Tag, meine Damen und Herren!

Arme Arminia aus Bielefeld: Herzliche Grüße an die Fußball-Loser der Saison! In einem Jahr direkt durchgereicht von Liga 1 in Liga 3. Ein krasses sportliches Missgeschick, das nicht einmal der taz Panter FC jemals unterbieten kann.

Weil es nur zwei Medienligen gibt.

Nach dem Dambruch
Wie Staat und Menschen in der Ukraine mit den Überflutungen umgehen
2

Ernährungswende von unten im Libanon
Neue Ideen gegen die extreme Steigerung der Lebensmittelpreise
4-5



#Rammstein
von Sebastian Schwamm

13, 16

„Viele wollen nicht gehen“

Die Humanitäre Lage in Cherson ist dramatisch, sagt die Regionalleiterin des Roten Kreuzes

Interview Juri Larin

taz: Wie stellt sich die Lage am Mittwochmorgen in Cherson dar?

Natalja Schatilow: Der Wasserpegel ist über Nacht weiter gestiegen, das tut er auch jetzt noch. Nach Angaben der ukrainischen Militärverwaltung könnte er in den kommenden 20 Stunden noch einmal um ein bis zu anderthalb Meter steigen. Die Straße in den Vorort Kamyshany ist blockiert. Zum Mikrobezirk Ostrow gibt es ebenfalls keinen Zugang. Der staatliche Rettungsdienst ist mit Booten im Einsatz, aber die Menschen können zu einigen Orten nicht alleine gelangen. Panik herrscht nicht. Meinen Unterlagen zufolge gibt es bislang keine Verletzten. Viele Leute wollen eigentlich gar nicht aus Cherson gehen. Diejenigen, die das brauchen, befinden sich an speziell ausgestatteten sicheren Orten in Cherson. Jetzt muss das Problem gelöst werden, Familien mit warmen Mahlzeiten und Hygieneartikeln zu versorgen. Wir erhalten bereits humanitäre Hilfe aus unterschiedlichen Regionen in der Ukraine, aber auch aus Europa.

Was wird jetzt am meisten gebraucht? Tabletten, um Wasser zu desinfizieren. Denn es besteht die Gefahr, dass sowohl Kläranlagen als auch Friedhöfe überflutet werden. Und das wird sich auf die Wasserqualität auswirken. Doch

Natalja Schatilow

49, ist stellvertretende Leiterin der Regionalorganisation Dnipro des Roten Kreuzes Ukraine in der Stadt Cherson

wie ich schon sagte: Die Bewohner*innen von Cherson haben die Besatzung und den Beschuss überlebt. Jetzt wollen sie warten, bis das Wasser nachlässt, um dann möglichst schnell nach Hause zurückzukehren. Wir reagieren jetzt auf die aktuellen Bedürfnisse der Menschen. Gleichzeitig ist klar, dass es Konsequenzen geben wird, die morgen, übermorgen, in einer Woche oder erst in einem Monat sichtbar werden. Wir verfolgen das alles genau. Es gibt Kläranlagen, die bereits überflutet, und Friedhöfe, die bereits weggeschwemmt worden sind. Es gibt viele Faktoren, die sowohl das Grundwasser als auch das Wasser im Dnipro betreffen. Wir haben bereits um Wasser gebeten. Aktuell gibt es noch Trinkwasser, aber wer weiß, wie lange. Auch gibt es ein großes Problem mit Tieren, die wir versuchen zu retten. Wir suchen nach Möglichkeiten, wie man sie da herausholt und füttert.

Sind bereits viele Tiere gestorben? In den überschwemmten Gebieten haben unsere Freiwilligen und Bürger mit dem Boot oder zu Fuß Tiere auf eigene Faust gerettet – Hunde und Katzen. Sie haben sie in Autos gezerrt, in Notunterkünfte oder an trockene Orte gebracht und gefüttert. Die Beschaffung von Tierfutter ist vordringlich.

Sind Apotheken und Geschäfte geöffnet? Ja, das gilt für alle Läden, die außerhalb der Risikozone liegen.

Geht der Beschuss weiter? Gerade wird nicht geschossen. Aber am Mittwochmorgen sind die Evakuierungen unter Beschuss erfolgt. Es gab beängstigende Momente. Die Leute wollten weggehen, gerieten dabei jedoch immer wieder in lebensgefährliche Situationen.

Haben Sie damit gerechnet, dass die Russen den Damm sprengen würden?

Wir sind bereits sehr stressresistent und wissen, wie man sich in Sicherheit bringt und versteckt. Bei uns macht gerade ein Witz die Runde: Selbst wenn Außerirdische kämen, wären wir nicht überrascht. Aber was jetzt passiert ist, eine solche Öko-Katastrophe, das war nicht zu erwarten. Ich verstehe diese Barbarei nicht, das ist grausam. Mir fehlen die Worte.

Aus dem Russischen: Barbara Oertel

taz blogs
[kernik_blog]
Einst das Schreckgespenst des Bildungsbürgers, heute Liebling des Föjetong: der Comic.
taz.de/blogs/comicblog/

Eine Katastrophe auch für die Natur

Nach der Zerstörung des Kachowka-Staudamms gibt die Atomenergiebehörde vorerst Entwarnung für das nahe AKW. Umweltschützer sprechen derweil von einem „Ökozid“

Von Bernhard Clasen

Kurzfristig stellt das Hochwasser des gesprengten Kachowkaer Staudamms keine Gefahr für das Atomkraftwerk Saporischschja dar. Darin sind sich die Internationale Atomenergiebehörde IAEA und der ukrainische Atomkonzern Energoatom einig. Zwar sei der Wasserstand im Stausee, der das bei Energodar gelegene ukrainische Kernkraftwerk versorge, im Laufe des Tages gesunken, zitiert die Webseite der IAEA Generaldirektor Rafael Mariano Grossi. „Das AKW kann kein Wasser mehr aus dem Stausee entnehmen, wenn dessen Pegel unter 12,7 Meter sinkt“, so heißt es in dem Statement. Ein Zustand, der in einigen Tagen eintreten könne. Das AKW verfüge jedoch über Back-up-Optionen.

Außerdem sei der große Kühlteich in der Nähe des AKW derzeit voll mit Wasser gefüllt. Und damit ließe sich das Kraftwerk, dessen sechs Reaktoren abgeschaltet seien, für mehrere Mo-

nate versorgen, so Grossi. Darüber hinaus könne die Anlage bei Bedarf eine tiefe, mit Wasser gefüllte Grube im Bereich des Frachthafens des Kraftwerks nutzen sowie auf das Wassersystem der Stadt Energodar zugreifen. Gleichzeitig habe man im AKW Maßnahmen zum Sparen von Wasser eingeleitet.

Auch Petro Kotin, Präsident des AKW-Betreibers Energoatom, ist sich sicher, dass die Staudamm-Katastrophe nicht die Sicherheit des AKW bedroht. Auf dem Telegram-Kanal von Energoatom berichtet Kotin, dass man bereits seit einiger Zeit einen Maßnahmenkatalog für den Fall eines Dammbruchs erarbeitet hätte. In diesem seien auch Verhaltensregeln für die Sicherheit des Personals eingearbeitet.

Anders könnte es jedoch bei der mittelfristigen Sicherheit des Kraftwerkes aussehen. „Was mich beunruhigt, ist der fünfte Reaktor“, erklärte die ukrainische Atom-Expertin Olga Koscharna gegenüber der taz. Sie

könne nicht verstehen, warum sich Reaktor Nummer fünf immer noch im Zustand einer Heißabschaltung befinde, also 275 Grad Hitze im ersten Kühlkreislauf habe. Demgegenüber hätten die kalt abgeschalteten Reaktoren eine Temperatur von ungefähr 70 Grad. „Das ist ein weitaus höherer Sicherheitsgrad“, so Koscharna. Zwar streben die ukrainischen Betreiber

Die Bewässerungssysteme in der Region fallen bis auf weiteres aus

eine Kaltabschaltung aller Reaktoren von Saporischschja an. Doch die russischen Besatzer, so Koscharna, sperrten sich dagegen, wollen Reaktor fünf wieder in Betrieb nehmen, „um die Welt zu erpressen“.

Weiter flussabwärts, vor dem zerstörten Staudamm, sprechen UmweltschützerInnen derweil

von einem Ökozid. Die Zerstörung des Damms werde das Gesicht der südlichen Region der Ukraine verändern, so Ljudmilla Zyganok von der Association of Environmental Professionals gegenüber dem Telegram-Kanal „Politika Strany“.

Da die Bewässerungssysteme in dieser Gegend bis auf Weiteres ausfallen, werden sich Sümpfe bilden. Andere Gebiete der landwirtschaftlich ertragreichen Region wiederum drohen sich in Wüsten zu verwandeln. Einzigartige Landschaften der Dnjepr-Auen würden vernichtet. Giftige Stoffe, Kraftstoffe, Öle, Landminen und Bakterien aus zahlreichen Rindergräbern wanderten mit den Fluten Richtung Meer. Man müsse mit einem riesigen Fischsterben, ausgetrockneten Böden und einem sich komplett verändernden Klima rechnen. Eine neue Wüste werde Staubstürme und Temperaturanstieg in der Region mit sich bringen. Der Landwirtschaft drohe eine Dürre. Wasservögel würden keine Feuchtgebiete mehr finden.

In der Folge sei die Wasserversorgung der Krim, von Kryvyi Rig und anderen ukrainischen Städten gefährdet. Vor dem Hintergrund zerstörter Lebensgrundlagen sei mit 1,5 Millionen weiteren Binnenflüchtlingen zu rechnen, so die Umweltschützerin.

Auch die Tiere leiden in der Region. Im Zoo von Nowaja Kochowka, berichtet die Tierschutzorganisation UAnimals, hätten nur einige Schwäne und Enten die Katastrophe überlebt. 571 Tiere, so UAnimals, hätten ihre aus Kiew angereisten Aktivisten evakuieren können.

Unterdessen hat das ukrainische Gesundheitsministerium eine Liste von Vorsichtsmaßnahmen für die in den betroffenen Gebieten lebende Bevölkerung erstellt. Um Infektionen zu verhindern, sollten die in den Gebieten von Cherson und Saporischschja lebenden BewohnerInnen Wasser abkochen oder aus gekauften Flaschen trinken, sich regelmäßig die Hände waschen, Kleidung, die man bei der Überschwemmung getragen hatte, desinfizieren, Lebensmittel kochen oder braten.



Schweiz ein bisschen weniger neutral

Die Lage an der Kriegsfront bleibt auch am Mittwoch unübersichtlich. Auf Waffen könnte die Ukraine bald auch aus der Schweiz zählen – über Umwege. Erneut kommt es offenbar zu Angriffen in der russischen Grenzregion Belgorod

„Ich danke dem Schweizer Bundesrat für den wichtigen Schritt, den Reexport von Waffen aus Schweizer Produktion freizugeben. Wir sind gespannt auf die nächsten Schritte“, twitterte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba am Mittwoch. Sechs Tage nach einer Abstimmung im Parlament hat der Bundesrat des Schweizer Parlaments eine Änderung knapp gebilligt, die die Lieferung von Waffen über einen Umweg in die Ukraine doch ermöglichen würde. „Länder, die Schweizer Militärgüter kaufen, sollen diese unter bestimmten Bedingungen an Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, re-exportieren dürfen“, heißt es in der offiziellen Presseerklärung. Der Be-

schluss wurde am Mittwoch mit 22 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen angenommen. Am vergangenen Donnerstag hatte der Schweizer Nationalrat gegen ei-

Der Schweizer Bundesrat stimmt für den Re-Export von Waffen in Kriegsgebiete

nen entsprechenden Änderungsantrag gestimmt – der nach der Abstimmung des Bundesrates nun erneut geprüft werden soll. Bisher verpflichtete sich die Schweiz ihrem Neutralitätsgebot.

An der Frontlinie in der Ukraine bleibt die Lage rund um die umkämpfte Stadt Bachmut unübersichtlich. Das ukrainische Verteidigungsministerium sprach auf Telegram von Geländegewinnen – das russische Verteidigungsministerium widersprach. Im vergangenen Monat war Bachmut an Russland gefallen.

Weiter im Nordosten, im ukrainischen Gebiet Sumy, meldete der Chef des ukrainischen Präsidialamtes Andrij Jermak ebenfalls im Kurznachrichtendienst einen russischen Drohnenangriff vom iranischen Typ Schahed mit mindestens zwei toten Zivilisten. Das gesamte Sumy-Grenzgebiet wurde in der Nacht zu Mittwoch und am Morgen stark beschossen, so Jermak.

Aus Moskau berichteten die Behörden erneut von Angriffen im russischen Grenzgebiet Belgorod, dieses Mal mit Mehrfachraketenwerfern des Typs Grad, die sowohl russische als auch ukrainische Streitkräfte einsetzen. Am Mittwoch kam auch die Beschuldigung, dass Kyjiw die derzeit ungenutzte Ammoniak-Pipeline zwischen der russischen Stadt Togliatti und dem Hafen der ukrainischen Stadt Odessa gesprengt habe. Als eine „ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppe“ bezeichnete das russische Verteidigungsministerium die Explosion – mehrere Zivilisten seien verletzt worden. Russland kündigte auch eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Luftabwehrsysteme an. (gta, rtr)



Ende Mai an der polnisch-belarussischen Grenze: Die meisten Polen lehnen jede Umverteilung von Geflüchteten ab
Foto: Agnieszka Sadowska/Agencja Wyborcza/reuters

Schicksalsträchtiger Gipfel

Nach jahrelangem Zwist wollen die EU-Innenminister eine Reform des Asylrechts beschließen. Wie blicken einzelne Mitgliedsstaaten auf das Vorhaben?

Von **Eric Bonse** (Brüssel), **Frederik Eikmanns** (Berlin), **Gabriele Lesser** (Warschau), **Alexandra Mostyn** (Prag) und **Reinhard Wolff** (Stockholm)

Seit Jahren schiebt die Europäische Union eine Reform des Asylrechts vor sich her. Alle Versuche, zwischen Ankunfts- und Aufnahmeländern zu vermitteln und die Flüchtlinge fairer auf die 27 EU-Staaten zu verteilen, sind bislang gescheitert. Doch nun naht die Stunde der Wahrheit: An diesem Donnerstag will der schwedische EU-Vorsitz eine Entscheidung erzwingen. Beim Treffen der Innenminister in Luxemburg soll sie fallen.

Die Chancen stünden „fifty-fifty“, sagt ein EU-Diplomat in Brüssel. Es gebe ein „Momentum“, meint ein anderer. Festlegen wollte sich am Mittwoch niemand. Dafür steht zu viel auf dem Spiel: Es geht nicht nur um den Erhalt des Schengen-Systems der Reisefreiheit, um den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bangt. Es geht auch um den Schutz der Außengrenzen – und um die Glaubwürdigkeit der EU.

Diesmal soll sich nicht wiederholen, was die Gemeinschaft 2015 in die Krise stürzte: Damals hat die EU zwar einen Beschluss gefasst – doch Ungarn, Polen und viele andere Staaten haben

ihn nicht umgesetzt. Um diesen Worst Case zu verhindern, sollen die Innenminister diesmal nicht bloß – wie bereits 2015 – mit qualifizierter Mehrheit abstimmen, wodurch eine Blockade per Veto verhindert wird.

Der schwedische Ratsvorsitz versucht auch, auf alle möglichen Wünsche und Bedenken einzugehen. Im Gespräch sind nicht nur die in Deutschland umstrittenen Asylverfahren an den Außengrenzen. Auf dem Tisch liegen auch jährliche Obergrenzen, ein Solidaritätsmechanismus mit Ausgleichszahlungen für Verweigerer – im Gespräch sind 20.000 Euro pro Person – sowie EU-Zuschüsse für den Ausbau von Grenzanlagen.

Man müsse einen Mittelweg zwischen „Solidarität“ und „Verantwortung“ finden und sich zugleich bemühen, das Hauptankunftsland Italien zu entlasten, so ein Diplomat. Das sei ein schwieriger Balanceakt. Doch selbst wenn ein Deal gelingen sollte, so wäre die Reform noch längst nicht in trockenen Tüchern. Denn am Ende muss sich der Ministerrat auch noch mit dem EU-Parlament einigen.

Das Parlament will jedoch weitergehen als der Rat. Es fordert eine echte „europäische

Lösung“, die auch verbindliche Quoten für die Umverteilung der Asylbewerber enthalten könnte. Die EU stellt sich auf lange und harte Verhandlungen ein – das Treffen in Luxemburg ist nur der Start in einen heißen Sommer. Im Herbst beginnt bereits der Europawahlkampf; dann dürfte eine Einigung noch schwieriger werden.

Doch wie blicken einzelne Mitgliedsländer auf die geplante EU-Asylreform? Ein Überblick.

Wenn in **Polen** von „Asyl“ oder „Kriegsflüchtlingen“ die Rede ist, denkt kaum jemand an die Millionen Ukrainerinnen, die seit Kriegsbeginn mit ihren Kindern ins Land gekommen sind. Denn Polens Behörden gaben ihnen einen zunächst auf 18 Monate befristete Aufenthaltsstatus mit Krankenversicherung und sofortiger Arbeitserlaubnis. Ähnlich werden die belarussischen Oppositionellen, die in Polen seit Jahren Schutz suchen, behandelt. Meist finden sie sofort Arbeit in der IT-Branche oder als Ärzte und Pflegepersonal in polnischen Krankenhäusern.

2015 gewannen die Nationalpopulisten von der Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit einer Angstkampagne gegen Geflüchtete die

Parlamentswahlen. So kippte die damalige Hilfsbereitschaft der Polen in ihr Gegenteil um. Ganz wie von den PiS-Propagandisten gewollt, lehnten die Polen plötzlich mehrheitlich jede Solidarität mit Ländern wie Griechenland oder Italien ab. Das zieht sich bis heute. Die meisten Polen lehnen jede EU-weite Umverteilung von Geflüchteten ab. Offiziell begründet die Regierung in Warschau dies mit dem besonderen Freiheitsverständnis der Polen. Jeder solle frei wählen dürfen, wo er nach geglückter und anerkannter Flucht leben wolle. Polen jedenfalls werde niemanden festhalten, den es in ein anderes Land ziehe.

Eine Asylpolitik der offenen Arme gilt in Schweden längst nicht mehr

Deutschland unterstützt die Pläne der EU-Kommission im Kern, das gilt auch für die grünen Minister*innen. Nur bei Detailfragen tritt Bundesinnenministerin Nancy Faeser für Änderungen ein. Dazu gehört insbesondere die Frage, ob Fa-

milien ebenfalls die Prüfverfahren an den EU-Außengrenzen durchlaufen sollen. Die Pläne der EU-Kommission sehen derzeit Ausnahmen nur für Familien mit Kindern unter 12 Jahren vor, die Bundesregierung will, dass das auch für Jugendliche bis 18 Jahre gilt. Innerhalb der SPD- und Grünenfraktionen im Bundestag gibt es zwar Unmut über die geplante EU-Asylrechtsverschärfung und die Position der Bundesregierung, doch nur wenige Abgeordnete äußern das bisher öffentlich. Zumindest bei den Grünen macht aber die Basis Druck. Scharfer Protest kam zuletzt auch von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie ProAsyl oder Amnesty International.

Spätestens nachdem im vergangenen Herbst in Stockholm die neue Regierung ihr Amt angetreten hatte, war es in **Schweden** mit einer einigermaßen menschenwürdigen Flüchtlingspolitik vorbei. Um überhaupt das Amt des Ministerpräsidenten antreten zu können, war Ulf Kristersson gezwungen, für sein Regierungsprogramm praktisch komplett die migrationspolitischen Vorstellungen der rechten Schwedendemokraten zu übernehmen, auf deren parlamen-

tarische Unterstützung er angewiesen ist.

Die Einrichtung von grenznahen Asylzentren, in denen Migranten bereits auf ihren Schutzstatus hin überprüft werden sollen, ist damit ganz im Sinne Stockholms. Für humanitäre Ausnahmen, wie sie die Bundesregierung fordert, darf sie sich dagegen keine schwedische Unterstützung erwarten. Zwingend für Stockholm ist auch, dass es keine obligatorische Umverteilung der Asylsuchenden, sondern nur eine schwammige „Solidarität“ geben soll. Einen „Zwangsmechanismus“ lehnen die Schwedendemokraten ab.

Trotz seiner schicksalsträchtigen Agenda steht das Treffen der EU-Innenminister in **Tschechien** nicht im öffentlichen Diskurs, dem Innenminister Vit Rakusan scheint die Reise nach Luxemburg nicht einmal eine Pressemitteilung wert. Während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2022 hat Tschechien seine Karten allerdings schon offen auf den Tisch gelegt: Prag will eine verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen, eine bessere Kooperation mit Serbien und die Einführung eines Konzepts der „flexiblen Solidarität“.

eu-migrationspolitik

Roms ewige Leier vom „Notstand“

Giorgia Meloni ist mit dem Versprechen gewählt worden, die „illegale Zuwanderung“ zu beenden. Damit ist Italiens postfaschistische Regierungschefin gescheitert. Da immer mehr Bootsflüchtlinge das Land erreichen, verlangt sie nun Hilfe von der EU

Aus Rom **Michael Braun**

„Italien wird allein gelassen“: Ministerpräsidentin Giorgia Meloni greift immer wieder zu diesem Satz, wenn es um Migrationspolitik geht, und sie steht mit dieser Sicht keineswegs allein da – über alle Parteiengrenzen hinweg geben sich Politiker*innen überzeugt, dass ihr Land nicht die notwendige Unterstützung durch Europa erfahre, um mit den Migrationsbewegungen übers Mittelmeer fertig zu werden.

Gerne fällt auch ein zweites Wort, das von der „emergenza“, dem Notstand, mit dem Italien auf diesem Feld konfrontiert sei. In der Tat stellt die

zentrale Mittelmeerroute, von Libyen und Tunesien aus Richtung Norden, einen der Hauptmigrationswege dar. Und: Tatsächlich stechen immer wieder Schiffe von der Türkei und Ägypten aus Richtung Süditalien in See.

Meloni hatte im Herbst 2022 die Wahl auch mit dem Versprechen gewonnen, mit der „illegalen“ Zuwanderung werde unter ihr Schluss ein. Allein, das Versprechen konnte sie nicht halten: Im laufenden Jahr kamen bisher etwa 52.000 Migrant*innen übers Mittelmeer, 2,5-mal so viele wie im selben Zeitraum 2022.

Von „Notstand“ kann jedoch angesichts einer solchen Zahl keines-

wegs die Rede sein, auch weil weiterhin ein Gutteil der Ankommenden weiter zieht, etwa nach Deutschland, Frankreich oder Skandinavien. So hat das Forschungsinstitut ISPI errechnet, dass von rund einer Million Flüchtlingen, die in den vergangenen zehn Jahren übers Mittelmeer ankamen, nur die Hälfte Italien als Transitland nutzte.

Trotzdem hat Meloni den Kampf aufgenommen und zuallererst den NGOs ihre Arbeit erschwert. Wann immer diese Menschen aus dem Meer retten, wird ihnen ein Hafen im Norden des Landes zugewiesen – die Seenotretter*innen sind so tagelang aus dem Verkehr gezogen. Auch die Migrant*innen

bekamen Roms harte Hand zu spüren: Ihnen wurde die Möglichkeit gestrichen, als Fälle anerkannt zu werden, denen humanitärer Schutz zusteht, wenn sie nicht als klassische Asylfälle anerkannt wurden.

Zielführend sind solche Maßnahmen nicht, und das weiß die postfaschistische Regierungschefin genau. Von der EU fordert sie deshalb Ressourcen, um nicht anerkannte Flüchtlinge in deren Heimatländer zurückzuschicken. Italien kommt bisher über jährlich rund 6.000 Rückführungen nicht hinaus, vor allem nach Tunesien, dem einzigen Land, mit dem das Rücknahmabkommen funktioniert.

Roms grundlegende Haltung: Die Probleme sollen bei der Abfahrt der Migrant*innen gelöst werden, und nicht erst bei der Ankunft. Einem Prüfverfahren von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen wie für die Brüsseler Asylreform diskutiert steht man folglich positiv gegenüber. Zugleich soll Brüssel Ressourcen bereitstellen, damit Länder wie Libyen die Abfahrten der Migrant*innen verhindern. Am Dienstag besuchte Meloni dazu Tunesien. Ginge es nach ihr, sagte sie beim Treffen mit Präsident Kais Saied, werde sie bald schon nach Tunis zurückkehren – dann in Begleitung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.



Rund 250 Portionen Gemüse, Reis, manchmal auch Fleisch pro Tag für Bedürftige: Die Initiative „Nation Station“ nutzt ein altes Tankstellengebäude im Beiruter Stadtteil Geitaoui Foto: Lucien Lung/Riva Press/laif

Magere Zeiten

Kaum irgendwo auf der Welt steigen die Preise für Lebensmittel so schnell wie im Libanon. Über 2 Millionen Menschen sind von Hunger bedroht. Ein politisches Machtvakuum und eine korrupte Elite befördern die schwere Wirtschaftskrise. Eine Initiative versucht mit Landwirten, die Ernährungswende von unten zu schaffen

Aus Beirut und Bekaa Julia Neumann

Hussein* isst nur einmal am Tag. Das erzählt seine 28-jährige Schwester, denn Hussein ist kaum zu Hause. Der 16-Jährige ist der Alleinverdiener seiner vierköpfigen syrischen Familie. Vor zehn Jahren flohen sie aus einem Vorort von Damaskus vor dem Bürgerkrieg dort. Über die Berge kamen sie in den Libanon und ließen sich unweit der syrischen Grenze in der Bekaa-Ebene nieder. Der Libanon ist mit sechs Millionen Einwohner*innen ein kleines Land. Geflüchtete gelten als geduldet, doch es gibt Rassismus und zudem wenig Wohnraum oder Arbeit. Deshalb lebt auch Husseins Familie in einer Bedarfsunterkunft: Ihre zwei Zimmer-Wohnung ist der unverputzte Anbau eines Wohnhauses. Das Wohnzimmer war früher die Terrasse, die mit Zement umrundet und nun überdacht ist. Die Küche ist vor dem Haus: ein Holzgerüst mit Plane vor der Hausmauer. Die monatliche Miete kostet umgerechnet 16 Euro.

Dafür muss Hussein rund fünf Tage arbeiten. Der Junge ist Schreiner und wird in Akkordhöhe bezahlt. Deshalb arbeitet er, so lange er kann. Im Schnitt bekommt er täglich umgerechnet rund 3,70 Euro Lohn. „Davon kaufen wir Gemüse, zahlen Strom und die Miete“, erzählt die Schwester. Die Mutter brauche Medizin, der Vater Batterien für seine Hörgeräte. Von Fleisch auf dem Teller können sie nur träumen – es ist viel zu teuer.

So wie der syrischen Familie geht es vielen im Libanon. Vier von zehn Haushalten leben mit einem Einkommen von weniger als 100 US-Dollar, etwa 93 Euro, im Monat. Die reale Inflation der Lebensmittelpreise beträgt 71 Prozent. Das geht aus dem April-Bericht der Weltbank über globale Ernährungssicherheit hervor. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) schätzt, dass im April 2023 die Ernährungssicherheit von 1,46 Millionen Libanesen*innen und 800.000 Syrern*innen gefährdet war. Nirgendwo auf der Welt steigen die Lebensmittelpreise so schnell.

Für Menschen, die in Euro oder US-Dollar verdienen, sind die steigenden Preise in libanesischer Lira kein Problem. Sie tauschen beim Geldwechsler die Devisen nach dem Tageskurs um. Doch wer Geld auf dem Bankkonto hat, kommt nicht ans Ersparte – oder muss es sich zu schlechteren Kursen auszahlen lassen.

Der Staat ist pleite, weil die Privatbanken der Zentralbank viel Geld geliehen haben. Das ist aber in privaten Taschen versackt, der Staat hat seine Schulden nicht zurückbezahlt. Deshalb machen die Banken einen sogenannten Haircut bei den Anleger*innen. Viele Menschen müssen von dem schrumpfenden Ersparten leben, weil sie durch die Wirtschaftskrise ihre Arbeit verloren haben. Diejenigen, die noch eine Stelle haben, werden in der Regel in einem schlechten Lira-Kurs bezahlt.

Alle, die nur an libanesischer Lira kommen, zahlen viel mehr für Benzin, Kopfschmerztabletten

oder Nudeln. Deshalb haben die Menschen ihren Speiseplan angepasst. Statt Fleisch und Gemüse gibt es Bulgur, Reis oder Linsen. Das hält länger satt.

Hussein lässt ganze Mahlzeiten ausfallen, um zu sparen. Wenn er abends nach Hause kommt, hat er noch nichts im Magen. „Er isst kein Frühstück und kein Mittagessen“, erzählt die Schwester. Statt regelmäßig zu essen, raucht er. Das zügelt den Appetit – und ist günstig. Eine Schachtel Zigaretten kostet umgerechnet knapp einen Euro. Genauso viel wie die libanesisches Pizza „Manoushe“, ein Frühstücksgemüsegericht. „Er sagt, wenn ich draußen Essen für mich selbst kaufe, dann reicht das Geld nicht.“

Dabei lebt die Familie in der Obst- und Gemüsezone des Landes. Die Hochebene, eingebettet zwischen Gebirgen, ist das wichtigste Anbaugelände des Libanon. Dort wachsen Oliven, Gurken, Tomaten und Zwiebeln sowie Tabak und Wein. Der fruchtbare Boden und die mediterranen Temperaturen sind gut geeignet, um Gemüse und Obst anzubauen. Der Schnee auf den Bergen schmilzt im Sommer, so gibt es genügend Frischwasser.

Trotzdem steigen die Preise lokal produzierter Waren wie Gurken oder Salat. Die Bauern nutzen Samen und Düngemittel aus dem Ausland; die Maschinen benötigen importiertes Benzin. Ökologischer Anbau, der mit nicht genverändertem

Der 16-jährige Hussein ist Schreiner und wird in Akkordhöhe bezahlt. Deshalb arbeitet er, so lange er kann

Saatgut und natürlichem Dünger auskommt, ist zeitaufwendiger und bringt in kapitalistischen Systemen nicht so viel Geld ein. Wenn die Ernte von Schädlingen befallen wird oder Saatgut nicht aufgeht, ist die Existenz der Landwirte gefährdet. Wie die Bauern bei Saatgut, Pestiziden und Benzin, setzt das ganze Land auf Importe.

Ein Besuch im Supermarkt: Datteln aus Saudi-Arabien, Mehl aus rumänischem Weizen, Spaghetti aus Italien. Die Regale sind voll. Die meisten Produkte sind importiert. Das macht sie teuer für alle, die in libanesischer Lira bezahlt werden oder von ihrem Ersparten leben. Deshalb gibt es keine Ernährungssicherheit, also den Zugang zu erschwinglicher und ausgewogener Ernährung.

„Mit der Krise haben die Leute aufgehört, Fisch und Nüsse zu essen“, sagt der 29-jährige Syrer Karim Abdallah. Er rührt mit einer Kelle in orangefarbener Linsensuppe, brät Hähnchen in einer Pfanne. Im Hintergrund surrt die Saftmaschine, mit der zwei Freiwillige Zitronen auspressen. Abdallah ist

Chefkoch bei der Nachbarschaftsinitiative „Nation Station“. Die ehemalige Tankstelle mitten im Viertel haben junge Menschen aus der Gegend besetzt und haben dort nun den Sitz ihrer Initiative. Im alten Tankstellengebäude wird gekocht, in einem Haus etwas weiter die Straße hinunter sind Arzt-räume und Nähmaschinen für Frauenprojekte.

„Nach der Explosion in Beirut habe ich auf der Straße geholfen, aufzuräumen. Dabei habe ich die Tankstelle gesehen. Dort haben Freiwillige Was-ser und Sandwichs verteilt. Ich habe gefragt, ob sie Hilfe brauchen, und sie haben Ja gesagt. Da-raufhin haben wir Hilfspakete mit Tee oder Lin-sen gepackt und angefangen, Mahlzeiten zu ko-chen und sie zu verteilen“, erklärt Abdallah über den Start des Projekts.

2020 hatte es im Beiruter Hafen eine riesige Ex-plosion gegeben, große Mengen von offenbar jah-relang ungesichert gelagerten Chemikalien wa-ren explodiert. Es gab Todesopfer und Tausende Verletzte.

Mittlerweile ist die alte Tanke ein beliebter Treffpunkt und Ort für Veranstaltungen wie Koch-kurse. Die sechs Gründerinnen haben ein Team von über 20 Menschen um sich versammelt. Ei-nige sind freiwillige Helfer*innen, andere arbei-ten bezahlt. Die Initiative finanziert sich unter an-derem über internationale Organisationen und den Verkauf von Mahlzeiten und lokalen Produkte vor allem an solche Kund*innen, die für interna-tionale Unternehmen arbeiten, in US-Dollar ent-lohnt werden und deshalb für die Mahlzeiten be-zahlen können.

Abdallah ist gelernter Koch und arbeitete in ei-nem Restaurant. Doch wegen Corona wurde seine Arbeit auf eine Halbzeststelle reduziert. „Mor-gens und mittags habe ich in der Nation Station gekocht und abends im Restaurant.“ Dann gab er seine Arbeit auf, um Vollzeit in der Gemein-schaftsküche zu arbeiten. „Die Atmosphäre und die Menschen, für die ich koche, gefallen mir. Ich würde mehr Geld im Restaurant verdienen. Aber ich bevorzuge es, Leuten zu helfen. Wenn zum Bei-spiel ein alter Mann in die Küche kommt und sich bedankt, ist das besser als jedes Gehalt.“

Abdallah kocht syrisch, libanesisch und gene-rell eher mediterran. Auberginen mit Kirchererbs-en in Tomatensauce oder an einem besonderen Tag Reis mit Rosinen und Hähnchen. Nur einmal in der Woche gibt es Fleisch. Gemüse sei sehr wich-tig, sagt er. Viele ältere Menschen hätten Diabet-es, daher reduziert der Koch den Zucker im Es-sen. Abdallah achtet auf wenig Chili, wenig Öl und nicht so viel Fettiges. „Wir kochen, wie die Men-schen zu Hause es tun: viel Reis oder Gemüse.“ Manchmal riefen Leute sogar an, um nach dem Rezept zu fragen. Eine Frau aus der Nachbarschaft habe zum Beispiel das Essen gerochen – und auch wenn sie die kostenlosen Mahlzeiten nicht nötig haben, sei sie vorbeigekommen und habe gefragt, „welche Gewürze im Fleisch den Geruch so appe-titlich machen“.

Nur zu besonderen Anlässen gibt es eine große Tafel, meist holen die Menschen ihr Essen ab oder bekommen es geliefert. Abdallah sagt, sie liefer-ten rund 57 Mahlzeiten pro Tag aus. „Und wir ko-chen 200 Portionen, die von den Leuten mit ihren eigenen Tupperdosen abgeholt werden.“ Manch-mal kämen die Leute in seiner Küche vorbei. Ab-dallah schätzt das nachbarschaftliche Mitein-ander – den Besucher*innen der Nation Station geht es genauso. „Einige alte Leute sind alleine da-heim und brauchen mehr als nur das Essen. Sie möchten jemanden, der ihnen zuhört, wenn sie Geschichten über ihre Familien und die Vergan-genheit erzählen.“

Während Abdallah das Essen vorbereitet, un-terhalten sich draußen vor der ehemaligen Tank-stelle viele ältere Menschen. Sie sitzen an Plas-tiktischen zusammen, die zu zwei großen Tafeln zusammengeschoben sind. Im Schatten eines Baumes sitzt Georgette Barakat. Die 64-jährige hat sich herausgeputzt. Sie hat weißblonde Haare, trägt eine lila Hose in schwarzen Stiefeln. In dem christlichen Stadtteil Geitawi leben viele ältere, einst gut situierte Libanes*innen. Durch seine zentrale Lage und die charmanten alten Häuser, ist das Viertel auch bei weißen Ausländer*innen beliebt.

Auch Barakat verdiente einst genügend Geld, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Sie ar-beitete als Betriebswirtschaftlerin, seit vier Jah-ren hat sie keine Arbeit mehr. „Ich bin alleine zu Hause, unverheiratet. Ich habe keine Kinder. Meine Eltern sind gestorben.“ Wie lebt sie in die-ser Situation? „Es gibt Leute, die mir helfen und Rechnungen zahlen. Die Kinder meiner Schwester geben mir Geld für Strom oder die Miete.“

Montags, mittwochs und freitags käme sie an die Nation Station zum Essen und um ihr Handy aufzuladen. „Ich habe keinen Strom, weil ich den Generator nicht zahlen kann.“ Als Alternative zum staatlichen Stromlieferanten gibt es nur private Generatorenbetreiber, die aber horrenden Sum-men für Dieselaggregate verlangen. „Und der Staatsstrom kommt nicht“, weiß Barakat. „Ges-tern kam er nachts für eine Stunde.“ Ihr Wasser fürs Duschen erhitzt sie am Gasofen.

„In diesem Land ist kein Geld, aber wir finden immer Wege, an Geld zu kommen. Nächste Woche

möchte ich anfangen, Kindern bei mir zu Hause Nachhilfe in Französisch und Arabisch zu geben“, sagt Barakat. Trotz aller Probleme sei sie optimis-tisch. „Ich bin sehr stark. Ich liebe das Leben. Gott sorgt für mich.“

Wie Barakat, so ist auch Husseins Familie von Hilfen abhängig. Die kleine Initiative Hadak („An deiner Seite“) bringt ihnen mal ein Hühnchen vorbei oder Batterien für die Hörgeräte des Va-ters. Bisher bekam die Familie ein bisschen Geld vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Doch im Dezember war es damit vor-bei: Seit dem Angriffskrieg Russlands in der Uk-raine fehlt es an Budget.

Das World Food Programme deckte 2022 den Nahrungsmittelbedarf für 100.000 libanesisch

„Souveränität bedeutet, dass man die Entscheidungshoheit über sein Essen hat“

Jad Awada, Agrar-Initiative Jibal

Familien. Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) stellte dem WFP 2022 zehn Millionen Euro Förderung für die Arbeit im Libanon in Aussicht. Und die Europäische Union spendet dieses Jahr 60 Millionen Euro für die Nahrungsmittelhilfe, für Bildung, Arbeitsbeschaffung und Gesund-heitsdienste. Von den Hilfen sollen Geflüchtete wie auch libanesisch Staatsangehörige profitie-ren. Doch die Spenden sind immer nur kurzfris-tig, und sie machen abhängig.

Was ist die langfristige Lösung für Ernährungs-sicherheit? „Wir bevorzugen den Begriff der Ernäh-rungssouveränität“, korrigiert Jad Awada. von der Organisation Jibal („Berge“). Die NGO hat sich der Agrarökologie verschrieben. Sie fördern ökologi-schen Anbau und möchten das Bauernwesen auf-werten. „Souveränität bedeutet, sich von der Idee des reinen Konsums zu lösen und zu verstehen, wie Essen produziert wird – und dass man die Ent-scheidungshoheit über sein Essen hat.“

Awada bringt Landwirten unter anderem bei, Buch zu führen. Viele würden das vermeiden, aus Angst, ihre Verluste zu sehen. „Viele arbeiten seit 20, 30 Jahren als Landwirte, für sie ist es eine Her-zensangelegenheit.“ Aber sie hofften auch, dass ihre Kinder keine Bauern würden. „Landwirte sind in unserer Gesellschaft marginalisiert.“

Als Konsument sei er schockiert gewesen, zu erfahren, wie Landwirte behandelt werden. Die

hohen Preise lägen gar nicht so sehr an den Kos-ten für Benzin oder Pestizide. Verantwortlich sind Mittelsleute. „Der Großhandelsmarkt ist wirklich der Inbegriff von Ungerechtigkeit.“ Das ist eine Markthalle, in der die Käufer den Bauern Obst, Gemüse und Kräuter abnehmen, um sie später an Supermärkte weiterzuverkaufen. „Es gibt keine Waage, sie kaufen in Kisten oder Säcken. Und die Käufer bestimmen den Preis willkürlich.“ Die Ge-winnmarge betrage mindestens 11 Prozent, könne aber bis zu 50 Prozent steigen. „Manchmal verwei-gern sie den Kauf einiger Produkte, nur um Zeit zu schinden, damit sie billiger kaufen können.“ Denn die Bauern hätten Angst, verfaultes Gemüse wegzuerwerfen. „Der Landwirt hat wirklich null Ein-fluss auf den Preis.“

Um sich dagegen zu wehren, hat Jibal eine Ko-operative von Bauern organisiert. „Nur so können sie sich gegen die unethischen Praxen wehren.“ Es ist ein Pilotprojekt, denn durch die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Flächen sind nur 4,5 Pro-zent der Landwirte Mitglied einer Kooperative.

Um den Großmarkt zu umgehen, verkaufen diese Bauern nun jeden Samstag ihr Gemüse auf einem Markt an der Nation Station. „Weil sie die Produkte direkt an die Konsument*innen ver-kaufen, ist es günstiger als im Supermarkt“, be-stätigt Koch Abdallah. Eine weitere Idee sind Es-senskörbe, die Abnehmer*innen im Voraus be-zahlen. „Anfang der Saison müssen Landwirte oft Kredite aufnehmen“, erklärt Awada. „Von den Landwirten zu verlangen, dass sie so viele An-strengungen unternehmen, um ökologisch anzu-bauen, ohne ihnen einen entsprechenden Markt dafür zu bieten, war offensichtlich nicht nachhal-tig.“ 30 Menschen bekommen nun regelmäßig fri-sche Essenskörbe – günstiger als im Supermarkt.

Jibal überbrückt die Kluft zwischen Landwir-t*innen und Verbraucher*innen: „Wir organisie-ren Treffen und Besuche auf Bauernhöfen. Die Verbraucher*innen müssen verstehen, dass sie die Landwirte auf dem Weg der Umstellung be-gleiten müssen. Sie müssen sich ein wenig an-strengen“, sagt Awada.

Ein Erfolgserlebnis sei gewesen, als sie von äl-teren Frauen im Shouf-Gebirge hörten. „Früher war es üblich, Wildkräuter zu pflücken. Die Frauen konnten manche Kräuter nicht auf den Märkten finden. Daher haben sie die Samen zum Bauer ge-bracht, der sie nun für sie anbaut.“

Man müsse die Landwirte überzeugen, natür-liche Pestizide zu nutzen und ökologisch anzu-bauen, sagt Awada. „Man braucht Geduld. Leider ist Hunger nicht sehr geduldig. Aber wir müssen hoffnungsvoll bleiben.“

**Name geändert*



Die libanesi-sche Bekaa-Ebene ist fruchtbar – doch die Bauern verdienen trotzdem schlecht. Schuld ist das System aus Zwischen- und Großhändlern, die die Preise diktieren
Foto: Julia Neumann

Freiwillige Helfer*innen in der Gemein-schaftsküche der Nation Station
Foto: Julia Neumann



Pleite und ohne Regierung

Viele Politiker im Libanon sind Milliardäre – während die Bevölkerung unter Ar-mut leidet. Durch Klientelis-mus haben einflussreiche Po-litiker seit Ende des Krieges (1975–90) den öffentlichen Sektor geschröpft und sind damit reich geworden. Durch die massive Korruption ist der Staat pleite. 2019 führte das zu einer Wirtschaftskrise. Im Februar hatte die Regie-rung den offiziellen Um-rechnungskurs zum US-Dol-lar verändert und die Lira um 90 Prozent abgewertet. Ein US-Dollar entspricht da-mit 15.000 Lira – das ist noch weit unter dem tatsächlich im Markt genutzten Kurs. Wechselstuben kaufen einen Dollar für rund 100.000 Lira.

Durch die Krise verloren Tausende ihre Jobs. Gut aus-gebildete Ärzt*innen immi-grierten auf die Arabische Halbinsel, junge Menschen studieren in Frankreich oder Kanada. Eine Mittelschicht gibt es kaum noch. Menschen ohne Perspektiven versuch-ten, über Belarus oder das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Diejenigen, die blieben, leiden unter hohen Mieten in US-Dollar, horren-den Telefongebühren, unbe-zahlbarer Medizin und aus-bleibendem Strom.

Die Unzufriedenheit führte im Oktober 2019 zu Massenprotesten. Der dama-lige Ministerpräsident Saad Hariri trat zurück, doch die alte Politikerkerrie blieb er-halten. Sein Nachfolger Has-san Diab legte sein Amt nach der schweren Explosion im Beiruter Hafen im August 2020 nieder. Ihm folgte Na-jib Mikati. Bei seinem Amts-antritt sprach Mikati davon, dass libanesisch Mütter ihre Kinder nicht mehr ernähren könnten. Das Wirtschaftsma-gazin *Forbes* schätzt das Ver-mögen des 67-Jährigen auf 2,5 Milliarden Euro. Er ist nur geschäftsführend im Amt, denn vor einem Jahr wurde neu gewählt. Derzeit herrscht ein politischer Stillstand, da sich die Parteien nicht auf eine Regierung einigen kön-nen – es fehlt an Mehrheiten.

Statt das Land aus der Krise zu ziehen, machen Po-litiker Stimmung gegen Geflüchtete – und lenken so von der eigenen Untätigkeit ab. Seit Jahresbeginn sollen rund 1.500 Syrer*innen fest-genommen und mehr als 700 davon nach Syrien ab-geschoben worden sein.

Der Rassismus gegen Sy-rer*innen hat einen histori-schen Ursprung, denn mit dem Krieg im Libanon ab 1975 besetzte das syrische Militär das Land. Bedingt durch die Inflation empfinden es Li-banes*innen als ungerecht, dass Organisationen sich um die Belange von Syrer*innen kümmern.

Laut einem Bericht des WFP von 2022 benötigen 90 Prozent der syrischen Fa-milien und 60 Prozent der libanesischen Bevölkerung humanitäre Hilfe. Initia-tiven und NGOs versuchen, die Lücke zu füllen, die der untätige Staat hinterlässt. Doch das schafft Abhängig-keit. Steuerreformen, eine Umstrukturierung des Ban-ken- und Energiesektors und die Bekämpfung von Korrup-tion finden nicht statt.

Julia Neumann

„Ist das, was in der Bibel steht, noch zeitgemäß?“

Vor dem Kirchentag in Dortmund 2019 sprach die taz mit dem Kabarettisten Bodo Wartke über seine Perspektive auf Religion. Auch beim Kirchentag in Nürnberg wird der Liedermacher auftreten – und mit Kritik an der Kirche nicht sparen. Zeit für ein neues Gespräch über Gott und die Welt

Interview Linda Gerner

taz: Herr Wartke, 2019 sagten Sie im taz-Interview vor dem Kirchentag in Dortmund „Kirchentag ist positiver Ausnahmezustand“. Kurz danach herrschte durch die Coronapandemie Ausnahmezustand. Wie haben Sie die Zeit erlebt?

Bodo Wartke: Von „Ich weiß überhaupt nicht mehr weiter, absolute Katastrophe“ bis zu „Wie kann es gelingen, kreativ mit der Situation umzugehen?“ Mir ist das zum Glück gelungen. Zunächst mit dem Schreiben von Liedern, etwa eins über Christian Drosten. Aber auch das Erkunden von neuen Auftrittsmöglichkeiten, die man bisher nicht für möglich gehalten hat. Das fand ich spannend. Weiterhin kreativ sein zu können hat mich künstlerisch am Leben gehalten.

Als Künstler haben Sie mit Pandemie-Liedern und Zoomauftritten Antworten auf die Krise gefunden. Jetzt steht der

Evangelische Kirchentag in Nürnberg an, wo Sie erneut auftreten. Dort wird auch Corona, der Angriffskrieg auf die Ukraine, die Inflation thematisiert werden. Denken Sie, die Kirche kann Antworten geben?

Das wird sich zeigen. Ich denke, die Fragen sind noch komplexer und schwieriger geworden. Frieden ist ein gutes Beispiel. Vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine war der Konsens: Krieg ist schlecht, Waffenlieferungen sind schlecht. Das kam auch in meinem Lied „Das Land, in dem ich leben will“ vor. Darin beschreibe ich ein Land, was ich für wünschenswert halte. Vieles davon ist in Deutschland zum Glück der Fall. Im Lied hieß es: „In diesem Land ist man einander zu gewandt. Statt Hass und Gewalt regieren hier Herz und Verstand. Ein friedliches Land. Das nicht hintenrum zuhauf an andere Länder Waffen verkauft.“ Das war zu der Zeit, in der ich

das Lied schrieb, breiter Konsens. Man sollte weniger Waffen verkaufen. Dieser Konsens ist nun ins Wanken geraten. Natürlich wollen alle Frieden, aber jetzt hast du diese Situation in der Ukraine. Was machst du da? Da bin ich sehr gespannt, welche Antworten die Kirche gefunden hat.

Also „Jetzt ist die Zeit“ ... für Antworten, um auf die diesjährige Losung des Kirchentags Bezug zu nehmen. Im Markus-Evangelium heißt es weiter: „Gottes gerechte Welt ist nahe. Kehrt um und vertraut der frohen Botschaft!“

Die Losung des Kirchentags ist für sich genommen total zutreffend. Ich würde auch sagen: Jetzt ist die Zeit, um was zu machen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Kritisch sehe ich es, wenn gesagt wird: „Vertraut auf die Bibel, vertraut auf das, was geschrieben steht.“ Das wurde zu einer Zeit mit ganz anderen Voraussetzungen und Lebensgrundlagen geschrieben. Manches in der Bibel ist zeitlos und universell, etwa zum Umgang von uns Menschen miteinander. Aber jetzt sind wir mit dem Klimawandel konfrontiert. Es ist klar: Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Das hat was Anachronistisches, zu sagen: Wir machen das so, wie wir es immer schon gemacht haben. Wir machen, was hier im Buch steht. Ich finde wichtig, zu schauen: Ist das, was in der Bibel steht, noch zeitgemäß? Das passiert glücklicherweise auf dem Evangelischen Kirchentag auch. Es ist immer das Dilemma, dieses Buch ständig neu ausdeuten zu müssen.

In einem Gespräch wurde ich neulich gefragt, warum mich das Thema Religionen überhaupt interessiert. Was antworten Sie, warum schreiben Sie so viele religionskritische Lieder?

Einerseits glaube ich, dass alle Religionen aus einer guten Intention heraus entstanden sind und dass Religion auch nach wie vor Gutes bewirken kann. Pauschal abschaffen wäre nicht sinnvoll. Man sollte schauen, wie man sie mit den Herausforderungen der heutigen Zeit überein bekommt. Zum Beispiel mit dem Grundgesetz oder mit der Klimakrise. Wie können wir die guten Ideen von damals auf die Probleme von heute adaptieren?

Und Machtmissbrauch in der Kirche kann man nicht genug anprangern. Die heiligen Schriften werden instrumentalisiert, um die schlimmsten Verbrechen, die man sich vorstellen kann, zu rechtfertigen. Es wird sich darauf berufen und gesagt: „Wir sind immer im Recht, wir sind gesandt von Gott. Deswegen müssen wir euch jetzt töten, massakrieren, foltern, verstümmeln.“ Das finde ich entsetzlich und denke immer: Wie konnte das so aus dem Ruder laufen? Und warum hat man anscheinend so wenig Handhabe dagegen? Als Künstler genieße ich es sehr, in einer Zeit zu leben, in der ich zu mindestens in Deutschland die christliche Religion kritisieren kann, ohne dafür enthauptet zu werden.

Insbesondere den sexuellen Missbrauch an Kindern thematisieren Sie immer wieder.

Die Frage, die ich mir da stelle, ist: Erleichtert Religion das Verbrechen? Macht es die Religion den Menschen leichter, Kindesmissbrauch zu begehen? Das gibt es ja auch nicht erst seit der katholischen Kirche, sondern immer schon und auch außerhalb der Kirche. Nun ist aber die katholische Kirche dummerweise ein System, das den Missbrauch nicht nur vertuscht, sondern auch ermöglicht. Sie ist in meinen Augen eine Täterorganisation. Den Tätern wird es erstens sehr leicht gemacht, es zu tun, und zweitens straffrei davonzukommen. Weil mich das so empört, weil es sich so dringend ändern muss, schreibe ich immer wieder darüber.

Sie sprechen die Deutungs-hoheit an, die viele sehr religiöse Menschen für sich beanspruchen.

Genau, man könnte fast sagen, je religiöser, desto böser. Ich schreibe gerade einen Text, der davon handelt, dass Gott aus der Kirche austreten will. Einfach, weil es ihn zu sehr nervt. Aus bestimmten Kirchen ist er schon ausgetreten, weil er es überhaupt nicht mehr vertreten kann, mit anderen hadert er noch. Er wird dann von Jahwe getröstet, der ihm sagt: Ach, komm, es ist aber auch nicht alles schlecht an den Religionen. Wir verdanken ihr auch viel schöne Architektur und gute Musik zum Beispiel.

Mit einem Kirchenaustritt läge Gott am Puls der Zeit.

Ja, in einem neuen, bisher nicht veröffentlichten Lied zeigen meine Bühnenpartnerin Melanie Haupt und ich auch auf, wie man aus der katholischen Kirche austritt. Wir erklären in Liedform, wie das geht. Was man braucht, wo man hingehen muss, was es kostet. Da, wo wir es bisher gesungen haben, hat es großen Anklang gefunden.

Klingt aktivistisch.

Stimmt, aber es ist sehr freundlich. Es ist mehr eine Inspiration als eine Aufforderung. Das, was wir da singen, kann man ja auch nachlesen, wenn einen das interessiert. Ich würde es als Anstupsen, Nudging beschreiben. Wenn man sich bisher selbst noch nicht damit beschäftigt hat, weiß man danach, wie es geht. Und es geht erstaunlich einfach.

Beim Kirchentag in Nürnberg wird es eine „FuckUp-Night“ geben, wo es um Scheitern in der Kirche geht. Was ist in Ihren Augen bei der evangelischen Kirche in den letzten Jahren schiefgelaufen?

Die evangelische Kirche steht in Deutschland im direkten Vergleich zur katholischen in vielen Punkten besser da. Das ist aber nichts, worauf sie sich ausruhen sollte. Auch in der evangelischen Kirche gab es Missbrauchsfälle und auch in puncto Gleichberechtigung gibt es mit Sicherheit noch Handlungsbedarf. Persönlich als Künstler kritisiere ich die Unterhaltsamkeit von vielen Gottesdiensten. Da könnte man einiges tun. Auf Unterhaltung, Entertainment wird gesamtgesellschaftlich, nicht nur im religiösen Kontext, so herabgeschaut.

Aber egal, ob Theater, Oper, Musical: Letztendlich, behaupte ich, wünschen wir uns alle ein Publikum, mit dem wir etwas teilen möchten. Im Idealfall eine Botschaft, in der Kirche meinetwegen „die frohe“.

Etwas unterhaltsam zu gestalten, ist ein sehr fruchtbares und wirksames Mittel. Wenn du Leute gut unterhältst, hören sie dir gerne zu. Das öffnet die Hirne und die Herzen. Unterhaltung ist dabei per se nicht flach, was ihr oft unterstellt wird, sondern ein Katalysator, den man sich zunutze machen sollte. Ich glaube, das ginge mit der Bibel und dem evangelischen Glauben auch.

Verhältnis von 6 zu 1

Im Anfang war das Wort des Kirchentagspräsidenten

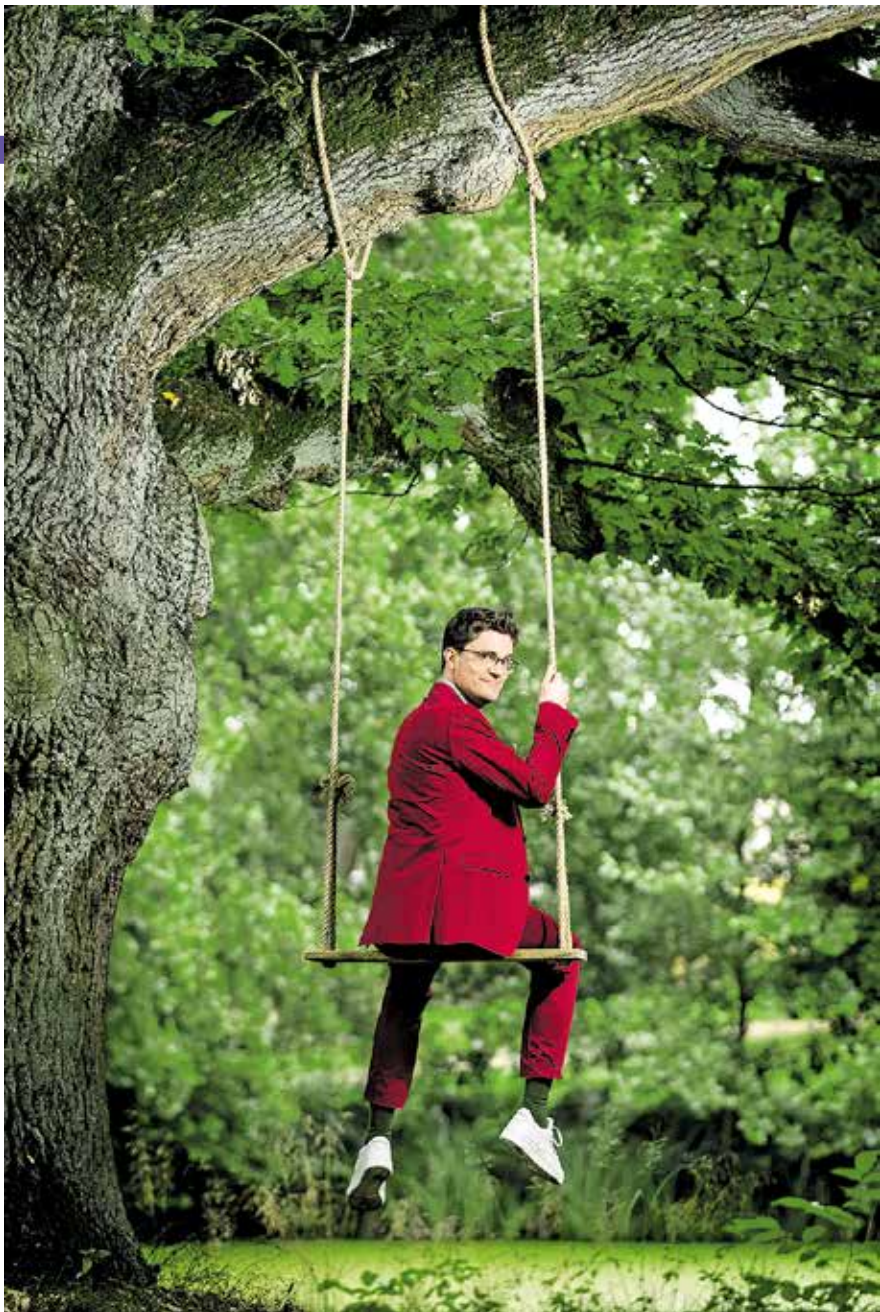
Von Jan Feddersen

Mittwoch, nach christlichem Verständnis der dritte Werktag der Woche, letzte Vorbereitungen in Nürnberg, der einstigen Gastgeberin von Reichsparteitag, für den Evangelischen Kirchentag. Überall in der Stadt werkelt und bosselt und schraubert und malert es vor Vorbereitungslust. Das sieht nicht nach ultrahektischem Profistyle aus, der Aufbau geschieht offenbar in sympathischer Rätselhaftigkeit: „Sind wir überhaupt richtig für den Flammkuchenstand?“

Die Sonne scheint sehr, es herrschen keine klimawandlerisch tropischen Temperaturen. Am Hauptbahnhof spülen die ankommenden Züge die Gäste des Events aus. Am Abend soll es losgehen, „Jetzt ist die Zeit“ lautet das Motto – und noch nichts deutet darauf hin, dass mit der Eröffnung und finalem Kerzenleuchterfest in dann dunkler Umgebung alles in der Altstadt geflutet sein wird mit Leuten, die sich auf vier Tage Christliches, Debatöses und eventuell Klugmachend-Inspirierendes verlassen möchten. Es ist zugleich sehr schön, dass es seit dem ersten Evangelischen Kirchentag in Nürnberg, vor sagenhaft langer Zeit war das, 1979, als selbst die inzwischen Friedensbewegung der frühen Achtziger noch fern lag, also „Frieden schaffen ohne Waffen“ der Konsens war, dass es seit damals alles so ist wie immer. Nürnberg rüschte sich auf, macht sich schick – und den Rest besorgen die Menschen, die den Kirchentag besuchen – beten und spirituell erfrischt werden, manche Konfliktlagen sind immer eingepreist, so war es damals, so wird es auch diesmal sein.

Krieg und Frieden, Klimawandel, Gerechtigkeit, Inklusion und Diversität, sowieso auch Antirassistisches: Alles im Portfolio des Diskurses. Eine echte Welle macht aktuell nur der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der als Kirchentagspräsident fungiert – und damit als konsensuelle Figur über der ganzen Veranstaltung zu residieren hat, ein konservativ-liberaler Mann, der für Mediation steht, so heißt es. Aber der Zeit sagte er im Gespräch, dass er die von jungen Leuten ins Leben gerufene Diskussion über „Work-Life-Balance“ und Vier-Tage-Woche für das gesellschaftliche Gesamtgefüge nicht für förderlich hält.

So sagte er: „Mich ärgert, dass sie (also die Angehörigen der jungen Generation, die Red.) zu viel an sich denken und zu wenig an die Gesellschaft. Am siebten Tage sollst du ruhen, heißt es in der Bibel. Das bedeutet ein Verhältnis von sechs zu eins. Und nicht, dass die Freizeit überwiegt.“ Das sorgte in den Sozialen Medien für heftige Reaktionen. Er erkenne, welchem Stress junge Menschen ausgesetzt seien, Zustände, die notgedrungen zu Erschöpfung führen und Wünsche nach mehr Freizeit hervorriefen. Darüber wird zu diskutieren sein.



Kirchentagskünstler, der die Religion nicht abfeiert: Klavierkabarettist Bodo Wartke lebt in Berlin. Beim Kirchentag in Nürnberg spielt er am Samstag, 10. Juni, ein Großkonzert mit dem Titel „Tu, was du tust, aus Liebe“ Foto: Sven Hagolani

taz talk
meets
Evangelischer Kirchentag Nürnberg

Donnerstag, 8. Juni

11.00 Uhr | Frieden um jeden Preis?
Pazifismus oder was? Wie bewerten Christ*innen den Ukrainekrieg? Wie solidarisch muss, wie kriegskritisch sollte die Kirche sein?
Ein taz Talk mit Regionalbischöfin Petra Bahr (zugeschaltet).

14.00 Uhr | Doch alles Nazis?
Wie sich die evangelische Kirche in der NS-Zeit den Nazis andiente – und wie dies nach 1945 lange Zeit schöngeredet wurde.
Ein taz Talk mit dem Historiker Manfred Gailus (zugeschaltet).

16.30 Uhr | Jetzt ist die Zeit. Welche?
Selbst zu Feiertagen sind die Kirchen kaum besucht – beide großen Amtskirchen haben hierzulande nicht mehr die Macht, die sie einst ausübten, durchaus nicht zum Glück aller.
Ein taz Talk mit dem Religionssoziologen Detlef Pollack.

Seien Sie dabei – vor Ort oder online im Stream. Aktuelle Informationen: www.taz.de/kirchentag

Besuchen Sie uns!
Medienmeile,
Halle 1,
Stand 1-F18

die beschwerde

Gibt es so etwas wie eine Pyrrhusniederlage? Wenn, dann hat sie Kristina Hänel gerade erlitten. Die Gießener Ärztin, die wegen des damals noch gültigen sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche vulga Paragraf 219a verurteilt wurde, ist am Bundesverfassungsgericht gescheitert. Das höchste Gericht nahm ihre Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an, teilte es mit. Weil: 219a gibt es ja nicht mehr. Das Wetter in Karlsruhe: überwiegend sonnig bei 28 Grad Celsius.

Jede*r Vierte will reduzieren

Umfrage zeigt Unzufriedenheit in der Notfallmedizin

Von **Manuela Heim**

Für die Intensiv- und Notfallmedizin hatte die Coronazeit zwei Folgen: Deren Bedeutung wurde überdeutlich. Zugleich hat sich die Situation der Beschäftigten massiv verschlechtert. Viele Pflegekräfte haben dem Job den Rücken gekehrt oder die Arbeitszeit wegen Überlastung reduziert. Dass dieses Phänomen noch lange nicht beendet ist, zeigen die Ergebnisse einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN). 1.369 Ärzt*innen und Pflegekräfte hatte die Gesellschaft im November 2022 zu ihrer Arbeitssituation, zu den Auswirkungen der Coronapandemie und zu ihrem Blick auf die Zukunft befragt. Und obwohl die Situation auf den Intensivstationen sich nach der Pandemie längst beruhigt hat, bleiben die Ergebnisse erschreckend negativ: Jede*r dritte Befragte ist unzufrieden im Beruf. Ein Viertel plant in den kommenden 12 Monaten eine Reduktion der Arbeitszeit, weitere 20 Prozent denken darüber nach. Fast 30 Prozent wollen den Arbeitgeber wechseln, und jede*r Zehnte will sogar ganz aus dem Beruf aussteigen. 86 Prozent der Befragten gab an, dass sich ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie verschlechtert haben. Diese Ergebnisse sind besonders dramatisch vor dem Hintergrund, dass sich durch demografische Entwicklung in den kommenden Jahren eine weitere Lücke auftut, die – da sind sich die Expert*innen einig – nicht zu schließen ist. Jede*r dritte Beschäftigte ist über 50 Jahre alt. Aber nur jede*r sechste unter 30. Christian Karagiannidis, Intensivmediziner und Präsident der DGIIN, geht davon aus, dass die Notfall- und Intensivmedizin in den nächsten Jahren noch einmal 20 bis 25 Prozent Personal verlieren wird. Um dieser Prognose und der aktuellen Lage etwas entgegenzusetzen, gibt es aus Sicht der Notfallmediziner*innen und Pflegekräfte vor allem zwei Maßnahmen: Die Arbeitszufriedenheit steigern durch weniger Bürokratie und weniger Arbeitsausbeutung (im Dienstplan seien Überstunden oder Unterbesetzung oft schon eingeplant) sowie klare Kompetenzverteilung zwischen Mediziner*innen und Pflegekräften. So sollten zum Beispiel besonders geschulte Pflegekräfte im Bereich Wundversorgung, Beatmung oder Mobilisierung eigenständiger und nicht nur auf ärztliche Anweisung handeln können. Große Hoffnung setzen die Beschäftigten außerdem auf die geplante Krankenhausreform. Das immer weniger werdende Personal müsse effektiver eingesetzt werden, so Karagiannidis, der als Teil einer Expert*innenkommission den der Reform zugrunde liegenden Vorschlag mit erarbeitet hat. Die Krankenhäuser mussten zwar aus Personalnot bereits jetzt Behandlungen und betriebene Betten reduzieren – aber im europäischen Vergleich sei die Zahl der Pflegekräfte und Krankenhausbetten immer noch überdurchschnittlich. Die geplante Krankenhausfinanzierungsreform sieht eine stärkere Zentralisierung vor allem komplexer Krankenhausleistungen vor. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) plant, sie noch in diesem Jahr gesetzlich umzusetzen. Laut der aktuellen Umfrage glauben immerhin noch 75 Prozent der Befragten daran, dass Verbesserungen im Gesundheitssystem möglich sind.



Wie der Scheitel, so die Partei: stramm nach rechts
Foto: Sebastian Willnow/dpa

AfD erfüllt die Kriterien für ein Parteiverbot

Die AfD ist verbotsreif, analysiert das Institut für Menschenrechte. Die rechtsextreme Partei widerspreche dem Grundgesetz. Wie sinnvoll ein Verbotsantrag ist, ist aber strittig

Von **Gareth Joswig**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMF) sieht die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD erfüllt. Das geht aus einer 72-seitigen Analyse des Rechtswissenschaftlers Hendrik Cremer mit dem Titel „Warum die AfD verboten werden könnte“ vor, die das Institut am Mittwoch veröffentlichte. Die Studie kommt zum Schluss, dass die extrem rechte Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wolle. Die AfD habe sich seit ihrer Gründung 2013 stetig radikalisiert und zu einer rechtsextremen Partei entwickelt. In ihrer Programmatik sei die rassistische national-völkische Ausrichtung fest verankert, die sich nicht nur auf Mitglieder des offiziell aufgelösten „Flügels“ beschränke. Sie missachte die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip – folglich erfülle

die Partei die Voraussetzungen für ein in Artikel 21 des Grundgesetzes vorgesehenes Verbot. Man wolle mit der Analyse auch dazu beitragen, dass die AfD als klar rechtsextreme Partei wahrgenommen werde. Cremer sagte in einem Pressgespräch: „In der Medienberichterstattung ist immer noch fälschlich von einer ‚rechtspopulistischen Partei‘ die Rede oder von einer ‚in Teilen rechtsextremen‘.“ Wenn die AfD aber wie eine demokratische Partei wahrgenommen und so behandelt werde, trage das zum „sehr gefährlichen Prozess der Normalisierung“ bei, ergänzte Nele Allenberg vom DIMF. Das 2001 gegründete Institut ist unabhängig, wird jedoch über den Bundeshaushalt finanziert. Es prüft und forscht zu Menschenrechtsfragen. Ein Verbotsverfahren könnte der Bundestag, der Bundesrat oder die Regierung beantragen. Am Ende müsste das Bundesverfassungsgericht darüber

entscheiden. Ein Verbotsverfahren gegen die NPD scheiterte 2017 an mangelnder Relevanz – das kann man von der AfD allerdings nicht behaupten angesichts ihrer Präsenz in fast allen Parlamenten und derzeitigen Umfragewerten bei 18 Prozent. Als Belege für die antidemokratische Ausrichtung der AfD sieht der Rechtswissenschaftler Cremer Grundsatz- und Wahlprogramme, das Sozialkonzept und unzählige Äußerungen führender AfD-Politiker*innen. Tenor: Die AfD erkenne nicht alle Deutschen als solche an und strebe an, „allein willkürlich bestimmen zu können, wer in Deutschland lebt und wer nicht, was Deportationen deutscher Staatsangehöriger und damit die Anwendung grund- und menschenrechtswidriger Gewalt einschließt“. Cremer nannte auf taz-Nachfrage Äußerungen Gaulands, die ehemalige Integrationsbeauftragte und jetzige Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz

(SPD) in Anatolien entsorgen zu wollen – eine Äußerung, für die er in der Partei weitgehend Rückendeckung bekam. Ebenso findet sich in der Studie Höckes Forderung von einem „großangelegten Remigrationsprojekt“, bei dem man nicht um „wohltemperierte Grausamkeit“ herumkommen würde. Hinzu kämen nicht nur Höckes zahlreiche positiven Bezugnahmen zum Nationalsozialismus sowie Androhungen in Höckes Buch, Teile der Bevölkerung beseitigen zu wollen. Dessen Kurs setze sich zunehmend durch. In der Analyse heißt es, Höcke zielen „offen auf eine am Nationalsozialismus orientierte Gewaltherrschaft“ ab. Für das DIFM ergeben sich praktische Folgerungen: Alle demokratischen Parteien müssten sich klar abgrenzen, sämtliche Bildungsinstitutionen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus als wichtige Themenfelder aufgreifen. Ebenso müsse der Staat konsequent AfD-Mitglieder ent Waffen und vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung aus dem Staatsdienst entlassen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, der viel zum NPD-Verbotsverfahren publiziert hat, sieht ein AfD-Verbot hingegen kritisch: „Ein Parteiverbot ist kein probates politisches Mittel. Es hat den Abschreckungseffekt verloren und den Appeal einer autoritären Maßnahme, die das Märtyrer-Gefühl bei der AfD und ihren Wählern eher noch verstärken würde.“ Demokratietheoretisch sei es völlig unvertretbar, eine Partei abzuschaffen, die in fast allen Parlamenten sitzt. Man müsse ein breites gesellschaftliches, über das Antifa-Milieu hinausreichendes Bündnis für Demokratie aufbauen, die AfD politisch stellen und ausgrenzen. Gewaltsame Bestrebungen müsse man strafrechtlich verfolgen. In der Analyse unterscheidet sich Leggewie hingegen weniger: „Die AfD sind im Kern Neo-Faschisten, die den Parlamentarismus zerstören wollen, um ein autokratisches Regime zu errichten.“



Das Mega-Manöver

„Air Defender“ soll die größte Übung seit Gründung der Nato werden und ein Zeichen an Russland senden

Von **Tanja Tricarico**

Vier Jahre nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim kam die Idee auf, ein Mega-Nato-Manöver zu planen. Der Zeitpunkt: 2023. Ausgerechnet jetzt, fünf Jahre später, scheint „Air Defender“ angesichts des sich verschärfenden Kriegs Russlands in der Ukraine wie ein Zeichen an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu sein. Zumindest stand bei der Vorstellung der größten Verlegetübung vor allem von US-Luftstreitkräften seit Gründung der Nato genau diese Ansage im Raum. Unter deutscher Federführung beginnt das Manöver am 12. Juni und soll bis 22. Juni dauern. 25 Nationen, 250 Flugzeuge und rund 10.000 Soldat:innen sind im Einsatz. „Air Defender“ heißt diese Leistungsschau, um

zu zeigen, dass man in der Lage sei, das Land zu verteidigen, sagt der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz. Im Konfliktfall würden die verbündeten Luftstreitkräfte den europäischen Luftraum – in einer ersten Reaktion – schützen. Die Flugzeuge werden von unterschiedlichen Flugplätzen in Deutschland und Europa aus starten, um dann in drei Übungsflugräumen im deutschen Luftraum zu üben. Geflogen wird hauptsächlich von den Flugplätzen in Jagel und Hohn in Schleswig-Holstein, von Wunstorf in Niedersachsen, von Spangdahlem in Rheinland-Pfalz und von Lechfeld in Bayern. Pünktlich zum Beginn der ersten Schulsummerferien, wird die Fliegerei zu Ende sein. Zu Einschränkungen im zivilen Luftverkehr könnte es allerdings kommen. Auch mit mehr

Fluglärm sei zu rechnen. Dies sei angesichts der Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit zu rechtfertigen, so Gerhartz. Die Fluglotsengewerkschaft GdF hatte zuvor eine andere Prognose aufgestellt. „Die Militärübung ‚Air Defender‘ wird natürlich massive Auswirkungen auf den Ablauf der zivilen Luftfahrt haben“, sagte ihr Vorsitzender Matthias Maas. Er verwies auf ein von der europäischen Flugsicherungsorganisation Eurocontrol errechnetes Szenario, das bis zu 50.000 Verspätungsminuten je Manövertag ausweist. Es gehe um die Stärkung des Bündnisses, darum, zu zeigen, wie gut vorbereitet man auf den Ernstfall ist, bekräftigten US-Botschafterin Amy Gutmann und der US-Generalleutnant Michael A. Loh. Gutmann sprach als einzige den Namen Putin aus.

Angesichts dessen macht es nichts, wenn man keine Prognosen zur Höhe der klimaschädlichen Emissionen durch den verstärkten Betrieb im Luftraum vorliegen hat. Wie hoch überhaupt die Kosten für Logistik, Unterbringung und Verpflegung der Streitkräfte sind, auch dazu kann Generalleutnant Gerhartz am Mittwoch keine Zahlen nennen. „Air Defender“ wird sicher nicht billig werden. „Wir sind ein defensives Bündnis, und so ist auch diese Übung defensiv ausgelegt“, sagt Gerhartz. Der Luftraum der Nato werde nicht verlassen. Und Richtung Putin betont er noch: „Wir machen keine Flüge Richtung Kaliningrad.“ Die Nato werde unmissverständlich klarmachen, dass das Bündnisgebiet die „rote Linie“ sei und mit allen Mitteln verteidigt werde.

taz Reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



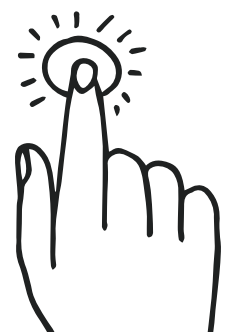
Foto: Oppeln an der Oder

SCHLESISIEN

BRESLAU – SCHWEIDNITZ –
OPPELN – KATTOWITZ

Sie erkunden die Region mit Gabriele Lesser per Bus und Bahn. Die Beschäftigung mit den vielfältigen Umbrüchen in der Geschichte führt auch zur aktuellen Debatte über schlesische Identität.

2. bis 10. September, ab 1.540 €



Kritik an Riesenboni bei Deutscher Bank

Deutschlands größtes Geldhaus ist laut NGO Finanzwende nicht genug auf Krisen vorbereitet

Von Kai Schöneberg

Die hohen Boni der Deutschen Bank führen dazu, dass Deutschlands größtes Geldhaus nicht ausreichend für Krisen gewappnet ist. In den vergangenen zehn Jahren habe die Bank insgesamt mehr als 23,5 Milliarden Euro extra an Vorstand und Mitarbeitende gezahlt, gut dreimal so viel wie der Gesamtgewinn der Bank in diesem Zeitraum und trotz immenser Verluste in einigen Jahren. Das zeigt eine Auswertung der Nichtregierungsorganisation Finanzwende.

Zwar haben sich die Boni der Bank vor allem für Chefetage und Investmentbanker nach einem Radikalumbau bei Stellen und Ausrichtung in den vergangenen Jahren mehr als halbiert. Im vergangenen Jahr zahlte das Geldhaus aber immer noch rund 2,3 Milliarden Euro an die rund 7.650 Investmentbanker aus, zusätzlich zu deren regulärer Vergütung. Im Schnitt kamen diese Topverdienenden auf Gehaltszuschüsse von jeweils etwa 295.000 Euro.

Insgesamt fuhr Bankchef Christian Sewing unter dem Strich 2022 einen Gewinn von gut 5 Milliarden Euro ein, so viel wie seit 15 Jahren nicht mehr. Damit hat er zwar die Vorsorge für faule Kredite auf 1,2 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Das hält Finanzwende aber für viel zu wenig.

„Die Deutsche Bank schüttet regelmäßig Milliardenboni aus, dabei ist sie für den Krisenfall nicht gewappnet“, sagt Michael Peters, Finanzmarktexperte bei Finanzwende. Und erinnert an die Finanzmarkt-Turbulenzen, die in Europa erst im März zum Rettungskauf der Schweizer Großbank Credit Suisse durch ihre Konkurrentin UBS führten – was auch bei der Deutschen Bank für Unruhe sorgte.

Während die Branche behauptet, gutes Personal brauche eine entsprechende Vergütung, meint Finanzwende, besser sollte in höheres Eigenkapital investiert werden. Die Deutsche Bank zum Beispiel finanziere ihre Geschäfte zu nicht einmal 5 Prozent mit eigenem Kapital. Mindestens 10 Prozent wären aber notwendig. Statt der mindestens erforderlichen 124 Milliarden verfüge das Institut nur über 56,6 Milliarden Euro Eigenkapital. „Für einen echten Krisenfall reicht das wohl kaum“, betont Peters.

Zahl des Tages

mal 2

Es klingt nach bierbrauender Pommesnudelkuh: 1,5 Grad bleiben in Reichweite, die Energieversorgung ist gesichert, die Luft wird besser und haufenweise Jobs gibt es dazu. Dazu braucht es laut Internationaler Energieagentur IEA nur **2-mal so viel Fortschritte bei der Energieeffizienz bis 2030** wie aktuell. Nötig dafür: Programme wie der RePowerEU-Plan oder der Inflation Reduction Act der USA, also Subventionen für Unternehmen. Ist vermutlich schon schwer genug durchzusetzen. Schneller und wohl auch billiger ginge weniger CO₂, aber in der Kombination mit einem zweiten Weg: mehr Suffizienz, also weniger Produzieren, Fahren, Heizen. Kommt bei der IEA aber leider nicht vor.

Geld für die Schiene

Verkehrsminister Wissing (FDP) will schneller in die Infrastruktur für den Zugverkehr investieren. Er bereitet damit auch die anstehende Bahnreform vor

Von Anja Krüger

Die Bundesregierung will sich größere Spielräume bei der Finanzierung der Schieneninfrastruktur verschaffen. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die Novellierung des Bundes-schienenwegeausbaugesetzes beschlossen. Durch einen „optimierten Mitteleinsatz“ sollen im gesamten Schienennetz höhere Kapazitäten für den Eisenbahnverkehr geschaffen und eine bessere Verfügbarkeit der Infrastruktur erreicht werden.

Hintergrund ist die tiefe Krise der Deutschen Bahn. Der Staatskonzern ist nicht nur hochverschuldet. Weil über viele Jahre wichtige Investitionen ausgeblieben sind, müssen wichtige Bauarbeiten in einem engen Zeitrahmen erfolgen. Streckensperrungen, Zugausfälle und

Verspätungen sind die Folge. Das schlägt auch auf die Konkurrenten der Deutschen Bahn im Nah- und Güterverkehr durch.

Anders als bisher soll sich der Bund künftig direkt finanziell an der Instandsetzung des Schienennetzes beteiligen können. Neu ist auch, dass er in Bahnhöfe investieren kann, etwa in Maßnahmen für Barrierefreiheit. „Das Netz muss schnellstmöglich wieder in Schuss kommen, damit die Schiene ihre Wirkung als klimafreundlicher Verkehrsträger endlich voll entfalten kann“, sagte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP).

Die Allianz pro Schiene begrüßt die Novellierung als den ersten Schritt in die richtige Richtung. In dem Bündnis haben sich unter anderem Gewerkschaften und Umweltverbände

zusammengeschlossen. „Bislang hörte die Finanzierungsverantwortung des Bundes an der Bahnsteigkante auf“, sagte Geschäftsführer Dirk Flege. Wenn der Bund in Bahnhöfe investiere, werde der Druck auf die Deutsche Bahn abnehmen, als unrentabel geltende Gebäude abzustößen. Auch könne der Bund in Wartebereiche investieren. „Das sind Verbesserungen, die in den kommenden Jahren bei den Menschen ankommen werden“, sagte er.

Das Gesetz ist auch eine Vorbereitung auf die große Reform, die Wissing plant. Die Deutsche Bahn soll in zwei Gesellschaften gegliedert werden, eine für den Fahrbetrieb und eine für die Infrastruktur. Die Reform, für die das Verkehrsministerium in Kürze konkrete Pläne vorstellen will, soll 2024 kommen.

Wenn die Klimapolitik nicht vorankommt, könnte der Planet immer öfter so aussehen wie diese überflutete Straße in New York
Foto: Lucas Jackson/reuters



„Auf welchem Planeten lebt die FDP ab 2045?“

Umweltaktivist*innen von Fridays for Future stellen der FDP 101 Fragen – eine Reaktion auf die 101 Fragen, die die FDP im Heizungsstreit an Wirtschaftsminister Habeck schickte

Von Ann-Kathrin Leclère

„Nachdem die Liberalen (FDP) nun seit Monaten gegen schnellen und gerechten Klimaschutz anarbeiten, haben wir (Fridays for Future) Fragen“, teilte die Klimabewegung am Mittwoch auf ihrer Website mit. Sie habe der FDP 101 Fragen zur Klimapolitik der Partei zukommen lassen und warte nun gespannt auf eine Antwort, heißt es.

Seit Wochen blockiert die FDP das Heizungsgesetz in der Regierung, das Heizungen bis 2045 klimaneutral machen soll. Ihr Hauptargument: Wichtige Fragen zum Thema, 101 an der Zahl, seien vom Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck (Grüne) bislang unbeantwortet. Kein Wunder: Das Wirtschaftsministerium hatte letzte Woche mitgeteilt, dass keine Fragen eingetroffen seien. Die FDP reichte daraufhin eine auf 77 Fragen gekürzte Fassung nach. Habeck lieferte drei Tage später Antworten auf alle Fragen.

Diese Debatte gab den Aktivist*innen von Fridays for Future (FFF) nun Anlass, selbst Fragen an die FDP zu richten – die prägnante Zahl 101 übernahmen sie gleich mit. Einige stellen den Witz der Klimabewegung unter Beweis. „Steht das F in FDP für Fossile?“, ist zum Beispiel auf der FFF-Website zu lesen, wo der gesamte Fragenkatalog veröffentlicht wurde. Oder: Auf welchem Planeten die Partei im Jahr 2045 leben wolle. Auch inhaltlich arbeitet sich FFF in den Fragen an der Klimapolitik der FDP ab. Die Themen reichen von der Haltung der Partei zu CO₂-Budgets über die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens bis zur Beratung der Partei durch den Klimawandelleugner Steffen Henrich. Weitere Fragen betreffen die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele, den Schutz der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen und die Förderung von klimafreundlichen Technologien. FFF kritisiert zudem die Blockadehaltung der FDP bei klimapolitischen Geset-

zen und hakt nach, ob die Partei den IPCC-Klimabericht wirklich verstanden habe.

Die Fragen spiegeln das Bestreben von Fridays for Future wider, die FDP zur Verantwortung zu ziehen und ihre Positionen in Bezug auf den Klimaschutz zu hinterfragen. FFF fordert von der FDP eine klare Strategie zur Bekämpfung der

Fridays for Future fordert von der FDP eine klare Strategie zur Bekämpfung der Klimakrise

Klimakrise und möchte wissen, wie die Partei die Freiheit in einer eskalierenden Klimakrise sichern will.

Einen Teil der eingereichten Fragen habe FFF auf Grundlage einer Befragung in einem Instagrampost formuliert, wie die dpa am Mittwoch mitteilte. Außerdem will die Bewegung mit

der Aktion die Aufmerksamkeit auf den Globalen Klimastreik lenken, der für den 15. September angesetzt ist. Für den Streik sollen weltweit Umweltaktivist*innen mobilisiert werden, gegen Greenwashing politischer Akteur*innen wie dem „selbsternannten Klimakanzler Olaf Scholz“.

Auch andere soziale Bewegungen starten aktuell Aktionen gegen Entscheidungsträger*innen und Besserverdiener*innen: Die Letzte Generation kündigte letzte Woche an, ihre Blockaden würden sich die nächsten Wochen auf Reiche konzentrieren. Eine Aktion setzten sie auf Sylt in die Tat um. Am Wochenende besprühten die Klimaaktivist*innen dort einen Privatjet und klebten sich an den Tragflächen und auf dem Asphalt vor dem Flugzeug fest. FDP-Parteichef Christian Lindner feierte auf der Insel zuletzt seine Hochzeit mit der Welt-Reporterin Franca Leffeldt. Zu der Hochzeit reiste CDU-Chef Friedrich Merz mit einem Privatjet an.

Print oder digital

taz.de/abo

brief des tages

Die Industrie wird grün?

„Subventionen mit Haken“, taz vom 6. 6. 23 Die Energiegesetze für die Gebäude- und Wärmeplanung sind noch heiß in der Diskussion, da legt Habeck seinen Kritikern die nächste Steilvorlage vor: das Förderprogramm für energieintensive Unternehmen. Ist dieses Tempo seiner Uneinsichtigkeit oder der Geschwindigkeit des Klimawandels geschuldet? Verschleiben erhöht den Veränderungsdruck, führt zu teureren Alternativen. Beispiel: CO₂-Entzug aus der Atmosphäre. Carbon removal war vor 20 Jahren kein Thema. Die Grünen mutieren in Regierungsverantwortung von der Umweltpartei zur Partei der Überlebenswilligen. Für diese hat Umwelt keine Priorität mehr, sondern wird auf die Stufe der aktuellen Machbarkeit gestellt. Nur wenn ich heute überlebe, ist die morgige Zukunft meine. Die Subventionen für einige energieintensive Unternehmen sollen die Mehrkosten für nachhaltige Produktion abfedern. Das alles ist so spekulativ wie kompliziert, schwer vermittelbar – und hat die im Kommentar genannten Haken. Kann ein perfektes Gesetz dem Heer der Advokaten trotzen? Das Aufschieben von Projekten ist keine Alternative mehr. Gestaltende Politik handelt ins Ungewisse. Klaus Warzecha, Wiesbaden



Wie Russlands Krieg die Erde aufheizt

Das Kampfgeschehen in der Ukraine hat direkte und indirekte Folgen für die Klimakrise, etwa durch den hohen Spritverbrauch. Ein Forschungsteam hat das genau analysiert

Von **Susanne Schwarz**

Russlands Krieg gegen die Ukraine verschärft die Klimakrise. Wie sehr, das hat ein internationales Forschungsteam analysiert. Demnach hat der Krieg im vergangenen Jahr zu 119 Millionen Tonnen an zusätzlichen CO₂-Emissionen geführt. Zum Vergleich: Das entspricht etwa einem Sechstel der Emissionen, die ganz Deutschland in demselben Zeitraum verursacht hat. In der Berechnung sind alle Treibhausgase berücksichtigt, also etwa auch Methan. Zur besseren Übersicht über ihre Klimawirkung wurden sie in CO₂ umgerechnet.

Etwa ein Fünftel der kriegsbedingten Emissionen gehen der Analyse nach unmittelbar auf die Kämpfe zurück. Das hat zum Beispiel mit dem Spritverbrauch von Panzern und Fahrzeugen zu tun. Den Klimaschaden, der durch die Lecks in den Nord-Stream-Pipelines entstanden ist, zählt das Team ebenfalls mit.

Die Forscher:innen sehen aber auch indirekte Effekte. Der größte Posten ist hier der nötige Wiederaufbau. Um zerstörte Häuser, Straßen, Kraftwerke und Fabriken in der Ukraine wieder instand zu setzen, sind große Mengen an Baustoffen nötig. Bei der Herstellung von Beton, Zement, Stahl und Glas entsteht sehr viel CO₂ – teils durch den hohen Energiebedarf, teils durch den Produktionsprozess selbst. Der Klimaschutz im Bausektor läuft deshalb schleppend. Hinzu kommt, dass internationale Flugzeuge das Kriegsgebiet weiträumig umfliegen müssen, dadurch mehr Treibstoff benötigen und entsprechend mehr CO₂ in die Atmosphäre entlassen.

Als weitere Emissionsquelle haben die Forscher:innen die Feuer identifiziert, die nahe der Front ausbrechen. Ein Siebtel der kriegsbedingten Emissionen



onen stammt der Analyse nach aus solchen Bränden.

Darüber hinaus werden in der Rechnung die Emissionen berücksichtigt, die Flugzeuge durch ihre weiträumigen Umwege über Asien verursachen, seit die Sanktionen gegen Russland gelten und Russland seinen Luftraum gesperrt hat.

„Die Emissionen durch Russlands ausgeweitete Invasion in die Ukraine sind signifikant“, sagte der niederländische Klimaforscher Lennard de Klerk, Leitauteur der Studie, am Mittwochnachmittag am Rande der Klimaverhandlungen in Bonn. Dort treffen sich derzeit Diplomaten:innen zahlreicher Länder, um die Weltklimakonferenz COP 28 vorzubereiten, die Ende des Jahres in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden soll.

Ein Knackpunkt der Verhandlungen: Dieses Jahr soll Bilanz gezogen werden über die Klimaschutzbemühungen seit Beschluss des Pariser Weltklimaabkommens 2015. Insgesamt ist durchschlagender Erfolg aus-

„Die Emissionen durch Russlands Invasion in die Ukraine sind signifikant“

Klimaforscher **Lennard de Klerk**

geblieben – weltweit betrachtet sind die Treibhausgasemissionen seither weiter angestiegen. Klimaforscher de Klerk will mit seiner Forschung anstoßen, dass kriegsbedingte Emis-

sionen in die offiziellen Klimabilanzen der Vereinten Nationen Eingang finden – bislang tun sie das nämlich nur anteilig. Das kritisiert auch Umweltschützerin Linsey Cottrell von der britischen Organisation Conflict and Environment Observatory. Weil es für Länder nicht verpflichtend sei, dass sie ihre militärischen Emissionen an die Vereinten Nationen melden, täten das nur sehr wenige. Nur teilweise seien die Emissionen in anderen Bereichen inbegriffen, etwa beim Verkehr. Das ist Cottrell nicht genug. „Es gibt eine große Datenlücke“, sagte die Umweltschützerin in Bonn. „Militär ist ein gigantischer Verbraucher von fossilen Kraftstoffen“, so Cottrell. „Das ist ein oft übersehener Aspekt der Klimakrise.“

Rauch über der Stadt Wotschansk nach Beschuss
Foto: Viacheslav Ratynskiy/reuters

„Welchen Ast wollen Sie denn abschneiden?“

In Deutschland ist es trocken, die Bäume leiden. Baumpfleger Jörg Cremer rät, wie ihnen zu helfen ist

Interview **Heike Holdinghausen**

taz: Herr Cremer, in Parks werden große alte Bäume bei Trockenheit beschnitten. Ist das im Privatgarten auch sinnvoll?

Jörg Cremer: Bei den Arbeiten geht es meist um die Verkehrssicherheit in den Anlagen, das obliegt jedem Baumeigentümer. Allerdings wird die Verkehrssicherheit in Deutschland massiv übertrieben. Es gibt deutlich weniger Personenschäden durch Bäume als im Straßenverkehr, da müssten Sie eher aufhören, Auto zu fahren. Viel Geld könnten wir sparen, wenn das Entfernen von Totholz nicht ab 3 Zentimeter, sondern erst ab 5 Zentimeter Durchmesser erfolgen würde. Das „Lebensrisiko“ wird hierdurch nicht ernsthaft erhöht.

Aber es gibt Bäume, die aus dem Nichts heraus große Äste abwerfen...

Sie meinen den Grünastbruch in Zeiten von Hitze und Trockenheit? Einzelne Baumarten wie Eichen und Pappeln neigen dazu. Wir kennen das Phänomen unter dem Begriff der Mittagsdepression. Mittags sinkt der Zelldruck in einzelnen Ästen ab, sie können abfallen. Das passiert aber höchst selten. Und genau verstanden haben wir auch nicht, wieso das eigentlich passiert. Da brauchen wir noch einiges an Forschung. Wässern kann helfen.

Also nicht beschneiden?

Wenn es um die Verkehrssicherheit geht, sollte das, was ein Laie erkennen kann, entfernt werden, Totholz etwa. Ist man sich aufgrund von Pilzfruchtkörpern nicht sicher, sollte ein Baumfachmann hinzugezogen werden. Gegen Grünastbruch hilft Beschneiden nicht wirklich. Welchen der Äste wollen Sie denn abschneiden? Sie wissen doch gar nicht, welcher eventuell betroffen sein könnte. Damit schaden Sie dem Baum eher, und teuer ist es auch.

Hilft es, einen alten Baum zu gießen?

Gießen ist gut. Einem kleinen Baum bis etwa 15 Meter Höhe, der etwa 20 Jahre alt ist, kann man alle zwei Wochen für eine Stunden den Gartenschlauch anlegen. Große Bäume wie Ahorn oder Walnuss brauchen das Doppelte. Wobei öfter und kürzer gießen effektiver ist, das durchfeuchtet den Boden besser. Ideal ist eine gleichmäßige Tropfbewässerung.

Klingt wenig...

Wir reden von Trinkwasser, damit müssen wir umsichtig umgehen. In bestimmten Gebieten werden wir absehbar Gärten nicht mehr bewässern dürfen. Wer einen Garten anlegt, sollte unbedingt eine Zisterne einbauen und bei Neupflanzungen auf resiliente Baumarten achten. Die findet man unter dem Stichwort „Klimabäume“.



Jörg Cremer ist Erster Vorsitzender des Fachverbands Baumpflege. Der Fachagrarwirt führt einen Baumpflegebetrieb in Sankt Augustin.

Liegewagen lohnt sich

Gerade nachts ist der Zug von Bologna nach Brindisi zuverlässig – wenn man denn den richtigen erwischt

Aus Brindisi **Alina Schwermer**

Züge haben ihren eigenen Rhythmus. Unverwechselbar zum Beispiel der gemächliche Rhythmus der Transsibirischen Eisenbahn: da-dum. Da-dum. Da-dum. Die italienischen Nachtzüge sind da anders, deren Takt gleicht eher einem hektisch klappernden Ratta-ratta-ratta. Der Schlafkomfort ist überschaubar, dafür geht es schnell und meist pünktlich ans Ziel.

Den InterCityNotte von Bologna nach Brindisi bin ich jetzt mehrfach gefahren. Gleich zwei Züge gibt es von der Sorte: Der eine fährt um 23.39 Uhr in Bologna los und erreicht Brindisi um 9.29 Uhr, der andere fährt minimal später um 0.10 Uhr und kommt morgens um 9.05 Uhr an. Die Preise sind bei zeitiger Buchung ziemlich okay: Einen Sitzplatz im Sechser-Abteil gibt es für rund 40 Euro, den Liegeplatz im Vierer-Abteil (gemischt oder reines Frauenabteil) für rund 54 Euro, und wer es luxuriös mag, kann für rund 84 Euro die Einzelkabine nehmen.

Das einzige Problem ist freilich, dass der Bahnhof von Bologna kein Herz für Wartende auf den Nachtzug hat. Um 22 Uhr wird unter dem Murren der Reisenden die Wartehalle zugesperrt. Da ich mit einem Zug von Deutschland komme und vier Stunden Wartezeit habe, muss ich mir die Zeit auf dem Bahnsteig oder dem Boden der zugigen Eingangshalle vertreiben. In lauen Sommernächten bestimmt schön, in einer Winternacht um den Gefrierpunkt ziemlich un schön. Eine Bar in der Innenstadt von Bologna wäre sicher der bessere Tipp.

Dann gilt es, trotz Frierens aufmerksam beim Zugeinstieg zu sein, denn wie erwähnt fahren die beiden InterCityNotte fast direkt hintereinander und auch noch vom selben Gleis. Eine super Streckenabdeckung, aber eine Trittfalle für verpeilte Nachtzugreisende: Prompt steige ich in den falschen Zug. Zum Glück aber ist ein Teil der Strecke gleich, die Schaffner nehmen es nicht böse und an der nächsten Haltestelle kann

taz-Serie Nachtzugkritik

Nachtzüge sind eine umweltfreundliche Alternative zu vielen Flügen. Die taz stellt deshalb in loser Folge Verbindungen mit Schlaf- oder Liegewagen vor. Denn viele Angebote sind kaum bekannt. Wir schreiben aber auch, was besser werden muss, damit sie für mehr Menschen attraktiver werden. Alle vorherigen Folgen finden Sie auf www.taz.de/nachtzugkritik.

ich in den richtigen Zug umsteigen. Endlich schlafen.

Es lohnt sich, hier die paar Euro draufzuzahlen und einen Liegewagen zu nehmen. Im beengten Sitzplatzabteil drücken sich Koffer an Knie, eine Klimaanlage pustet erbarmungslos auch bei kühlen Temperaturen, und an Schlaf ist nicht zu denken. Der Liegewagen ist dafür gut: vier Betten, in der Regel durchfahrende Mitreisende und trotz des Gescheppers bisweilen

sogar Schlaf. Morgens bringt der Schaffner ein Trinkpäckchen und Kekse. Der Morgen belohnt für die zerknautschte Nacht, denn der hintere Teil der Zugstrecke führt wie im Bilderbuch direkt an der Adria entlang. Ich wache mit Meerblick und Sonnenschein auf, Apulien bereitet stets einen strahlenden Empfang. Am Provinzbahnhof gibt es Frühstück. Und der InterCityNotte hat einen weiteren unschlagbaren Vorteil: seine Pünktlichkeit. Im Gegensatz zur Tagfahrt von Brindisi nach Norden, wo der Zug zuverlässig derart verspätet ist, dass ich den Anschluss gen Schweiz verpasse und der mühsam zusammengestellte Reiseplan kollabiert.

In der Nacht dagegen ist der scheppernde, flinke Zug ein verlässliches Verkehrsmittel. Und sollte er doch einmal verspätet sein, ist die italienische Bahn recht großzügig: Schon ab 30 Minuten Verspätung gibt es 25 Prozent des Kaufpreises zurück. Die DB fängt – wenn überhaupt – erst bei einer Stunde mit Rückerstattungen an.

taz 🐾 panterpreis
2023 – KLIMA FÜR GERECHTIGKEIT
WER WIRD KLIMATIST*IN?
„Otto pflanzt!“ Für jede:n Magdeburger:in einen standortgerechten Baum oder Strauch in der Stadt pflanzen – 242.000 insgesamt!
Die Initiative ist eine der sechs Nominierten für den taz Panter Preis. **Alle ansehen: taz.de/panter**

STIMMEN SIE AB!
vom 3. 6. – 25. 6.
taz.de/panter

Der taz Panter Preis ist ein Projekt der taz Panter Stiftung. Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Spende:
taz.de/spenden

15 Jahre panterstiftung **taz 🐾**

aufreger

Frankreichs Regierung verbietet Rentendebatte per Verfassungsartikel

Über die Erhöhung des Rentenalters in Frankreich dürfen die Abgeordneten künftig definitiv nicht mehr debattieren und abstimmen. Diese Macht behält sich die staatliche Exekutive vor. Frankreich ist keine parlamentarische Demokratie – wer etwas anderes glaubte, wurde durch den Streit um die Rentenreform von Staatspräsident Emmanuel Macron eines Besseren belehrt. Denn in Frankreich bestimmt die Staatsführung, was geht und was nicht sein darf. Der Präsident verkörpert die Staatsräson, auch wenn das Volk opponiert.

Den letzten Beweis dafür liefert zuletzt die Vorsitzende der Nationalversammlung, die Macronistin Yaël Braun-Pivet. Sie hat am Mittwoch erklärt, es sei verfassungswidrig nun im Rahmen eines Gesetzesantrags der oppositionellen Fraktion LIOT auf die Frage des Rentenalters zurückzukommen. Darüber dürfe weder debattiert noch abgestimmt werden. Sie beruft sich auf den Artikel 40 der Verfassung, der besagt, dass ein Antrag aus dem Parlament nicht mit einer zusätzlichen Finanzlast den Staatshaushalt gefährden dürfe. Das sei der Fall, wenn das auf 64 Jahre angehobene Rentenalter wieder auf 62 gesenkt würde.

Pikant daran ist, dass dieselbe Macronistin noch vor drei Wochen den LIOT-Antrag für zulässig erklärt hatte. Offenbar hat sie seither Anweisungen bekommen. Sie wende bloß die geltenden Regeln an, sagt Braun-Pivet – ungeführt von den Protesten der Opposition und auch der Gewerkschaften, deren letzte Hoffnung, im Rahmen der Institutionen auf Macrons unsoziale Reform zurückzukommen, damit zunichte gemacht wird.

Im ganzen Verlauf des Rentenkonflikts hat die Staatsführung diese Verfassung, die in jedem Fall die Exekutive gegenüber den Parlamentariern als Volksvertretung stärkt, sehr elastisch und einseitig ausgelegt. Dabei wäre es möglich und normal gewesen, dass die Abgeordneten und Senatoren über eine so kontroverse Änderung mitentscheiden.

Das aber wollte Macron nicht, weil er eine Niederlage in der Nationalversammlung befürchten musste, in der er seit seiner Wiederwahl vor einem Jahr keine Mehrheit mehr hat. Alle Finten und Hintertürchen waren darum recht, um bis zum Schluss eine parlamentarische Mitbestimmung zu sabotieren.

Für die Abgeordneten ist der Entscheid von Braun-Pivet ein „Maulkorb“, für die Gewerkschaften ein arrogante Absage an einen Dialog. Daran ändert nun auch die Ankündigung eines Misstrauensantrags der Opposition nichts mehr.

Rudolf Balmer, Paris

Pistorius wirbt in Indien für deutsche U-Boote

Indien will weniger von russischen Rüstungslieferungen abhängig sein. Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sieht das als große Chance



Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in Mumbai im Gespräch mit dem Vizeadmiral der indischen Marine, Dinesh K. Tripathi. Foto: Britta Pedersen/dpa

Aus Delhi Natalie Mayroth

Die Marinetochter von Thyssenkrupp will für Indien sechs dieselbetriebene U-Boote bauen. Der Chef der in Kiel ansässigen Werft Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) unterzeichnete am Mittwoch in der westindischen Hafenmetropole Mumbai eine entsprechende Absichtserklärung mit Mazagon Dock Shipbuilders Limited, wie der deutsche Konzern am Mittwoch mitteilte. Die Unterzeichnung fand in Anwesenheit von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) auf dem Gelände der indischen Werft statt.

Im Falle einer Beauftragung wäre TKMS für Konstruktion und Design der U-Boote sowie für beratende Tätigkeiten verantwortlich und Mazagon Dock Shipbuilders für den Bau und die Ablieferung. Gebaut würden die U-Boote, deren Auftragswert auf 5,2 Milliarden Dollar geschätzt wird, also komplett in Indien. Trotzdem dürfte der Großauftrag, um den sich auch

noch andere bewerben, den Wert von TKMS, dessen Mutterkonzern Thyssenkrupp sich derzeit um einen Verkauf der Marinesparte bemüht, erhöhen.

Pistorius sieht den möglichen U-Boot-Deal zwischen Indien und Deutschland als „Leuchtturmprojekt“. Am Vor-

Pistorius betont Deutschlands „strategische Partnerschaft“ mit Indien

tag hatte er sich in der Hauptstadt Delhi mit seinem Amtskollegen Rajnath Singh (BJP) über die Stärkung der bilateralen Partnerschaft auch auf militärpolitischer Ebene ausgetauscht. Pistorius betonte dabei die „strategische Partnerschaft“ mit Indien und will Indien bei Rüstungsexporten gern auf eine Stufe mit Australien und

Japan stellen. Singh sprach von „fruchtbaren Gesprächen“. Es war der erste Indien-Besuch eines deutschen Verteidigungsministers seit 2015.

Beide Politiker sehen Chinas auftrumpfendes Verhalten zunehmend als wirtschaftliches wie sicherheitspolitisches Problem. Sie tauschten sich zudem über die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine aus, den Indien bisher aber nicht verurteilt hat.

„Wenn Indien und Deutschland im Verteidigungssektor wie bei der Herstellung von U-Booten zusammenarbeiten, wäre das definitiv eine Win-Win-Situation“, kommentierte der indische Militärexperte Uday Bhaskar gegenüber der taz. Das habe lange auf sich warten lassen. Hindernisse sieht er dabei wenige. Indien gelte als vertrauenswürdiger Partner, wenn es um Betriebsgeheimnisse im Bereich von Rüstung geht, sagte Bhaskar. Zudem sei es eine Chance für Deutschland, seinen Einfluss in Indien zu stärken, was es bis-

her zu Gunsten Chinas vernachlässigt habe.

Im Rüstungsbereich sucht auch Indien derzeit aktiv nach neuen Partnern. Drei Viertel seiner importierten Rüstungsgüter stammen bisher aus Russland. Der Krieg in der Ukraine hat Indiens Bestrebungen beschleunigt, sich unabhängiger von Russland zu machen. Doch waren schon zuvor die Rüstungseinfuhren von dort zurückgegangen. Auch gab es in letzter Zeit auch immer öfter Schwierigkeiten bei der Lieferung von Ersatzteilen. Indien rüstet zudem weiter auf und will 2024 sein zweites atomar bewaffnetes und atomgetriebenes U-Boot aus heimischer Produktion in Dienst stellen.

In den Jahrzehnten nach seiner Unabhängigkeit hatte Indien wenig in die Entwicklung seiner eigenen Rüstungsindustrie investiert. „Deshalb sind wir zu einem der größten Waffenimporteure weltweit geworden und haben damit ein großes Defizit für Indien geschaffen“, so Bhaskar.

Bei Mazagon Dock Shipbuilders wurden bereits in den 1980er Jahren zwei U-Boote mit deutscher Lizenz von HDW gefertigt, dem Vorgänger von TKMS. Zwei andere U-Boote kamen direkt von HDW in Kiel.

Indien hat derzeit insgesamt 18 U-Boote, darunter auch Modelle aus Frankreich und Russland sowie zwei heimische Modelle. Der U-Boot-Deal steht im Zusammenhang mit Indiens Stärkung seiner Flotte im Indischen Ozean, wo es sich auch von China herausgefordert fühlt, das in Sri Lanka einen Hafen betreibt und in Dschibuti seinen bisher einzigen Militärstützpunkt im Ausland hat. China ist zudem eng mit Indiens Erzfeind Pakistan verbündet.

Die Bundesregierung will im Rahmen ihrer Indo-Pazifik-Leitlinien mehr Präsenz in der Region zeigen. Dazu gehört auch, gemeinsame Manöver auszubauen. Das nächste Treffen der beiden Verteidigungsminister könnte 2024 bei der Münchner Sicherheitskonferenz sein.

Deutsche Ausgabe

LE MONDE diplomatique

Morgen in der taz

Putins bröckelnde Heimatfront
Alexei Sakhine und Lisa Smirnova über das wachsende Misstrauen gegenüber den Eliten

Brief aus der Hitze
Tom Stevenson über 50 Grad im Schatten am Golf

Mitsotakis oben auf, Tsipras am Boden
Niels Kadritzke über den Wahlsieg der griechischen Konservativen und den Schock der Linken

Mit Banden und Bitcoins
Anne-Dominique Correa über die Verwandlung von El Salvador

In French, please!
Éric Delhaye über Quebecs Musikszene

Die eingehegte Stadt
Sophie Pommier über das Verschwinden des öffentlichen Raums in Kairo

* Unbedingt hören! Als Audiodatei auf unserer Webseite.
shop@taz.de • T. (030) 25 90 21 38

monde-diplomatique.de

Mehr Geld, mehr Probleme

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen ist 30 Jahre alt geworden. Im vergangenen Jahr konnte sie einen Spendenrekord verzeichnen. Gleichzeitig allerdings wird es immer schwieriger, Nothilfe zu leisten

Von Christian Jakob

Stellen sie ein Krankenbett auf, ist es sofort belegt. Sinden sie 300 neue Betten auf, sind auch die belegt. In Ländern wie Nigeria, Äthiopien, Somalia, Jemen oder Südsudan war die Not 2022 so groß, dass die Hilfe nie ausreichte. Das berichtet die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) in ihrem am Mittwoch in Berlin vorgestellten Jahresbericht. „Schwer mangelernährte Kinder wegzuschicken ist unvorstellbar. Deshalb wurden Betten zweifach oder dreifach belegt“, schilderte die Vorsitzende Amy Neumann-Volmer. Der Druck auf die Helfer:innen sei immens, vor allem durch die Ernährungskrise, die einerseits Folge des Ukraine-Kriegs sei, gleichzeitig aber auch medial in deren Schatten stehe.

30 Jahre alt ist die deutsche Sektion der Ärzteorganisation geworden. Und die Lage sei schwierig: „Wir beobachten multiple Krisen und zeitgleich eine zunehmende Einschränkung und Bedrohung unserer Arbeit“, sagte MSF-Geschäftsführer Christian Katzer. Gleichzeitig bekam die Organisation 2022 so viele Spenden wie nie: mehr als 260 Millionen Euro – ein Rekord.

In der Ukraine sei es möglich gewesen, Verletzte und geschwächte Menschen mit einem medizinischen Zug aus frontnahen Gebieten zu holen, weil es dort noch medizinische Fachkräfte, Straßen und Schienen gebe, so Katzer. In Ländern wie Madagaskar hingegen komme die Versorgung immer wieder zum Stillstand, weil sowohl Pflegekräfte als auch Medikamente

fehlten. In Afghanistan beklagt MSF eine „neue Spirale der Eskalation“. Die Gynäkologin Parvanta warnte vor einem drohenden Mangel an weiblichem medizinischem Personal, da Frauen und Mädchen keine weiterführenden Schulen und Universitäten mehr besuchen dürften. „Momentan können in Afghanistan Frauen oft nur von Frauen behandelt werden“, so Parvanta.

Gleichzeitig verschärfe die Klimakrise bereits bestehende Probleme. „Die humanitären Bedürfnisse weltweit werden mit dem Fortschreiten der Klimakrise weit über das hinauswachsen, was wir und andere humanitäre Nothilfeorganisationen kennen und bewältigen können“, so Katzer. „Die Klimakrise ist auch eine Gesundheits- und humanitäre Krise.“

In die somalische Stadt Baidoa etwa seien allein 2022 rund 200.000 Vertriebene gekommen. „Mütter erzählten uns, dass unterwegs ihre Babys starben, sie ihren Weg zu uns aber fortsetzten, um ihre anderen Kinder zur Behandlung zu bringen“, berichtete die Ärztin Asma Aweis Abdallah. Die Region erlebe die fünfte Dürreperiode in Folge und zugleich die schlimmste der vergangenen 40 Jahre. Als zusätzlich die Nahrungsmittelpreise anstiegen, nahm die Mangelernährung zu. Die Krise traf die Region hart, auch weil die Menschen in den Vorjahren bereits schon mit Dürren, Konflikten und Ausbrüchen von Cholera und Masern konfrontiert waren. „Wir hatten nach einer Krise nicht genügend Zeit, um uns zu erholen, und dann kam schon die nächste.“

Trump, DeSantis und die Zwerge

Mit dem Eintritt von New Jerseys Ex-Gouverneur Chris Christie ist das republikanische Kandidatenfeld für die US-Präsidentschaftswahl 2024 auf zehn angewachsen. Die meisten haben keine Chance

Von **Bernd Pickert**

Neun Männer und eine Frau. Das ist an diesem Mittwoch der Stand des republikanischen Kandidat*innenfeldes um die Präsidentschaftsnominierung 2024. Am Dienstag hat mit Chris Christie, dem früheren Gouverneur von New Jersey, jemand seinen Eintritt ins Rennen erklärt, der zwar in den Umfragen noch keinerlei Relevanz zeigt, aber dennoch unter die Schwergewichte zu rechnen ist, und das nicht nur wegen seiner Körperfülle. Denn anders als Zählkandidaten wie der frühere Gouverneur von Arkansas, Asa Hutchinson, der amtierende Gouverneur von North Dakota, Doug Burgum oder sogar Tim Scott, der Schwarze Senator aus South Carolina, ist Chris Christie seit vielen Jahren auf der nationalen Bühne bekannt. Acht Jahre lang regierte er als Republikaner einen tendenziell demokratisch wählenden Bundesstaat, machte sich einen Namen als effektiver Haushaltssa-

nier und für seinen Umgang mit dem Hurrikan Sandy 2012. Aber als er 2016 schon einmal um die Präsidentschaft kandidieren wollte, flog er recht bald aus dem Rennen – und unterstützte als einer der ersten republikanischen Spitzenpoliti-

Donald Trump steht bei 53 Prozent, Ron DeSantis bei 22. Alle anderen Bewerber*innen sind nur „sonstige“

ker den späteren Wahlsieger Donald Trump. Damit allerdings ist es schon lange vorbei. Bei seinem Auftritt am Dienstag in einer Town Hall im Bundesstaat New Hampshire – einem der frühen Vorwahlstaaten, deren Abstimmungserge-

nisse Anfang kommenden Jahres schnell den Ton setzen für Erfolg oder Misserfolg – präsentierte er sich als wütender Anti-Trump-Polterer, der alles drangibt, damit die Republikaner diesen „verbitterten, verärgerten Mann“ endlich loswerden. Er ist damit der erste im schnell wachsenden Feld republikanischer Bewerber*innen, der gar nicht erst versucht, die Trump-Fans auf seine Seite zu ziehen. Christie könnte damit, spekulieren manche US-Kommentatoren, unabhängige Wähler*innen anziehen, für die eine Wahl Bidens nicht in Frage kommt, die aber von den radikalen Rhetoriken Trumps oder des derzeit zweitplatzierten Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis, abgeschreckt sind. Allerdings: Genauso wie Mike Pence, Trumps früherer Vizepräsident, der am Mittwoch per Video seinen Wahlkampf eröffnete, braucht Christie schnelle Erfolge in den Umfragen. Die sehen derzeit rund 53 Prozent der Republikane-

r*innen bei Trump, 22 Prozent bei DeSantis – und dann kommt, nach einer großen Lücke, Trumps frühere UN-Botschafterin Nikki Haley mit 4,8 Prozent. Das heißt: Christie, Haley und die anderen balgen sich in den nächsten Monaten darum, aus dem 25 Prozent umfassenden „Sonstige“-Feld herauszustechen, während drei Viertel der Republikaner*innen einen früheren Präsidenten unterstützen, der immer weitere Gerichtsverfahren am Hals hat, oder einen Gouverneur, der seinen Wahlkampf auf radikal-ideologischem antiliberalem Kulturkampf aufbaut und Trump zwar als Person verdrängen, seine Politik aber nicht angreifen will. Welcher Kampf da die Nachrichten dominieren wird, ist absehbar: Derzeit räumt niemand in den USA jemand anderem als DeSantis eine Chance ein, an Trump vorbeizukommen. Und das bedeutet: Der öffentliche Diskurs wird noch schriller und radikaler werden.



Chris Christie beim Wahlkampfauftakt in New Hampshire: Dem Anti-Trumper fehlen noch sehr viele Prozentpunkte bis zur Relevanz
Foto: CJ Gunther/Epa

Félicien Kabuga bleibt straffrei

Ein UN-Gericht in Den Haag erklärt den „Finanzier des Völkermordes“ an Ruandas Tutsi, der Milizen ausrüstete und ein Hetzradio gründete, für verhandlungsunfähig. Kabuga wird nicht verurteilt

Von **Dominic Johnson**

Jahrzehntelang wurde der ruandische Geschäftsmann Félicien Kabuga als „Finanzier des Völkermordes“ an den Tutsi 1994 international gesucht – nun, wo er endlich vor Gericht steht, bleibt er verschont. Das für die Abwicklung der noch offenen Prozesse des UN-Völkermordtribunals für Ruanda zuständige Gericht in Den Haag hat am Dienstag den Ruander, dessen Alter verschiedentlich mit 88 und 90 Jahren angegeben wird, für verhandlungsunfähig erklärt. Der Prozess wird ausgesetzt, empfohlen wird, „ein alternatives Feststellungsverfahren“, „das einem Gerichtsprozess so nahe wie möglich kommt, jedoch ohne die Möglichkeit einer Verurteilung“, so der Residualmechanismus UNMICT der abgewickelten UN-Tribunale für Ruanda und Exjugoslawien. Kabuga war in Ruanda bis zum Völkermord 1994 der reichste Geschäftsmann, verschwägert mit Präsident Juvénal Habyarimana und Besitzer zahlreicher Unternehmen. Er gründete den Radiosender Radio-Télévision Libre des Mille Collines (RTL), das wichtigste Instrument der Hetzpropaganda gegen Ruandas Tutsi im Vorlauf des Völkermordes sowie nach Beginn der planmäßigen Massaker ab dem Abend des 6. April 1994, die innerhalb der nächsten drei Monate über eine Mil-

lion Tote forderten. Er besorgte auch die Importe großer Mengen von Macheten für die Völkermordmiliz „Interahamwe“, die zusammen mit der damaligen Armee Ruandas die Tutsi des Landes systematisch jagten und umbrachten. Nach dem Zusammenbruch des für den Völkermord verantwortlichen Regimes im Juli 1994 war Kabuga wie fast alle Drahtzieher des Völkermordes flüchtig. Das 1995 gegründete UN-Völkermordtribunal für Ruanda stellte Haftbefehl gegen ihn aus,

–vergeblich, aber das Prozedere kostete Zeit, in der Kabuga immer älter wurde. Erst am 29. September 2022 konnte der Prozess in Den Haag beginnen. Vor Gericht hoben die UN-Ankläger hervor, dass Kabuga beim Völkermord nicht nur im Hintergrund tätig war. Am 7. April 1994, als die Interahamwe-Milizionäre koordiniert in Aktion traten, versammelten sie sich in einem von Kabugas Firmen Gebäuden in der ruandischen Hauptstadt Kigali und wurden von dort in Kabugas Fahrzeug-

im Rollstuhl. Er wurde sichtlich kränker und im Februar wurde die Verhandlungsdauer auf 90 Minuten pro Tag reduziert. Im März befand ein Ärztepanel, Kabuga sei „zu krank, um vor Gericht zu stehen“, und der Prozess wurde ausgesetzt. Die weiteren Untersuchungen waren eindeutig. Ein Arzt, der Kabuga 2022 noch für fit erklärt hatte, diagnostizierte ihn nun als dement. Nicht nur könne der Angeklagte der Verhandlung nicht folgen, er könne auch seine Verteidiger nicht instruieren und keine Aussagen machen. „Beteiligung an einem komplexen Verfahren erfordert als Minimum ein funktionierendes Gedächtnis“, analysierte das Gericht. Da das nicht der Fall sei, „ist Herr Kabuga nicht mehr in der Lage, an seinem Prozess sinnvoll teilzunehmen“. Eine Einstellung des Verfahrens und Kabugas Freilassung, wie seine Verteidiger es wollen, komme aber nicht in Frage. Der Prozess soll weitergehen, Zeugen sollen weiter aussagen, aber Kabuga nimmt nicht teil und es wird am Ende kein Urteil geben. In Ruanda stieß das auf Unverständnis. 1994 seien auch Alte und Kranke massakriert worden, lautet eine häufige Kritik in sozialen Netzwerken: Erst habe Kabuga sich der Justiz entzogen, dann habe er den Prozess verzögert und nun spiele er den Dementen, um seiner Strafe zu entgehen.

Zentralafrikanische Zerwürfnisse

Das Vorhaben von Präsident Touadéra, per neuer Verfassung länger zu regieren, spaltet das Land

Aus Bangui **Oman Mbiko**

Ein geplantes Referendum, das Präsident Faustin-Archange Touadéra den Verbleib im Amt auch nach Ende seiner zweiten gewählten Amtszeit 2025 ermöglichen könnte, stürzt die instabile Zentralafrikanische Republik in eine neue Krise. Touadéra könnte bei Erfolg eine dritte Amtszeit anstreben – in einem Land voller bewaffneter Konflikte. Touadéra kündigte am 30. Mai ein Referendum über eine neue Verfassung für den 30. Juli an. Die geltende Verfassung von 2016 „spiegelt die tiefen Aspirationen des zentralafrikanischen Volkes unzureichend wider“, sagte der Präsident und erklärte, er könne „die drängenden und legitimen Forderungen des souveränen Volkes, unserem Land eine neue Verfassung zu geben, nicht ignorieren“. Doch die Opposition und Teile der internationalen Gemeinschaft lehnen das Vorhaben ab, unter anderem, weil es Touadéra eine weitere Amtszeit ermöglichen könne. Touadéra wurde erstmals 2016 gewählt und zur Jahreswende 2020/21 wiedergewählt, in einem Bürgerkriegsklima, als Rebellen auf die Hauptstadt Bangui zumarschierten und der Präsident Militärhilfe der russischen Wagner-Truppe be-

nötigte, um die Angriffe zurückzuschlagen. Er gewann mit 53 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 35 Prozent. Seine Partei MCU (Mouvement Coeurs Unis) trat daraufhin für eine neue Verfassung ein, und eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten. Das Verfassungsgericht erklärte die Arbeitsgruppe im September 2022 für verfassungswidrig. Touadéra reagierte mit der Absetzung der Präsidentin des Verfassungsgerichts. Der Streit hat bereits dazu geführt, dass die für September 2022 geplanten Kommunalwahlen verschoben wurden. Der neue Termin im Juli 2023 wird nun wieder verschoben werden müssen, damit zuerst das Referendum stattfinden kann. Das oppositionelle Parteienbündnis BRDC (Bloc Républicain pour la Défense de la Constitution, BRDC) hat einen Boykott angekündigt. Carine Kaneza Nantulya von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch warnt vor einem zunehmend repressiven Klima, in dem Proteste behindert und Bürgerrechtler bedroht werden. „Präsident Touadéra sollte öffentlich sagen, dass er für eine freie und faire Debatte über die Verfassungsänderung eintritt“, erklärte Nantulya.



UNRUHE AM AFFENFELSEN:



KRIKI

debatte

Die grüne Grenze

Die Debatte über das Heizungsgesetz war nur der Anfang. Klar ist: Deutschland wird seine Klimaziele nur erreichen, wenn sich die SPD neu erfindet

Derzeit laden Kitas, Kirchengemeinden, Nachbarschaften wieder zum Handel mit gebrauchter Kleidung oder Spielzeug. Die Sommerflohmärkte zeigen, was in Sachen Nachhaltigkeit hierzulande möglich ist. Gebrauchte Dinge sind nachhaltig, Rohstoffe und in die Produktion geflossene Energie werden effizient eingesetzt. Außerdem sind die Märkte soziale Orte jenseits des Massenkonsums. Doch ersetzen können sie diesen nicht, volkswirtschaftlich spielen Flohmärkte nur eine sehr kleine Rolle. Man stelle sich nun einen deutschen Wirtschaftsminister vor, der etwa vorschläge, jeder erhalte nur ein bestimmtes Kontingent an Neuwaren; oder es werde eine Ressourcensteuer auf Primärrohstoffe wie Baumwolle oder Rohöl eingeführt, die sehr viele neue Dinge ins Luxussegment verschöbe.

Ein solcher Wirtschaftsminister ist unvorstellbar. Er wäre für eine Regierung, für eine Partei mit

Wir brauchen eine Erzählung vom guten Leben ohne Massenkonsum – abseits des grünen Kernmilieus

ernsthafte Gestaltungsanspruch nicht tragbar: ein Ideologe und Dogmatiker. Der Vorwurf würde lauten: Quartalsmäßig shoppen bleibt künftig der Zahnärztin vorbehalten, die Sprechstundenhilfe muss in Gebrauchtem rumlaufen! So tief in die Privatangelegenheiten der Bevölkerung eingreifen kann sich niemand erlauben, da kann die globale Baumwollindustrie die Anbaugelände noch so sehr verseuchen oder Kinder und Frauen zu Hungerlöhnen beschäftigen. Ein bisschen an den Missständen zu schrauben ist okay, Lieferkettengesetz, Öko-Label einführen, solche Dinge. In Konsumgewohnheiten eingreifen ist nicht okay.

Wer Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätsschutz ernst meint, müsste aber genau das tun. Wer glaubt, es sei mit „besserer Kommunikation“ und „mehr sozialer Flankierung“ getan, hat die Aufgabe nicht verstanden. Wenn wir in den Grenzen wirtschaften wollen, die der Planet uns setzt, ohne Rückgriff auf fossile Ressourcen und ohne Ausbeutung anderer Weltregionen – dann werden wir den Wohlstand, wie wir ihn kennen, nicht halten können. Massenkonsum für fast jeden und jede wird nicht mehr möglich sein. Zwar ist inzwischen jeder, der seine Sinne beieinander hat, für Klimaschutz. Aber das ist eine Floskel, wie „für den Weltfrieden“ oder „gegen den Hunger“ zu sein. Dahinter stehen weder politische Konzepte noch konkrete Maßnahmen. Doch nur sie bieten Lösungen, und nur entlang ihrer entzündeten sich Konflikte.

Das zeigt die maßlose Debatte um das Gebäudeenergiegesetz. Ihre Lehre: Solange Robert Habeck freundlich über die sozial-ökologische Transformation philosophiert, ist der Grüne beliebtester Politiker des Landes. Sobald er Ernst macht und den Leuten an den Keller geht, ist Ende Gelände. Kein Wunder: Über die Kernklientel der Grünen

hinaus (und häufig selbst in dieser) ist Klima- und Naturschutz Floskelware. Schutz des Klimas ja, aber nur, wenn die Mehrheit weiter jährlich nach Griechenland fliegen kann. Schutz der Biodiversität ja, aber nur mit Schnitzel. Dabei sticht der Vorwurf nicht, die reiche grüne Wählerschaft sei von Konsumeinschränkungen nicht betroffen. Gerade sie – die Mittelschicht – wird verzichten müssen. Wenn wir es ernst meinen mit dem Klima- und Naturschutz, stehen wir wirklich vor einer Zeitenwende.

Zwar mag die Kompetenz für einen grünen Umbau der Wirtschaft bei den Grünen liegen. Aber sie waren und sind eine Milieupartei, tief verankert im akademischen und urbanen Teil der Bevölkerung. Darüber hinaus strahlen sie kaum aus. (Als taz-Redakteurin kennt man diese Grenze recht genau.) Die Frage ist, wer eine Erzählung von einem guten Leben ohne Massenkonsum über das „Ökomilieu“ hinaus entwerfen kann.

Union und FDP scheiden aus. Seit Jahren fröhlichen sie den Ruf nach einer öko-sozialen Transformation mit Kampfbegriffen ab. Einst war es die „Brückentechnologie“, die den Erhalt der Atom- und Kohlekraft rechtfertigte, bis irgendwann durch Zauberhand erneuerbare Energien durch alte Leitungen fließen. Der neue Kampfbegriff heißt „Technologieoffenheit“. Verbrennungsmotoren, Gasheizungen – alle werden ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das Konzept lautet: Vielleicht erfindet jemand was, was sie klimaneutral macht! Wenn nicht, dann sind 4 Grad mehr halt Schicksal, dann erfinden wir eben was dafür. Union und FDP ziehen, was Ideen für die Gestaltung der Zukunft angeht, derzeit blank. Da ist nichts.

Das ist bei der SPD anders. Es liegt im Gründungsmythos dieser Partei, die Zukunft für die jetzt Lebenden und die Kommenden zu verbessern. Auch eine globale Perspektive ist ihr nicht fremd. Nur war ihr Denken stets mit der Nutzung fossiler Energien verknüpft (pardon, Hermann Scheer). Ihr ging es darum, die Gewinne der Industrie gerechter zu verteilen. Eine postfossile SPD müsste sich also neu erfinden. Sie fängt dabei nicht bei null an. Arbeitsminister Hubertus Heil zum Beispiel lässt sein Haus seit Jahren zum Thema „Plattformökonomie“ arbeiten. In einer klimaneutralen, digitalisierten Kreislaufwirtschaft werden Tausende von gut bezahlten, gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitsplätzen in den Dienstleistungssektor abwandern. Jetzt schon die dortigen Arbeitsbedingungen im Blick zu haben, ist klug und wichtig, denn der Gedanke ist nicht absurd, dass künftig eine relevante Zahl von Menschen auch hierzulande ihr Geld mit der Herstellung und Reparatur von Konsumgütern verdienen werden, weniger mit dem Bau von Autos für den Weltmarkt. Das wird schmerzhaft.

Insofern ist der Streit um die Wärmewende nur ein Vorgeschmack der Konflikte, die uns bevorstehen, wenn wir in den nächsten 20 Jahren klimaneutral leben wollen. Dass wir das wirklich tun werden, ist keineswegs ausgemacht. Es wird auch mit Ölheizungen weitergehen, mit Benzinern und Billigfliegern, nur wird es unsere Nachkommen teuer zu stehen kommen. Aber das ist dann nicht mehr unser Flohmarkt.



Heike Holdinghausen ist Redakteurin im Wirtschafts- und Umweltressort der taz. Sie schreibt über Rohstoffthemen, Chemie und gerne auch den Wald. Sie ist (Mit-)Autorin verschiedener Bücher, zuletzt einer Stoffgeschichte über Seltene Erden.

Jasmin Kalarickal über den Haushaltsstreit

Gegen das Spardiktat

Auf Wunsch von Christian Lindner sollen bis auf das Verteidigungsministerium alle Ministerien Einsparvorschläge machen. Die Grünen wollen sich damit nicht abfinden. Und an dieser Stelle stellt sich fast ein Gewöhnungseffekt ein. Aber das Ganze ist viel mehr als gelb-grünes Gezank. Es geht darum, ob die Regierung den richtigen Haushaltskurs in der Krise fährt. Und wer die Kosten dieser Krise tragen soll.

Lindner ist als oberster Kassenwart der Nation formal der richtige Ansprechpartner. Doch man neigt dazu, sich zu sehr auf seine Person zu fokussieren, weil er ohnehin als kaltherziger Sparer gilt. Darüber vergisst man schnell, dass Kanzler Olaf Scholz diese Linie aus Überzeugung mitträgt.

Dass die Grünen im Ringen um den Haushalt 2024 das Spardiktat in der Krise anmahnen, ist richtig. Vielleicht wagen sich ja auch mal ein paar SPD-Linke aus der Deckung. In diesem Jahr will die Regierung keine weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Die Krise wurde für beendet erklärt. Lind-

ner ist das auch deshalb so wichtig, weil er bislang, konträr zu seinem Image, als flexibler Schuldenminister aufgefallen ist. Die 100 Milliarden Sonderschulden für die Bundeswehr sind nur ein Beispiel. Warum soll nun ausgerechnet das Verteidigungsministerium nicht sparen?

Lindner will eine Finanzierungslücke von 20 Milliarden Euro schließen und keine Steuern erhöhen. Doch wie sollen notwendige Zukunftsinvestitionen, sozialer Ausgleich und Sparkurs zusammenpassen? Dass er selbst eine Reform der Schuldenbremse ablehnt, mit der er ohne Gesichtsverlust den Spielraum erweitern könnte, ist nur durch ideologische Verblendung zu erklären. Schlupflöcher bei der Erbschaftsteuer zu schließen, lehnen die Liberalen auch ab.

Eins aber kann man dem Finanzminister zugute halten: Eine Ermahnung zum Sparen ist nicht per se verkehrt. Im Koalitionsvertrag war etwa vereinbart, umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzubauen. Die Liste liegt im Bundesumweltamt vor.

Barbara Dribbusch über Pflegepersonalgewinnung in Übersee

Werbereise mit Geschmäcke

Es hat Symbolkraft, wenn deutsche Bundesminister:innen durch die Welt jetten, um Pfleger:innen zu gewinnen für die hochgebrechlichen Menschen in Deutschland. Der damalige CDU-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn flog auf der Suche nach Pflegekräften nach Mexiko. Der heutige Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) tourt mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) durch Brasilien und wirbt um qualifizierte Pflegekräfte, die aus der Heimat einen Bachelor-Abschluss mit nach Deutschland bringen.

Gemessen am Aufwand sind die Zahlen bisher bescheiden. 2022 kamen nur rund 656 Pflegekräfte aus Nicht-EU-Ländern hierher, auch wenn dort mit dem Lohn und dem Sozialsystem in Deutschland geworben wird. Obwohl es also aussieht wie eine gigantische Aufwertung des Pflegeberufs, wenn Minister:innen dafür durch die Welt reisen, ergibt sich ein anderes Bild, wenn man die Struktur hinter diesem Anwerbevorgang genauer anschaut.

Denn es geht nicht nur um die De-

mografie und die Tatsache, dass etwa in Brasilien der Anteil der jungen Leute höher ist. Im Grunde hofft man, dass qualifizierte Pflegekräfte aus Drittstaaten mühsam einen Sprachkurs absolvieren, nach Deutschland kommen, Heimweh aushalten und hier dann Arbeitsbedingungen vor allem in der Altenpflege akzeptieren, die von hiesigen Kolleg:innen als unzumutbar empfunden werden, weswegen diese scharenweise den Bereich verlassen. Das hat ein Geschmäcke.

Gegen die Anwerbung von Pflegekräften in Drittstaaten ist zwar grundsätzlich nichts zu sagen, aber ohne Verbesserungen der hiesigen Arbeitsbedingungen auch für Mitarbeiter:innen, die bereits im Land sind, wird es nicht gehen. Verlässliche Arbeits- und Freizeiten, bessere Personalschlüssel, mehr Geld wird man definitiv brauchen, um den Beruf attraktiver zu machen und damit die Personalnot vor allem in der Altenpflege zu mildern. Dazu bräuchte es einen politischen Willen und viel Geduld. Das ist aufwendiger und politisch riskanter als symbolische Reisen.

taz shop

Soli-Shirt gegen Antifeminismus

Unser Soli-Shirt ANTI ANTIFEMINISM zeigt nicht nur Haltung und drückt Solidarität mit den feministischen Kämpfen aus, sondern unterstützt mit seinem Solianteil ganz konkret: Pro T-Shirt gehen 5 Euro an 6rang, eine Organisation, die sich im Iran für die Rechte von lesbischen und trans Personen einsetzt. Aus 100 % Biobaumwolle. Unisex, denn Feminismus steht allen gut. Erhältlich in den Größen S, M, L und XL, unisex. Artikel-Nr. 13164, € 25,00

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin T (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



talkshow

Staatlich verordnete Achtsamkeit

Die Bundespolitik fordert bei Konzerten Awareness-Teams, die aus linken Subkulturen stammen. Funktioniert das? Und entlässt das die Musikbranche aus der Verantwortung?

Von Caspar Shaller

Die drastischen Vorwürfe gegen Rammstein wegen mutmaßlichen Machtmissbrauchs und sexueller Übergriffe, die die Band in einem Statement bestreitet, rufen die Politik auf den Plan. Familien- und Frauenministerin Lisa Paus von den Grünen schlug eine ganze Reihe von Maßnahmen vor: Die Musikindustrie solle einem Bündnis gegen Sexismus beitreten, die „Nullte Reihe“ bei Rammstein-Konzerten, in die aufgrund von Attraktivitätskriterien ausgesuchte junge Frauen aufgenommen worden seien, solle abgeschafft werden, dafür sollen Schutzräume für Frauen eingerichtet werden. Ein Vorschlag kam überraschend: Paus brachte Awareness-Teams ins Spiel.

Diese sollen Betroffenen bei Konzerten zur Verfügung stehen, wenn es zu sexuellen Übergriffen kommt. Awareness-Teams, die üblicherweise in Zweierteams in hellen Warnwesten durch Partys streifen und oft auch an einem stationären Infotisch ansprechbar sind, sollen die erste Anlaufstelle sein, wenn sich jemand aus welchen Gründen auch immer unwohl fühlt. Überraschend kommt dieser Vorschlag deshalb, weil das Konzept von Awareness-Teams aus linken Subkulturen stammt. Nun wurde sie aus dunklen, selbstorganisierten Kellern in die grelle Öffentlichkeit der Bundespolitik getragen. Das könnte einem wichtigen und mittlerweile gut erprobten Konzept verdiente Aufmerksamkeit beschern. Aber: Was meint Lisa Paus genau, wenn sie von Awareness spricht? Kann man so ein Konzept von oben herab verordnen?

Der Ursprung von Awareness-Teams ist ein ganz anderer: Durch jahrelange Erfahrung und Diskussionen über den Umgang mit Sexismus, Diskriminierung, zwischenmenschlich manifestierten Machtgefällen sowie möglichen Problemen durch Alkohol- und Drogenkonsum entstand seit den späten Neunzigern das Konzept Awareness erst in linken Partykreisen, bald auch in queeren Szenen. Awareness bedeutet Achtsamkeit oder Bewusstsein. Trotz des englischen Namens ist es ein Konzept, das fast nur im deutschsprachigen Raum verbreitet ist, denn es ist auch Ausdruck eines Bewusstseinswerdungsprozesses gewisser Milieus, in denen emotionale, intellektuelle und schlussendlich organisatorische Auseinandersetzungen über den Umgang mit Sexismus und Diskriminierung geführt wurden.

Am Awareness-Konzept ist auch zentral, dass man eine Instanz geschaffen hat, die den offiziellen staatlichen Strukturen vorgelagert ist. Statt sofort die Polizei zu rufen, will man Probleme innerhalb der Szene lösen. Wenn jemand auf Drogen zusammenklappt oder einen schlechten Trip hat, muss man nicht sofort den Krankenwagen rufen und die Person dem Gesundheitswesen übergeben. Geschultes und erfahrenes Personal kann abschätzen, ob die Person einfach Ruhe und

Magnesiumwasser braucht um runterzukommen oder tatsächlich ins Krankenhaus muss.

So sollen auch repressive Strukturen aus Partys zurückgedrängt werden (wobei man manchmal nicht umhin kommt, die Secus oder sogar die Polizei dazuzuholen). Awareness-Teams sind weder Erste Hilfe noch Security oder Sozialarbeiter:innen, sondern eine Form der Selbstregulierung und der Self-Care einer Gemeinschaft. Sie rekrutieren sich dabei meist aus der Szene selbst, kennen die Codes, Verhaltensweisen und Traditionen der Gemeinschaft, um die sie sich kümmern. Abgesehen von den Westen sind sie ästhetisch oft kaum von den anderen Besucher:innen zu unterscheiden.

Wenn nun eine Bundespolitikerin fordert, solche Teams einzusetzen, verändert sich die Dynamik. Linke Stimmen warnen bereits vor der Professionalisierung von Awareness-Strukturen. Es ist zwar wichtig, dass diese Form von Care-Arbeit auch bezahlt wird. Alle, die schon mal bei einer Party gearbeitet haben, wissen, dass das nicht nur Spaß macht. Allerdings, so die Kritik, entfernt sich das Awareness-Konzept dadurch immer weiter von seinen Ursprüngen und den Szenen, die es getragen haben. Bald schon besteht kaum noch ein Unterschied zwischen klassischer Security und Awareness.

Schon jetzt ist es ein Problem, dass sich Veranstalter eine pinke Warnweste überstreifen und dann so tun, als wäre damit alles in Butter. So kann vorgegaukelt werden, man tue etwas gegen Sexismus und Diskriminierung, ohne jedoch wirklich aktiv zu werden. Wenn nun Veranstalter von riesigen Konzerten, die seit Jahrzehnten bei den in der Musikszene so verbreiteten Übergriffen weggesehen haben, diese Machtstrukturen befördert und finanziell von ihnen profitiert haben, ein paar bezahlte Menschen in Warnwesten durchs Publikum streifen lassen und einen verschämten Infotisch in eine Ecke stellen, um so den Anschein zu erwecken, sie wollten endlich gegen die Missstände ihrer Branche vorgehen, dann versuchen sie sich damit von ihrer wahren Verantwortung reinzuwaschen. Und sie missbrauchen auch die jahrelange Auseinandersetzung von Menschen in linken und queeren Subkulturen mit den in uns allen vorhandenen Machtstrukturen und der Suche nach Lösungen für einen Umgang damit.

Einfach nur mit Warnweste rumlaufen reicht nicht
Foto: Nikolai Sorokin/picture alliance



Foto: Matthias Königsschulte



Noemi Molitor
Subtext

Merz hat den Bezug zum „normalen Leben“ verloren

Die Alliteration muss man dem PR-Team von Friedrich Merz lassen: „MerzMail“ ist ein smarterer Titel für einen Newsletter, so schön eingängig. Was Merz in der letzten Ausgabe schrieb, war dagegen eine Täter-Opfer-Umkehr der Sonderklasse. Die gendergerechte Sprache – Merz nennt das „Gegenderte Sprache und identitäre Ideologie“ – in journalistischen Medien sei für die erneut gestiegene Popularität der AfD verantwortlich, die laut der Umfrage zur Bundestagswahl, die das Meinungsforschungsinstitut Insa für die *Bild am Sonntag* gerade tätigte, zu verzeichnen ist.

Aber erst mal zurück zum Anfang. Das Gendern beherrscht Merz nämlich selbst auch. „Liebe Leserin, lieber Leser“, beginnt der Text, Ladys First eben. Das generische Maskulinum, das Binnen-I, wir wissen alle sehr gut, dass unsere Sprache längst gegendert ist. Wobei der Backlash gegen Unterstrich, Asterisk und Doppelpunkt stark an das Lächerlichmachen erinnert, das das Binnen-I einst erfuhr.

Weniger zitiert wurde aus Merz’ Botschaft folgender Satz zum Thema sprachliche Selbstbestimmung: „Im normalen Leben beschäftigen sich die Menschen nicht mit ‚Indianern‘ und ‚M[...]straßen‘, sondern mit Inflation und Wohnungsnot.“ Ich bin mir ziemlich sicher, dass koloniale Reststücke in Sprache und Kultur für People of Color zu Problemen gehören, mit denen sie sich im normalen Leben beschäftigen. Genauso wie Rassismus auf dem Wohnungsmarkt. Weißen Menschen ist Antirassismus im Übrigen auch ein zentrales Anliegen im Alltag, inklusive der Umbenennung von Straßen, die das koloniale Erbe ungefiltert in die Gegenwart tragen.

Vielfalt gehört in die Mikrofasern der Gesellschaft. Von Partikularinteressen, wie Dorothee Bär sie in der *FAZ* diese Woche wieder einführen wollte, kann keine Rede sein. Bär besuchte kürzlich schon Ron DeSantis in den USA. Sie und Merz könnten sich mal bei den verschiedenen Native Nations erkundigen, wie „wenig“ die Fremdbezeichnung „Indian“ mit Alltagsrassismus und der überproportional hohen Mordrate gegen indigene Frauen, Mädchen und Two Spirits zu tun hat. Wie viele existenzielle Schwierigkeiten die Unterversorgung mit infrastrukturellen Ressourcen und medizinischer Versorgung erzeugen.

Schließlich folgt bei Merz noch Stimmungsmache gegen Geflüchtete in Deutschland: „Im Lebensalltag der Städte und Dörfer dagegen ist die Flüchtlingskrise wieder präsent, verbunden mit dem unguuten Gefühl, für Flüchtlinge sei immer genug Geld vorhanden, für Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser dagegen immer weniger.“ Oha, Deutsche First. Mein Gefühl ist, Merz spricht so häufig von sich weisend über die AfD, gerade weil seine Rhetorik ihr so nah kommt. Mit der AfD hat geschlechtergerechte Sprache im Übrigen tatsächlich viel zu tun. Sie ist einer der unzähligen Bausteine gegen Neo-Faschismus.



Fallrückzieher-Tor aus 30 Metern: Ibrahimović am 14. November 2012 gegen England Foto: Pic-Agency/Offside/picture alliance

Gottes Rolle

Es gibt keinen Fußballprofi, der sich so aufplusterte, ohne Häme zu ernten. Zlatan Ibrahimović beendet seine Karriere. Er bezeichnete sich als Gott und wurde dafür gefeiert. Warum?

Von Andreas Rüttenauer

Es war ein Tor, so wunderbar, so schön und so verrückt. Ein Tor, wie es die Welt vielleicht nie mehr sehen wird, wie es vielleicht nie mehr eines geben wird. Gott hat es geschossen. Bevor er zu diesem unfassbaren Schuss angesetzt hat, stand er 30 Meter vor dem Tor in halbrechter Position, wie es in der Fußballsprache heißt, an einem Ort auf dem Platz, von dem aus es schier unmöglich ist, ein Tor zu erzielen. Für gewöhnliche Fußballer jedenfalls. Nicht für Gott. Der hob ab, schwang seine Füße in die Lüfte und katapultierte den Ball ins Tor.

Am 14. November 2012 war das. Vier Tore hat Gott in diesem Spiel für Schweden erzielt. Am Ende hieß es in diesem Qualifikationsspiel für die Fußball-WM 2014 gegen England 4:2 für Schweden. Das ist längst vergessen. Unvergessen jedoch ist Gottes Tor für die Ewigkeit. Als Zlatan Ibrahimović in diesen Tagen das Ende seiner Karriere als Fußballer verkündet hat, erinnerte sich die Glaubensgemeinschaft des Fußballs an jenen Treffer. Denn das ist Gottes Name: Zlatan Ibrahimović.

Jenes Tor, es war echt. Es wird sich auch niemand finden, der abstreiten würde, dass sich hinter der Figur des Zlatan Ibrahimović eine reale Person verbirgt, dass es diesen Fußballer wirklich gegeben hat und dass der heute 41 Jahre alte Schwede nun als Fußballpensionär weiterleben wird. Es wird auch Menschen geben, die wissen, wie dieser Mensch hinter der Figur Ibrahimović wirklich ist. Alle anderen kennen die Rolle, die dieser hochbegabte Fußballer gespielt hat. Die Rolle des Egomane mit dem Hang zu sozialem Enga-

gement, die des Mannschaftssportlers, der auf dem Feld immer wie der Chef auftritt, und die des notorischen Angebers mit jugoslawischen Wurzeln, der es aus einfachsten Verhältnissen in Malmö stammend zu Weltruhm und Reichtum gebracht hat, die Rolle als Gott.

Zum Gott hat er sich selbst erklärt. Nicht nur einmal. Da war jener Reporter, der aus Ibrahimović’ Einlassung, nachdem nur der Fußballgott wissen könne, wie das Spiel ausgeht, meinte, dass man den ja schlecht fragen könnte. Was für eine Vorlage für Ibrahimović! „Warum nicht“, soll der gesagt haben, „er steht doch vor Ihnen.“ Ober jener Reporter, der wissen wollte, ob der Stürmer wohl an Gott glaube. Darauf konnte es nur eine Antwort geben: „Ich glaube nur an mich.“ Ja, es wurde gelacht darüber. Aber es war ein anerkennendes Lachen. Es gibt gewiss nur wenige Fußballer, die sich derart aufführen, sich derart aufplustern können, ohne Häme zu ernten. Vielleicht gab es nur den einen, Zlatan Ibrahimović, der von sich sowieso immer nur in der dritten Person gesprochen hat.

Als Fußballer sind seine Verdienste unbestritten. Er hat für Ajax Amsterdam, für Juventus Turin, für Inter Mailand, für den FC Barcelona, für Manchester United, Paris Saint-Germain und den AC Mailand gespielt, holte nationale Meistertitel noch und nöcher, hat für sechs verschiedene Klubs in der Champions League Tore geschossen, was außer ihm keinem anderen gelungen ist und hat sogar bei seinem Gastspiel in den fußballerisch noch unterentwickelten USA, wo er für Los Angeles Galaxy aufgelaufen ist, für Schlagzeilen gesorgt. Aber gewonnen hat er die Champi-

ons League nie und Weltmeister ist er als Schwede natürlich auch nicht gewesen. Und doch inszenierte er sich Zeit seiner Karriere als Größter aller Zeiten mit einer Attitüde, wie sie einst der Boxer Muhammad Ali an den Tag gelegt hatte. Ihm mag sie zugestanden haben. Aber ihm?

Mutter Putzfrau,
Vater Alkoholiker,
Sohn Superstar.
Natürlich ist diese
Aufsteiger-
geschichte verrückt

Seine Fans mögen im vermittelt haben, dass sie genau das wollten. Sie verehrten nicht nur den Fußball, sie verehrten die Type, als die er sich präsentiert hat, den Gegenentwurf zu all den braven Fußballtypen. Sie mochten, wie er mit seinen Luxuskarossen vor das Trainingsgelände gefahren ist, feierten mit ihm das Geschenk, das er sich selbst zu seinem 40. Geburtstag gemacht hat, einen für ihn persönlich angefertigten Ferrari SF90 Spider im Wert von bescheidenen 465.000 Euro. „Happy Birthday, Zlatan!“, schrieb er dazu auf Instagram und tat dabei so, als würde er sich selbst auch in der dritten Person ansprechen. Statt Verachtung erntete er Liebe für derartige Posts.

Und den gestandenen Männer, die geweint haben, als er in Mailand seinen Rücktritt erklärt hat, macht es offensichtlich nichts aus, dass sie für einen wie Zlatan Ibrahimović unwürdige Kreaturen sein müssen. Sie stören sich nicht an seinem Luxusgehabe und freuen sich vielleicht sogar an Bildern, die

zeigen, wie er sich auf seiner 34 Meter langen Superyacht in der Sonne aalt. Dass sich Ibrahimović im vergangenen Wahlkampf in Italien für Silvio Berlusconis Tiktok-Kampagne hat einspannen lassen, sorgt auch für keinen Aufschrei. Gott und Bunga Bunga? Passt schon.

Natürlich ist sie verrückt, diese Aufsteigergeschichte. Mutter Putzfrau, Vater Alkoholiker, Sohn Superstar. Vielleicht ist es diese Biografie, wegen der ihm seine Selbstsucht, sein Machotum, seine ewige Aufschneideri nicht nur verzeihen, warum sie regelrecht gefeiert wird. Jedes Jahr zu Weihnachten über Social Media seinen Fans den Stinkefinger zu zeigen, das kann sich wahrlich nicht jeder erlauben. „Merry ChrizmaZ!“, lautete die Botschaft 2018 auf Instagram zum Bild eines roten Gartenzwergs, der den geneigten Fans den Mittelfinger entgegenstreckte. Das Z, logisch, es steht für Gott.

Es ist ein rebellischer Gott. Einer, der macht, was er will, der sich sogar gegen den großen Fußballweisen Pep Guardiola, unter dem er in Barcelona trainiert hat, zur Wehr gesetzt hat. Der sich gewundert hat, wie angepasst seine Kollegen beim ruhmreichen katalonischen Klub waren. „Keiner von den Jungs führte sich auf wie ein Superstar, und das war komisch. Messi, Xavi, Iniesta, die ganze Bande, sie benahmen sich wie Schuljungen“, heißt es in seiner Autobiografie „Ich bin Zlatan“.

Ist es das? Ein Superstar muss sich benehmen wie ein Superstar, zeigen, was er hat, der Öffentlichkeit vorspielen, wie geil Reichtum ist, weil geil er selbst seinen Körper findet. Und das kommt an? Und wie! Jetzt ist erst mal Schluss damit. Schluss mit Gott. Gut so.

Anzeige

LMd Mixtape

Von der Politik zur Musik
Immer am 2. Donnerstag im Monat
auf ByteFM ab 12:00 Uhr

ByteFM

monde-diplomatique.de



Sehnsucht nach dem alten Neapel

Alles ist gleich und nichts, wie es war: Mario Martone erzählt im Spielfilm „Nostalgia“ intim von einer Heimkehr

Von Barbara Schweizerhof

Was steht einem Mann vor Augen, der nach vierzig Jahren zum ersten Mal wieder in die Stadt zurückkehrt, in der er aufgewachsen ist? Vom leeren, anonymen Balkon eines Neubauhotels wirft Felice (Pierfrancesco Favino) den ersten Blick über Neapel, nachdem er aus Kairo hierher geflogen ist. Seine goldene Armbanduhr verstaubt er im Hotelsafe, bevor er zu Fuß losgeht. Auch an seinem sicheren Schritt erkennt man, dass er hier kein Fremder ist, obwohl man ihn bislang nur hat Arabisch sprechen hören.

Das Neapel, durch das Regisseur Mario Martone seinen Helden schreiten lässt, ist nicht das der Postkarten. Hektische Straßen mit viel Autoverkehr münden auf Billigmärkte für Haushaltswaren, wo markante, von einem harten Arbeitsleben gezeichnete Gesichter und Frauen mit Kopftuchbedeckung zum Alltag gehören. In den stilleren Altstadtgassen bröckelt der Putz über verammelten Läden.

Felice geht Pizza essen an diesem ersten Abend in der einstigen Heimat, wie man es so macht in Neapel. Man behandelt ihn wie einen Touristen, auch weil ihm das Neapolitanische nicht mehr flüssig über die Lippen kommt. Bier oder Wein lehnt er ab und bestellt Wasser. Über seinen Lebensweg vom Teenager, der im Altstadtviertel Sanità die Gassen unsicher machte, bis zum wohlhabenden, in Kairo ansässigen und zum Islam übergetretenen Bauunternehmer, erzählt der Film erst nach und nach. Aber was diesen Mann und seine Entfremdung von der eigenen Herkunft ausmacht, ist alles schon in diesen ersten Szenen vorhanden.

Sehnsucht nach dem, was vergangen ist, lautet die schnelle Erklärung für Nostalgia. Mario Martone aber blättert in „Nostalgia“ das vertraute Gefühl in verschiedene, widersprüchliche Regungen auf. Da ist die pure Freude an der Erinnerung an das eigene, jugendliche Ich, wenn Felice sich ein Motorrad besorgt und damit die Wege entlang kurvt, die er als Teenager mit dem besten Freund Oreste genommen hat. Da ist aber auch das Erschrecken über die Motorradgang der Gegenwart, die nächtens mit Schüssen das Viertel terrorisiert. Nicht alles, was noch genauso wie früher ist, ist deshalb gut.

Felices Erinnerungen an damals inszeniert Martone mit der Körnigkeit alter Super-8-Filme und verkleinerter Kadrierung: Zwei junge Männer, die über Altstadtstraßen Rennen fahren, sich mit rivalisierenden Gangs prügeln, am Strand einer ungewissen Zukunft entgegen schauen und schließlich einen Überfall mit schicksalhaftem Ende

begehen. Songs wie „Lady Greengrass“ von The Ones und Musik von Tangerine Dream, die aus der ersten Band hervorgingen, ent-rücken vom engen Lokalkolorit und weiten atmosphärisch den Sehnsuchthorizont.

Nostalgia im widersprüchlichen Sinn ist auch Felices Abschied von der alten Mutter, dem das erste Drittel des Films gewidmet ist. Nachdem er sie in einer dunklen Erdgeschosswohnung wiederfindet, wohin ein dubioser Deal sie gebracht hatte, sucht er eine neue, lichte Wohnung für sie beide, kauft ihr, was ihr fehlt, und will so ihre letzten Tage verschönern. In der vielleicht berührendsten Szene des ganzen Films nimmt der erwachsene Mann wie in einer rollenverkehrten Pietà die kleine, nackte, alte Frau auf seine Arme, um sie ins Wasserbad zu hieven. Zuerst hatte sie sich nicht ausziehen wollen vor ihrem Sohn, aber dieser hatte sie wunderbar sanft dazu überredet mit der Anregung zu einem Gedankenspiel: „Denk dich zurück an früher, als du mich nackt gebadet hast ...“. Die Scham der alten Frau darüber, äußert sich in einem klagendem Schluchzen, das umso erschütternder wirkt, weil zugleich Erleichterung herauszuhören ist.

Es ist diese grandiose Mischung aus sehr intimen, unmittelbaren Momenten und dem sezierenden, dokumentarischen Blick auf die Stadt Neapel von heute, die den Reiz dieses merkwürdig sperrigen Films ausmachen. Er gleicht einem Mosaik von Reflexionen, dessen Details sich erst mit Distanz zu einem Gesamtbild fügen.

Felice ist ein wortkarger, stoischer Held, der zugleich als wunderbar beredter Spiegel für seine Umgebung fungiert. Die Zufallsbegegnung mit einem alten Verehrer der Mutter wird zur Freundschaft, gerade weil er den Alten zuerst nicht wiedererkennt. Das Nicht-erinnern macht ihre Annäherung um so interessanter. Der engagierte Priester des Viertels, Don Luigi (Francesco Di Leva), zieht mit Felice durch die Haushalte der Gemeinde und stellt ihn als „Person, die mir am Herzen liegt“, vor.

Es ist eine Art Schutzformel, denn Don Luigi weiß, dass Felices Jugendfreund Oreste (Tommaso Ragno), der als Verbrecherboss die eigentliche Autorität des Viertels darstellt, auf seine Anwesenheit reagieren wird. Er rät ihm zu gehen, provoziert ihn aber gleichzeitig dazu, für seine, Don Luigis, Initiativen zu spenden oder seine Arabischkenntnisse bei der Einbindung eines tunesischen Flüchtlings gewinnbringend einzusetzen.

Felice bleibt länger, als er es müsste nach dem Tod der Mutter. Immer mehr eignet er sich die Stadt wieder an. Es habe sich si-

cher vieles sehr verändert, will die Ehefrau in Kairo im Telefongespräch mit seiner Melancholie sympathisieren. „Nein! Es ist alles dasselbe!“, antwortet Felice, und wieder ist da die Ambivalenz von Freude und Erschrecken. Auch deshalb, weil es nicht nur für die alten Gemäuer der Stadt gilt, sondern mehr noch für den Zwiespalt, in dem sich ihre Bewohner seit jeher befinden: Sollen sie sich den kriminellen Strukturen unterordnen, der Herrschaft der Gewalt, oder das Bessere versuchen, den Ausweg durch Bildung, durch Pflege der städtischen Umgebung und ihrer Geschichte? Ein Besuch in den Katakomben Neapels, von denen Felice erzählt, dass sie in seiner Jugend noch verschlossen waren, steht als symbolhafte Handlung dafür.

Für kurze Zeit sieht es so aus, als könnte Felice die Zusammenführung seiner Welten gelingen. Bei einem Sommerfest bringt er die Jugendlichen von Don Luigis Gemeinde dazu, zu einem Hit der ägyptischen Rockband Cairokee zu tanzen und lässt per Smartphone seine Frau daran teilhaben; die Entscheidung, dass auch sie nach Neapel ziehen wird, ist gefallen. Aber je erfolgreicher seine Neueroberung der Stadt, desto größer auch die Konkurrenz zu seinem ehemaligen besten Freund, dem Verbrecherboss, der als ominöse Bedrohung im Hintergrund agiert und vielleicht sogar weniger eine reale Gestalt als vielmehr ein Alter Ego ist.

Mario Martone, selbst in Neapel geboren, entwickelt sich zu einer Art „Heimatfilmer“. Dass er mit „L'amore molesto“ 1995 die erste Adaption eines Elena-Ferrante-Romans realisierte, belegt, dass er mit der berühmten Autorin die Sensibilität teilt, ein starkes Identitätsgefühl nicht mit volkstümlicher Glorifizierung zu verwechseln und weder Klassenverhältnisse noch den Einfluss des organisierten Verbrechens auszublenden. Seine zwei letzten Filme, „Il sindaco del Rione Sanità“ und „Qui rido io“ waren als Auseinandersetzungen mit ureigener neapolitanischer Kulturgeschichte zu speziell und theaterhaft-akademisch geraten – Martone arbeitet viel für die Bühne –, um ein internationales Publikum zu finden.

„Nostalgia“ aber ist ein echtes Stück Kino, mit atmosphärischen Bildern und einer sich prozesshaft entwickelnden Geschichte, die fast ohne Plot auskommt. Es reicht völlig, das Gesicht von Pierfrancesco Favino zu betrachten, einem der besten „face actors“ der europäischen Filmlandschaft der Gegenwart.

„Nostalgia“. Regie: Mario Martone. Mit Pierfrancesco Favino, Francesco Di Leva u. a. Italien/Frankreich 2022, 118 Min.

Späte Heimkehr: Felice Lasco (Pierfrancesco Favino) mit Pater Luigi Rega (Francesco Di Leva) Foto: MFA

Melancholisch, weltabgewandt

Astrud Gilberto, die brasilianische Sängerin des Evergreens „The Girl from Ipanema“, ist gestorben

Von Detlef Diederichsen

Ihre Karriere begann mit einem Urknall: Gleich ihre erste professionelle Aufnahme, „The Girl from Ipanema“, eine englischsprachige Version des Songs „Garota de Ipanema“ von Antônio Carlos Jobim und Vinícius de Moraes, wurde 1964 zum Welthit, erhielt einen Grammy als „Song des Jahres“ und etablierte die brasilianische Bossa nova neben der britischen Invasion und dem Soul von Tamla Motown als dritte große prägende Kraft der Pop-Explosion der 1960er.

Astrud Weinert, eine von drei Töchtern eines in Deutschland geborenen Englischprofessors, hatte 1960 den brasilianischen Sänger João Gilberto geheiratet (Trauzeuge war übrigens der Schriftsteller Jorge Amado), der mit seinem gehauchten und geflüsterten Gesang der Bossa nova ihr charakteristisches Erkennungszeichen implementiert hatte und zu der Zeit in seiner Heimat schon eine Legende war. Außerhalb Brasiliens begannen sich damals vor allem US-Jazzmusiker für diese neuartige, rhythmisch und harmonisch so reiche Musik zu interessieren. Der Saxophonist Stan Getz hatte schon mehrere Versuche gemacht, Bossa nova dem US-Publikum nahezubringen. Aber erst das 1963 eingespielte Album „Getz/Gilberto“ führte dann zum Durchbruch. Die entscheidende Zutat war dabei nicht die Stimme von João Gilberto (dem Gilberto im Albumtitel), sondern die melancholische, weltabgewandte Mädchenstimme von Astrud, die den englischen Text sang, nachdem João den portugiesischsprachigen Originaltext intoniert hatte. Der Produzent Creed Taylor entschied sich schließlich, einen Edit des Albumtracks anzufertigen, João's Part zu eliminieren und das Ganze als Single herauszubringen.



Astrud Gilberto (1940-2023) Foto: imago

Ihre Ehe mit João war zu diesem Zeitpunkt schon am Ende und auch die folgende Beziehung mit Stan Getz, der laut den Erinnerungen des Journalisten und Textdichters Gene Lees bei Creed Taylor durchgesetzt hatte, dass Astrud für ihren Beitrag zum „Girl from Ipanema“ keinen Cent bekam, hielt nicht lange.

Astrud Gilberto versuchte sich in den Folgejahren mit wechselndem Erfolg als eine Art Mittlerin zwischen den musikalischen Entwicklungen in Brasilien und des US-Pop, sang einerseits Titel von Marcos Valle und Milton Nascimento, andererseits von den Beatles und Burt Bacharach und arbeitete mit Arrangeuren wie Eumir Deodato und Marty Paich.

Anfang der 1970er Jahre fuhr sie ihre Aktivitäten deutlich zurück und veröffentlichte kaum noch neue Musik. Zu den Ausnahmen gehört ein Album mit James Last (1986). In Brasilien pflegte man Astrud Gilberto etwas gehässig als One-Hit-Wonder abzutun und wegen ihrer geringen gesanglichen Variationsbreite zu verspotten. Das hatte womöglich aber auch mit dem Neid darauf zu tun, dass es einer Brasilianerin, die nicht schon zuvor lange Lehrjahre in den Nachtclubs von Rio absolviert hatte, so mühelos gelungen war, den Weltmarkt zu erobern, um dann als Gesicht und Stimme der Bossa nova gehandelt zu werden.

In Großbritannien erfuhr die Künstlerin größere Wertschätzung und war ein prägender Einfluss auf Sängerinnen wie Sade, Basia und Alison Statton, die Mitte der 1980er Jahre einen neuen Versuch unternahmen, die Stilikon der Bossa nova im Popkanon zu etablieren. Astrud Gilberto starb am 5. Juni in ihrer langjährigen Heimat Philadelphia im Alter von 83.

Rammsteins begehrte Reihe Null

Eine Agentin soll Till Lindemann systematisch junge Frauen zugeführt haben

Von Fabian Schroer

Till Lindemann gerät weiter unter Druck. Seit Tagen gibt es Missbrauchsvorwürfe gegen den Sänger der Berliner Rockband Rammstein. Die Rede ist von sexuellen Übergriffen im Backstagebereich, Frauen aus der sogenannten „Row Zero“ – dem Bereich direkt vor der Bühne, zu dem nur ausgewählte Konzertbesucher*innen Zugang haben – sollen KO-Tropfen verabreicht worden sein. Am Dienstag habe sich die Band verschiedenen Medienberichten zufolge nun von ihrer „Casting-Direktorin“ Alena Makeeva getrennt.

Bei den Vorwürfen gegen Lindemann fällt immer wieder Makeevas Name. Die Russin soll junge Frauen für Parties vor und nach Rammstein-Konzerten „rekrutiert“ haben, über Social Media, in Clubs, und in besagter „Row Zero“. Den Aussagen einiger Frauen zufolge habe dies allein dem Zweck gedient, Lindemann Sexualpartnerinnen zu zuführen.

Am Montag hatte die bekannte Youtuberin Kayla Shyx ein Video veröffentlicht, in dem sie eigene Erlebnisse auf einer Rammstein-Afterparty ausführlich schildert. Im Video, das bald drei Millionen Views überschreitet, erzählt Shyx, wie sie und ihre damals 18-jährige Freundin auf einem Konzert der Band von Makeeva in der „Row Zero“ zu einer Party eingeladen wurden. Die Russin habe ihnen in Aussicht gestellt, „Till zu treffen“, obwohl sie nicht danach gefragt hätten. Auf der Party seien die beiden in einen Nebenraum geführt, ihre Handys seien konfisziert worden. Dort hätten bereits andere Frauen gewartet, von denen einige benebelt erschienen seien.

Shyx habe dann von einer der Anwesenden erfahren, dass sie zu einer Auswahl an Frauen gehöre, von denen Lindemann sich später einzelne „aussuchen“ werde. Sie sei daraufhin in Panik geraten und habe mit ihrer Freundin versucht, den Raum zu verlassen. Makeeva sei ungehalten geworden und habe versucht, sie zum Bleiben zu überreden und ihnen Alkohol angeboten, worauf die zwei sich jedoch nicht eingelassen hätten.

Laut Berichten der Welt hat sich die Band inzwischen von Makeeva getrennt. Bis zu ihrer Abreise nach Russland soll sie sich in München aufhalten, wo die Band ab Mittwoch vier Konzerte spielt. Im Netz versuchen Fans derzeit, ihre Tickets wieder loszuwerden.

Erst vergangene Woche hatte die Irin Shelby Lynn auf Twitter angegeben, bei einem Rammstein-Konzert in Vilnius unter Drogen gesetzt und von Lindemann zum Sex aufgefordert worden zu sein. Als sie ablehnte, habe der Sänger zornig reagiert. Daraufhin hatten weitere Frauen Vorwürfe erhoben.

Nicht alle sind sich des Gefahren bewusst. Im Web-Forum Reddit sind Diskussionen von Userinnen einsehbar, wie sie am besten an Makeeva und dem begehrten Zugang zur exklusiven „Row Zero“ gelangen können. Manche Userinnen reagieren dann verzweifelt, wenn sie abgelehnt werden.

Ernst machen: Vorbereitungen zum Sprengen einer Pipeline
Foto: fugu films



Bomben gegen die Klimakrise

Der Spielfilm „How to Blow Up a Pipeline“ von Daniel Goldhaber lässt Aktivisten diskutieren und gegen die Mineralölkonzerne zur Tat schreiten

Von Michael Meyns

Erst vor ein paar Tagen wurde die linke Aktivistin Lina E. wegen Überfällen auf Rechte zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Ein Urteil, das bei beiden Seiten auf Kritik stieß: Für die einen war es ein Skandalurteil, das eine Antifaschistin anging, die das tat, was der Staat versäumt hatte, für die anderen das viel zu milde Urteil gegen eine Linksteroristin, die Selbstjustiz ausübte. So oder so befürchtet Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine zunehmende Radikalisierung.

Nicht der einzige Bereich, in dem immer häufiger Gewalt zu beobachten ist: Die Klimaprotestler der Letzten Generation sehen sich zunehmend brutalen Reaktionen von Autofahrern ausgesetzt, die sich in ihrem Recht auf freie Fahrt eingeschränkt sehen und den „Klimaklebern“ Nötigung vorwerfen. Auch hier wird eine Radikalisierung befürchtet, konservative Politiker sprechen schon von der Gefahr, dass eine Art „Klima-RAF“ im Entstehen ist.

Genau zum richtigen Zeitpunkt kommt nun ein Film in die Kinos, der ein Szenario durchspielt, das zwar fiktiv ist, aber zunehmend realistisch erscheint. Dessen Möglichkeiten und Konsequenzen werden in Kreisen der Klima-Aktivisten vielleicht auch schon kontrovers diskutiert. Der von einem Kollektiv um den Regisseur Daniel Goldhaber

produzierte Film „How to Blow Up a Pipeline“ basiert lose auf dem gleichnamigen Buch von Andreas Malm, in dem der schwedische Geograph und Journalist die Frage diskutierte, warum sich die Klimabewegung einem gewaltfreien Protest verschrieben hat.

Denn eigentlich, so führt Malm überzeugend aus, waren weder die Proteste von Gandhi noch die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King und schon gar nicht die Proteste, die zum sehr kurzlebigen Arabischen Frühling führten, gewaltfrei, auch wenn sie gerne als solche verklärt werden. Sie alle bedienten sich mehr oder weniger direkt auch gewalttätigen Formen des Protests, zumindest war die Möglichkeit von Gewalt und Radikalisierung ein Grund, warum die friedlicheren Aspekte einer Protestbewegung von Politik und Gesellschaft als bessere Alternative akzeptiert wurden. Konkret bedeutet das etwa in Bezug auf die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung: Nicht zuletzt der Druck, der durch den gewaltbereiten Malcolm X ausgeübt wurde, ließ den friedlicheren King als akzeptablere Alternative erscheinen.

Das Radikale, auch Gefährliche und Faszinierende an der Filmversion von „How to Blow Up a Pipeline“ ist, dass dieser Ansatz nicht einfach aufgezeigt und durchgespielt, sondern aktiv propagiert wird. Erzählt

wird von acht Aktivisten, die sich in Texas zum Anschlag auf eine Pipeline zusammenfinden.

In Rückblenden wird angedeutet, warum diesen Menschen kein anderer Weg als sinnvoll erscheint: Theo (Ariela Barer) etwa leidet an Leukämie, die vermutlich durch Abgase der Ölraffinerie ausgelöst wurde, in deren Schatten sie aufwuchs. Der Texaner Dwayne (Jack Weary) wiederum soll enteignet werden, um Platz für den Bau einer Pipeline zu schaffen, der *Native American* Michael (Forrest Goodluck) fühlt sich grundsätzlich von der weißen Gesellschaft unterdrückt, während das Paar Rowan (Kristine Froseth) und Logan (Lukas Gage) eine ganz eigene Agenda zu verfolgen scheint, die sich erst nach und nach offenbart.

Minutiös, fast dokumentarisch zeichnet der Film die Vorbereitung zu einem Anschlag nach, wenn auch nicht so genau, dass der gezeigte Bau von Bomben als Anleitung zu verstehen wäre: Eine präzise Bauanleitung wie das legendäre „The Anarchist Cookbook“ ist dieser Film dann doch nicht. Zumal da die Bomben ganz bewusst *nicht* gegen Menschen gerichtet sind, sondern gegen Sachen. An drei Stellen soll eine Pipeline zerstört werden, die Ölversorgung gestört und damit der Ölpreis in die Höhe getrieben werden.

Ein naiver Plan? Vielleicht. Aber angesichts einer Extremsituation

wie dem Klimawandel möglicherweise der einzige Weg, die Trägheit des Systems in den Grundfesten zu erschüttern. Oder würden solche Anschläge eher das Gegenteil bewirken und die hehren Ziele diskreditieren? Immer wieder lässt Goldhaber die Figuren diese Fragen diskutieren, werden Zweifel angedeutet, ohne dass es schließlich zu einem um Ausgleich bemühten, oberflächlich betrachtet „vernünftigen“ Ende kommt.

Mit welcher Verve „How to Blow Up a Pipeline“ seinen radikalen, anarchistischen Ansatz durchzieht, lässt an das agitatorische Kino der 60er Jahre denken, das auf eine im Nachhinein bisweilen vielleicht naiv anmutende Weise an Revolution und die Kraft gesellschaftlicher Änderung glaubte. Angesichts einer zunehmend hoffnungslos wirkenden Lage, einer erschreckenden Trägheit der Gesellschaft, die notwendigen Wandel zwar diskutiert, aber viel zu langsam auf die akuten Gefahren des Klimawandels reagiert, könnte in Formen der Radikalisierung tatsächlich die einzige Hoffnung liegen. Ob „How to Blow Up a Pipeline“ als Blaupause für den Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe dienen kann und vor allem sollte, das werden die nächsten Jahre zeigen.

„How to Blow Up a Pipeline“. Regie: Daniel Goldhaber. Mit Ariela Barer, Kristine Froseth u.a. USA 2022, 106 Min.

Die Frisur als Fetisch

Ein seltsamer Todesfall und großartige Haarkreationen: Die Krimikomödie „Medusa Deluxe“ von Thomas Hardiman geht es optisch üppig an, ohne beim Tempo zu überdrehen

Von Tim Caspar Boehme

Cleve wirkt schwer genervt. Sie muss für den anstehenden Frisurwettbewerb eigentlich ihren Beitrag vollenden, eine „georgische Fontange“. Das geduldig dasitzende Model Angie trägt schon ein turmartiges Drahtgestell auf dem Kopf, an dem Cleve die Haare im Stil der Hauben adliger Hofdamen des 17. Jahrhunderts kunstvoll hochstecken will. Und jetzt das. Draußen wartet die Polizei, muss mit allen Anwesenden sprechen, keiner soll das Gebäude verlassen. Denn ein Teilnehmer des Wettbewerbs, Mosca, ist tot aufgefunden worden. Man hat ihn skalpiert, heißt es.

„Medusa Deluxe“ nennt der britische Regisseur Thomas Hardiman sein Spielfilmdebüt. Dieser Krimi spielt im selten zu Kinoehren gelangenden Milieu der Haarstylisten und präsentiert sich zu gleichen Teilen als schrille Komödie und als optischer Exzess. Denn die aufwendigen Hornfadengebilde, die zur Schau getragen werden, können genauso als die Stars des Films gelten wie die Schauspielerinnen, die ihre Köpfe

dafür hinhalten. Sämtliche Haarkreationen stammen von Eugene Souleiman, der unter anderem schon Frisuren für Lady Gaga entwarf.

Von Beginn des Films an stellt sich für die noch lebenden Friseure die Frage, wer Mosca so brutal ermordet haben könnte. Cleve, von Clare Perkins mit reichlich Galle und Wut im Bauch gegeben, macht sich mit ihrem herausgekeiften Unmut über das anstehende Verhör und ihrem für das Opfer wenig schmeichelhaften Klatsch über dessen freizügiges Liebesleben als erste verdächtig. Ihre Kollegin Divine (Kayla Meikle) ist fassungslos, wie selbstverständlich Cleve sich dazu bekennt, auch schon mal handgreiflich geworden zu sein. Dieses Temperament soll man im Film dann noch eindrücklicher vorgeführt bekommen.

Doch jede weitere Figur, die auftritt, erscheint ähnlich suspekt. Wollte jemand von ihnen womöglich einfach einen Konkurrenten ausschalten? Warum benimmt sich der glänzend glatzköpfige Sicherheitsmann Gac (Heider Ali) so eigenartig? Warum wischt er etwas, das wie eine Blutspur aussieht, von einem



Hat was, so eine georgische Fontange wie in „Medusa Deluxe“ Foto: Mubi

Spind? Und wer sagt überhaupt Angél (Luke Pasquillano), dem Partner von Mosca, was passiert ist?

Hardiman inszeniert seine nur auf den ersten Blick klassische Whodunit-Geschichte, die nach vielen falschen Fährten zum echten Mörder führen soll, fast surreal klaustrophobisch. Die Kamera bewegt sich praktisch nie außerhalb des Veranstaltungsorts, kreist in den Garderoben um die sich leidenschaftlich angiftenden Haarformer und folgt einzelnen Figuren zwischendurch über lange Flure zur nächsten Garderobe.

Polizisten treten nicht als Ermittler auf, sie stehen allenfalls draußen neben ihren Fahrzeugen mit blinkendem Blaulicht. Kriminalistisch betätigen sich die Verdächtigen vielmehr selbst.

Für eine Komödie hat Hardiman ein bedächtiges Tempo gewählt, mitunter schlendern die Figuren wortlos vor sich hin, scheint die Handlung fast stillzustehen. Wenn die Protagonisten gehässig die Worte wechseln, geht es hingegen Schlag auf Schlag. Ominös bis drohend kommentiert dazu an einzelnen Stellen die elektronische Musik des walisischen Produzenten Koreless das Geschehen. Oder es ertönt als Klingelton der Song „West End Girls“ von den Pet Shop Boys.

Wie ein skalpierter Friseur aussieht, zeigt der Film dankenswerterweise nicht. Er führt einem dafür deutlich vor Augen, dass man mit ausladendem Haarputz besser keine Zigaretten rauchen sollte.

„Medusa Deluxe“. Regie: Thomas Hardiman. Mit Clare Perkins, Kayla Meikle u.a. Vereinigtes Königreich 2022, 101 Min.



Nicht mehr der Mensch, sondern der Rover sucht die Mondoberfläche nach nutzbaren Ressourcen ab. Hier ist es allerdings nur eine Minivariante im Modell
Foto: Armin Linke, SnT Universität Luxemburg, LunaLab2023

„Der Mond ist eine Art Tankstelle zum Mars“

In ihrer Installation „Down to Earth“ lassen die Kuratorinnen Francelle Cane und Marija Marić den Pavillon von Luxemburg für die jetzige Venedig-Biennale zu einer Mondlandschaft werden. Ein Gespräch über Space-Mining, Ressourcen-Green-Washing und was der Weltraum mit Architektur zu tun hat

Interview **Maxi Broecking**

taz: Frau Cane, Frau Marić, Sie forschen beide an der Architektur-Fakultät der Universität von Luxemburg zu ökologischen und ethischen Fragen. Worum geht es dabei und was zeigen Sie als Kuratorinnen des Luxemburg-Pavillons bei der diesjährigen Architekturbieniale?

Francelle Cane: Ich konzentriere mich in meiner Forschungsarbeit nicht nur auf gebaute Formen, sondern auch darauf, wie wir die Erde und die Böden verändert haben, etwa durch landwirtschaftliche Projekte. All das ist auch sehr stark von Gesetzen und vom politischen Willen geprägt.

Marija Marić: In unserer Ausstellung untersuchen wir kritisch, was Weltraumbau heute bedeutet. Auf der Suche nach verfügbaren Ressourcen hat sich der Mond als attraktiver Ort erwiesen, auch deshalb, weil er rechtlich eine Grauzone ist. Es ist historisch akzeptiert, dass alle Himmelskörper, einschließlich des Mondes, Eigentum der gesamten Menschheit sind. Dieses Narrativ wollen wir in Frage stellen. In unserem Projekt versuchen wir zu verstehen, was Space-Mining ist und welche futuristischen Versprechungen und Techno-Träume dabei bedient werden.

Frau Marić, inwiefern sind Medienstrategien auch für Space-Mining relevant?

MM: In meinen Forschungen habe ich untersucht, wie im Kontext des globalen Kapitalismus Kommunikations- und Medienstrategien eine zentrale Rolle bei der gebauten Umwelt spielen. Etwa bei der Verflechtung von Medien und Immobilienpekulation. Das Biennale-Projekt baut auf diesem Wissen auf, insbesondere auf dem Gebiet des Space-Mining, das ebenfalls eine spekulative Wirtschaft ist. Meiner Meinung nach gibt es viele Ähnlichkeiten mit der Welt der Blockchain und der Kryptowährungen, wo mediale Erzählung zum Verspre-

chen von Wachstum und Profit wird. Im Falle des Weltraumbaus könnte man auch von „Ressourcenfiktion“ sprechen. Die Industrie konstruiert Vorstellungen von der Zukunft des Weltraumbaus. Der hat sich seit den 1960er Jahren stark verändert, als Weltraumforschung allgegenwärtig wurde und wir uns an einzelne spektakuläre Bilder von Neil Armstrong auf dem Mond erinnern. Doch in dem Moment, in dem sie produziert wurden, wurden sie bereits politisch verwendet, dienten auch als heroische Bilder von Nationen, die neue Grenzen erobern. Heute haben wir keine Nationalstaaten mehr, die ihre Flaggen auf dem Mond aufstellen, sondern ein ganzes Werbegenre, in dem die Technologie zum Hauptdarsteller wird. Es ist jetzt nicht der erste Schritt des Menschen, sondern der Rover, der die Oberfläche nach nutzbaren Ressourcen absucht.

Weshalb haben Sie für Ihre Installation den Titel „Down to Earth“ gewählt?

MM: Das ist eine Redewendung, die im Englischen eine bodenständige, geerdete Person beschreibt, in Dualität zu unserer Fallstudie, dem Mond. Der Titel beinhaltet auch den Moment, wie dieses ganze Unterfangen unser Leben auf der Erde, unsere Beziehung zu Ressourcen, unsere Beziehung zur Umwelt prägen wird.

Wie sind Sie auf dieses Thema gekommen?

FC: Luxemburg ist eines der Schlüsselländer des Weltraumbaus und beteiligt sich an dem, was man als neues Weltraumrennen bezeichnen könnte. Das hat auch eine internationale Bedeutung.

MM: Vor ein paar Jahren waren die USA, Luxemburg, die Vereinigten Arabischen Emirate und Japan die ersten vier Länder, die es ihren Unternehmen erlaubt haben, auf dem Mond Bergbau zu betreiben. Es gibt auch eine Abteilung der Europäischen Weltraumorganisation für Ressourcen, die ihr Zentrum in Luxemburg hat. Luxemburg



Foto: Antoine Espinasseau

Francelle Cane und Marija Marić

sind Architekturforscherinnen und lehren am Lehrstuhl für Stadterneuerung an der Universität Luxemburg. Beide untersuchen Architektur im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Ressourcen, Francelle Cane mit dem Schwerpunkt auf Bodenökologie und Bebaupolitik, Marija Marić richtet den Fokus auf Medien- und Kommunikationsstrategien. Für die Architekturbieniale 2023 in Venedig kuratierten sie den Pavillon von Luxemburg mit dem Titel „Down to Earth“, zu sehen bis zum 26. November.

positioniert sich als Vorreiter in dieser Branche.

Was hat das alles mit Architektur zu tun?

MM: Es gibt immer eine Debatte unter Architekt:innen: Was ist eigentlich Architektur? Architekturdiskussionen müssen einen Weg finden, um mit der Besessenheit von gebauter Architektur zu brechen und eher Umgebungen zu betrachten. Für uns stellt sich die Frage nach den Ressourcen, die unsere Lebensumgebungen ausmachen. Bisher wurde nur sehr wenig Forschung in Bezug auf die extraterrestrischen Ressourcen betrieben.

Um ein plastisches Beispiel zu nennen: In den ersten Diskussionen über den Weltraumbau wurde Lithium als eine der seltenen Erden vorgestellt, die aus Asteroiden gewonnen und zur Erde zurückgebracht werden

könnte. Viele Länder leiden unter dem Lithiumabbau und der unglaublichen Umweltzerstörung, die damit einhergeht, unter der Prämisse von Elektrofahrzeugen als eine Greenwashing-Kampagne von nachhaltiger Mobilität.

Wir haben für unser Projekt mit vielen Akteur:innen im Bereich des Weltraumbaus gesprochen, und Konsens ist, dass sie den Mond derzeit als eine Art Tankstelle zum Mars oder anderswo betrachten, wo die gesamte Infrastruktur zum Aufladen von Raketen und anderen Mobilitätsgeräten gebaut wird, die dann anderswo eingesetzt werden.

Sie haben im Pavillon ein Spacelab aufgebaut. Was genau ist die Funktion dieser Labore?

FC: Das Spacelab im Pavillon ist ein Archetyp, der bereits als Labor existiert. Wir haben mindestens zwei in Luxemburg und einige andere auf der Welt. Diese Labore werden entweder von Forschenden der Universität oder von privaten Unternehmen genutzt, um mit der Nachbildung der Mondlandschaft ihre Programme zu trainieren, um nach Mineralien zu suchen.

MM: Wir sehen das Mondlabor in gewisser Weise als Theaterbühne. Die verschwimmenden Grenzen zwischen dem Labor als wissenschaftlicher Raum und dem Theaterraum oder den Medienstudios, in denen die Bilder produziert werden, waren für uns ein Ausgangspunkt. Wir sehen diese Art von performativem und medialem Aspekt der Industrie als einen entscheidenden Bereich, auf dem diese Industrie aufgebaut ist.

Luxemburg wird wegen seiner Unternehmens- und Steuerpolitik kritisch betrachtet. Haben Sie sich auch damit auseinandergesetzt?

MM: Wir haben uns mit dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld befasst, das ist ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Debatte. Unsere Forschung hat nicht zufällig in Luxemburg begonnen.

unterm strich

Die Malerin und einstige Partnerin Picassos, Françoise Gilot, ist gestorben

Sie ist 101 Jahre alt geworden. Die französische Malerin und Grafikerin Françoise Gilot verstarb US-Medien zufolge am 6. Juni in New York, schon länger litt sie unter Problemen mit dem Herzen und der Lunge.

Françoise Gilot, 1921 in Neuilly-sur-Seine, einem bürgerlichen Vorort westlich von Paris geboren, gehörte während und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Umfeld der Nouvelle École de Paris. Obwohl dieses sich der Abstraktion verschrieben hatte, malte Gilot zu meist figürlich.

Berühmt wurde Gilot als Partnerin und Muse von Pablo Picasso. 1943 lernte sie den rund 40 Jahre älteren Picasso kennen. Das Paar bekam die Kinder Claude und Paloma. Er muss sich zunehmend launisch und dominant gezeigt haben, bis sie ihn 1953 verließ. Sie gilt als einzige Frau, die den Kunstgiganten des 20. Jahrhunderts je verlassen hat.

Gilot führte später eine kurze Ehe mit dem Maler Luc Simon, aus der Tochter Aurelia stammt. Danach zog sie nach New York und heiratete 1970 Jonas Salk, den Entdecker des Polio-Impfstoffs gegen Kinderlähmung, mit dem sie bis zu seinem Tod 1995 zusammenblieb.



Foto: Wolfgang Thiemel/dpa

Über ihre Beziehung zu Picasso veröffentlichte Gilot in den 60er Jahren das Buch „Leben mit Picasso“ – trotz zahlreicher Anstrengungen des berühmten Künstlers, es

verboten zu lassen. Das Buch wurde zum Bestseller, begleitet von einem juristischen Kleinkrieg, unter dem auch Gilots künstlerische Karriere litt. Erst spät wurde sie mehr als eigenständige Künstlerin wahrgenommen, im Juni 2021 erreichte ihr Gemälde „Paloma à la Guitare“ aus dem Jahr 1965 bei einer Sotheby's-Versteigerung in London über eine Million Euro. Zu ihrem 100. Geburtstag feierten US-Medien sie noch als It-Girl.

Die Autorin Ruth Schweikert ist gestorben

„Wie wir älter werden“, so heißt ihr dritter, 2015 erschienener Roman. Tatsächlich ist die Schweizer Schriftstellerin Ruth Schweikert nicht sehr alt geworden. Sie starb, wie am Dienstag bekannt wurde, im Alter von 57 Jahren am vergangen-



Foto: Ayse Yavas/Keystone/dpa

nen Sonntag nach einer Krebserkrankung in Zürich. Schweikert wurde 1965 in Lörrach geboren. Sie wuchs in der Schweiz auf und lebte mit ihrer Familie in Zürich. Sie hatte fünf

Söhne. Bereits 1994 feierte sie mit ihrem Erzählband „Erdnüsse.Totschlagen“ Erfolge. Es folgten die Romane „Augen zu“ (1998), „Ohio“ (2005) und eben „Wie wir älter werden“ (2015). Sie bekam 2015 in Frankfurt den Stadtschreiberpreis von Bergen-Enkheim. 2016 erhielt sie in Zürich und Solothurn in der Schweiz Kunst- und Literaturpreise. In ihrem letzten Buch, „Tage wie Hunde“, berichtete sie 2019 über ihre Brustkrebs-erkrankung. Sie hatte die Diagnose 2016 bekommen. In einem Interview auf ihrer eigenen Webseite von 2019 bezeichnete sie Werke unter anderem von Ingeborg Bachmann, Silvia Plath und Virginia Woolf als Inspiration. „Ich bin ganz klar übers Lesen zum Schreiben gekommen und über die Faszination“, sagte sie darin.

berichtigung

Abkürzungen wie „USA“ neigen dazu, sich von ihrer Bedeutung zu lösen. Die United States of America, die sie bezeichnen, sind ein Vielzahlgebilde, das oft zur Einzahl verfälscht wird. Gestern in unserer Besprechung des Romans „Wie die Fliegen“ etwa: „Der Ort des Geschehens ähnelt der USA“, hieß es dort.

Rebecca Spilker
Die Couchreporter

Ein Plot zerstört durch zwei fragile Männeregos

In der gehypten Serie „The Idol“ mit Abel Tesfaye (auch bekannt als The Weeknd) kam es zu Verwerfungen innerhalb der Produktion, an der massenhaft Frauen beteiligt sind. Als die Serie schon fast abgedreht war, wurde die ursprünglich engagierten Regisseurin Amy Seimetz („The Girlfriend Experience“) entlassen. Das hat viel mit gekränkten Männer-Egos zu tun. Aber der Reihe nach.

Tesfaye pitchte das Konzept zur Serie über die Abgründe der Musikindustrie 2020. Inspiriert durch Britney Spears’ Mental Breakdown von 2006, sollte anhand des Schicksals der jungen Künstlerin Jocelyn (Lily-Rose Depp) beschrieben werden, durch welche Fleischwölfe die Cashcows der Branche mitunter gedreht werden.

Der seit dem Erfolg seiner Serie „Euphoria“ auf dem Erfolgsthron sitzende Regisseur und Produzent Sam Levinson wurde mit ins Boot geholt und los ging’s (teils ohne fertige Scripts und unter chaotischen Umständen, wie Crew-Mitglieder später dem amerikanischen *Rolling Stone* berichteten).

Das Endergebnis ist nun nicht mehr die Geschichte des Abrutschens in die Abhängigkeit zum ursprünglich albern angelegten Möchtegern Tedros (gespielt von Tesfaye). Sie ist stattdessen die Zurschaustellung einer brutalen heterotoxischen Beziehung. Seimetz, die geschasste Regisseurin, hatte eine ganz andere Vision von der Story. Sie wollte auf satirische Art und Weise an die Sache herangehen. Fast 80 Prozent der Serie waren schon abgedreht, als Abel Tesfaye einfiel, dass ihm das Ganze zu sehr aus „feministischer Perspektive“ erzählt würde. Er käme zu wenig vor, fühle sich zur Randfigur degradiert. Auch Produzent Levin-

son schloss sich dieser Sichtweise an, ersetzte flugs die Regisseurin durch sich selbst, änderte rückwirkend Drehbücher und gab dem Ganzen einen anderen Twist.

Es wurde fast komplett neu gedreht. Das unschöne, verstörende Verhältnis zwischen der jungen Sängerin und dem übergriffigen Nachtclubbetreiber und Mansplainer-Guru Tedros, unter dessen Einfluss sie im Verlauf der Handlung immer mehr gerät, wird zwar erzählt, der Fokus liegt aber auf der sexuellen Ebene, die durch überästhetisierte Bilder permanent reproduziert wird. Levinson orientiert sich dabei auffällig an Adrian Lyne („9 1/2 Wochen“) und Paul Verhoeven („Basic Instinct“), die sich beim Abfilmen des weiblichen Körpers kaum beherrschen konnten, so dass ihre interessanten Geschichten unter Gestöhne, Geficke und blanken Brüsten begraben wurden.

Auch in „The Idol“ bekommen wir Körper zu sehen. Sehr viel Körper. Und Tesfaye bemüht sich um aggressive Sinnlichkeit beim Liebesspiel. Das alles ist faszinierend anzusehen und hat sehr viel Geld gekostet (75 Millionen Dollar). Doch es bleibt die Frage, was die Macher wirklich angetrieben hat, derart an dem Projekt herumzuschrauben.

Vermutlich wurde aus Angst, die Deutungshoheit über die weibliche Hauptfigur zu verlieren und damit auch die Macht über die Geschichte, der Karren auf eine Nebenspur gelenkt, in der es nur noch um das bloße Performen prachtvoller Körper geht und kaum noch um Machtmissbrauch in psychischen Ausnahmesituationen. Statt ehrlicher Dialoge gibt es nun: Eiswürfel im Gegenlicht, die über steife Nippel gleiten und sinnfreies Gebrabbel.

„The Idol“ bei Sky/Wow

Julius Geiler fotografiert die Polizei mit seinem Handy bei einer Demonstration für Lina E. Foto: A. Friedrichs/ imago



Reporter im Fadenkreuz

Berliner Behörden ermitteln gegen einen Journalisten, der über einen Polizisten berichtete, der sich Coronamaßnahmen verweigert hatte

Von Adefunmi Olanigan

Über Querdenker oder rechte Strukturen zu schreiben kann gefährlich sein. Journalist*innen werden auf Demos angegriffen, werden bedroht oder erhalten Hassnachrichten. Nun kommen rechtliche Schritte gegen unliebsame Journalisten hinzu. Nachdem der Reporter Julius Geiler im Berliner *Tagesspiegel* über den Berliner Polizisten und AfD-Lokalpolitiker André G. berichtete, der im Verdacht steht, Coronamaßnahmen ignoriert zu haben, ermittelt nun das Landeskriminalamt Berlin gegen den Journalisten. Montag spätabends machte der *Tagesspiegel* die Untersuchung gegen seinen Mitarbeiter in einem Artikel öffentlich. G. wirft ihm nun üble Nachrede und Verleumdung einer politischen Person vor. Geiler soll einen Hetz- und Schmähartikel verfasst haben, um den Polizisten zu schädigen, es würde sich sogar um Hasskriminalität handeln. Was dabei erstaunt: Nun ermittelt der Staatsschutz tatsächlich gegen Geiler. Genauer soll die Abteilung Landeskriminalamt 521, dem das Dezernat für „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) links“ zuzuordnen ist, im Februar Ermittlungen aufgenommen haben, so der *Tagesspiegel*. Geiler stehe damit unter Linksextremismusverdacht.

Der Artikel zum Kriminalhauptkommissar André G. erschien Anfang des Jahres im *Tagesspiegel*. Geiler sei das Thema zugespielt worden, sagt er im Gespräch. Ungewöhnlich ist das nicht: Zu Geilers Kernthemen gehören Extremismus, Sicherheit und Polizei.

Anfangspunkt seiner Recherche zu G. bildete ein Gerichtsurteil in Stralsund. Ein Gericht in der Stadt an der Ostsee verurteilte im Mai 2022 G. wegen Notrufmissbrauchs zu einer Geldstrafe von 7.000 Euro. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig, da G. Berufung eingelegt hat. In einem Kurhotel soll der Kommissar mehrfach wegen Verstoß gegen Coronaregeln aufgefallen sein. Daraufhin soll G. die Polizei gerufen haben. Auch bei einer Konferenz des Stadtrats habe er sich gegen die Maskenpflicht gewehrt und den Notruf gewählt, berichtete die *Märkische Allgemeine Zeitung* im Dezember 2020.

Im Februar, einen Monat nach Erscheinen seines Artikels, erhielt Geiler Post. Der Beamte stellte Strafanzeige. Eine Abmahnung mit dem Ziel, Behauptungen in dem Artikel von der Verbreitung zu stoppen, gab es jedoch nicht. Bis heute steht der Artikel beim *Tagesspiegel* online.

Die Polizei Berlin bestätigt auf Anfrage Ermittlungen, dementiert jedoch, dass der PMK-links involviert sei. Weitere Fragen zu dem Fall konnte die Pressestelle der Polizei Berlin nicht beantworten und verwies auf die Staatsanwaltschaft. Diese könne, da es sich um eine offene Ermittlung handelt, ebenso keine Auskunft erteilen, schreibt sie der taz.

In einem zweiten Schreiben des LKA wurde Geiler aufgefordert, als Zeuge Stellung zu versendeten SMS zu beziehen. Er solle Auskunft geben, woher er die Telefonnummer des Polizisten habe. Dabei gehört das zum Kerngeschäft einer Recherche – auch

um journalistischen Pflichten nachzukommen. „Ich habe mehrfach versucht G. für eine Stellungnahme zu erreichen, sogar mehr als sonst“, erinnert sich Geiler. Der Kommissar ließ Anfragen unbeantwortet, heißt es im Artikel des *Tagesspiegels*.

Hendrik Zörner, Sprecher des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), sieht keinen Ansatzpunkt für Verleumdung oder Beleidigung. Die bisherigen Veröffentlichungen würden „auf eine völlig überzogene Reaktion“ deuten, sagt er im Gespräch. Er schätzt, dass bei einigen Personen in den Behörden wohl die Nerven blank liegen. Dass das Vorhaben von juristischem Erfolg gekrönt sein könnte, glaube er nicht. „So unprofessionell damit umzugehen finde ich unverständlich.“

Geiler sagt, er habe schon oft als Reaktion auf seine Berichterstattung Hass erfahren. Zum Höhepunkt der Pandemie hätte man ihm immer wieder gedroht, ihn anzuzeigen, so der Journalist. Über den aktuellen Fall ist er trotzdem überrascht: „Jeder kann jeden anzeigen, aber dass die Ermittlungen dann so vorangetrieben wurden, fand ich schon sehr verwunderlich.“

Dieser Fall ist nicht der erste, in dem Querdenkende Journalist*innen Verleumdung vorwerfen. Im Mai 2022 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* einen Artikel des Journalisten David Berndt, dem daraufhin Verleumdung vorgeworfen wurde. „Rechtliche Schritte sind offenbar ein Mittel, um gegen freie Berichterstattung vorzugehen“, sagte Berndt damals der *FR*.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Verrückt nach Meer
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Der Usedom-Krimi: Ungebetene Gäste. D 2021
- 21.45 Monitor
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Nuhri im Ersten
- 23.35 Reschke Fernsehen
- 0.05 Tagesschau
- 0.15 Der Usedom-Krimi: Ungebetene Gäste. D 2021

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 drehscheibe
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Da drückt der Schuh. D 2018
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Lesch sieht Schwartz
- 18.00 SOKO Stuttgart: Placeboeffekt. D 2020
- 19.00 heute
- 19.25 Notruf Hafenkante
- 20.15 Die Bergretter
- 21.45 heute-journal
- 22.15 maybrit illner
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht

- 17.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exclusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Peter Kloeppel durchleuchtet: Das Chaos bei unserer Bahn
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 stern TV Spezial
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.35 Hamburg – Abseits der Reeperbahn
- 1.25 CSI: Miami: Ihre letzte Leiche. USA 2008

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife
- 14.00 Klinik am Südring
- 15.00 Klinik am Südring
- 16.00 Volles Haus! Sat. 1 Live
- 18.00 Lenßen übernimmt
- 18.30 Lenßen übernimmt
- 19.00 Lenßen übernimmt
- 19.25 Lenßen übernimmt
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Sechs Richtige und ich
- 22.10 Für meine Kinder tu' ich alles
- 0.05 Sechs Richtige und ich
- 1.45 Auf Streife

Pro 7

- 12.00 Last Man Standing
- 12.25 Last Man Standing
- 12.55 Last Man Standing
- 13.20 Last Man Standing
- 13.50 Two and a Half Men
- 14.20 Two and a Half Men
- 14.45 Young Sheldon
- 15.10 Young Sheldon
- 15.35 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Germany's next Topmodel – by Heidi Klum
- 23.25 red.

tagestipp

Der ICE hat wieder mal Verspätung – kollektive Aufregung im Bordbistro. Das schweiß zusammen, immerhin. Peter Kloeppel schaut für RTL nun genauer hin und ergründet die Ursachen für die ständigen Verspätungen der DB-Züge.

„DURCHLEUCHTET: Das Chaos bei unserer Bahn“, 20.15 Uhr, RTL



Foto: Guido Engels/RTL

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Lilys Strandschatz
- Eiland
- 8.25 Ben & Hollys kleines Königreich
- 8.50 Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? – Die Abenteuer des kleinen Hasen
- 9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
- 9.25 Ich bin Ich
- 9.35 Doozers
- 10.15 Der kleine Rabe Socke
- 11.00 logo!

- 11.10 Mirette ermittelt
- 12.25 Wolf
- 12.35 The Garfield Show
- 13.00 Floyd Fliege
- 13.20 Droners
- 13.45 ECHT
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Jamie Johnson
- 15.55 Die Wilden Kerle
- 16.20 4 ½ Freunde
- 16.45 Power Sisters
- 17.10 Tib und Tumtum
- 17.45 Bobby & Bill
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Odo – Kleine Eule ganz groß

- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 19.25 Löwenzahn
- 19.50 logo!
- 20.00 KiKA Live
- 20.10 First Day – Ich bin Hannah
- 20.35 Die Jungs-WG – Abenteuer Lissabon

ARTE

- 8.15 Stadt Land Kunst
- 9.00 Die großen Seen (1–3/3)
- 11.30 Abenteuer Seidenstraße
- 12.00 Abfallprodukt
- Schafwolle: Ist der Rohstoff noch zu retten?
- 12.30 Mit offenen Augen
- 12.45 Stadt Land Kunst
- 13.30 Stadt Land Kunst
- 14.15 Christoph Columbus. Abenteuerfilm. GB 1949. Regie: David MacDonald. Mit Fredric March, Florence Eldridge
- 17.00 Der Vulkan von La Palma – Die Rückkehr des Lebens
- 17.50 Westneuguinea – Eines der letzten Paradiese
- 18.30 Westneuguinea – Eines der letzten Paradiese
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Die Eisenbahnladys der Ukraine: Wie sie den Schienenverkehr am Laufen halten
- 20.15 Aracy: Der Engel von Hamburg
- 21.45 Echte Norweger (1–8/8)

3SAT

- 18.45 Ein Mord mit Aussicht
- 20.15 Die Toten von Hameln
- 21.45 Sommernachtskonzert Schönbrunn 2023
- 23.20 Der Tote im Spreewald
- 0.50 Spreewald – Labyrinth des Wassermanns
- 1.30 Die Toten von Hameln

BAYERN

- 18.30 BR24
- 18.45 Auf uralten Pfaden – Viehtriebe im Hochgebirge
- 19.30 Dahoam is Dahoam

- 20.00 Tagesschau
- 20.15 André Rieu – Das große Open-Air-Konzert
- 22.45 BR24
- 23.00 Ich, Don Giovanni. Historienfilm. I/E/F 2009. Regie: Carlos Saura. Mit Lorenzo Balducci, Emilia Verginelli
- 0.30 Starttrampe
- 1.00 PULS Open Air
- 2.00 Dahoam is Dahoam

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 MarktFrisch
- 18.45 Himmel auf Erden
- 19.15 Wienpahl wandert
- 19.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 André Rieu – Das große Open-Air-Konzert
- 22.45 Donna Leon: Das goldene Ei. D 2016
- 0.15 Der Bozen-Krimi
- 1.45 Expedition in die Heimat
- 2.15 So war's im Südwesten
- 3.45 Wunderschön!

HESSEN

- 18.00 Hessen à la carte
- 18.45 Tobis Urlaubstrip
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wer wir waren – Weil die Welt zu retten ist
- 21.45 Tatort: Alle meine Jungs. D 2014
- 23.15 Milky Chance – „Two High School Friends Making Music“
- 0.40 Kassels Nordstadt: Miteinander im Brennpunkt
- 1.25 Tobis Städtetrip
- 2.10 Kassels älteste Straßenbahnlinie
- 2.55 So war das alte Hessen
- 3.45 Tobis Urlaubstrip

WDR

- 18.15 2 für 300 – Viel Urlaub für wenig Geld
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit-Geschichten

- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wunderschön!
- 21.45 Tatort: In der Familie. D 2020
- 23.15 Tatort: In der Familie. D 2020
- 0.45 La dolce Rita
- 2.05 Sommer in Rom

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Ganz schön wild – Einsatz für den Urwald von morgen
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Zwischen Anden und Pazifik – Unterwegs im Norden
- Chiles
- 21.00 Himmelspfade in den Anden – Peru von Machu Picchu zum Titicacasee
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Der Kroatien-Krimi: Der Teufel von Split
- 23.30 Großstadtrevier: Schwarze Löcher. D 2015
- 0.20 Kümo „Henriette“
- 0.45 Kümo „Henriette“
- 1.10 Der Kroatien-Krimi: Der Teufel von Split
- 2.45 Hallo Niedersachsen
- 3.15 Nordmagazin
- 3.45 Schleswig-Holstein Magazin

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 schön + gut
- 18.45 STUDIO 3 – Live aus Babelsberg
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Capote. Künstlerbiografie, USA/CDN 2005. Regie: Bennett Miller. Mit Philip Seymour Hoffman, Catherine Keener
- 22.00 rbb24
- 22.15 Polizeiruf 110: Muttertag. D 2017
- 23.45 Absolute Giganten. Komödie. D 1999. Regie: Sebastian Schipper. Mit Frank Giering, Florian Lukas

- 1.00 Capote. Künstlerbiografie, USA/CDN 2005. Regie: Bennett Miller. Mit Philip Seymour Hoffman, Catherine Keener
- 2.45 Heimatjournal

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Altraum oder Traumhaus? – Der steinige Weg zum Eigenheim
- 20.15 Voss & Team
- 21.00 Hauptsache gesund
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 artour
- 22.40 Wie Gott uns schuf – Nach dem Coming Out
- 23.10 Zwischen Barock und Staatsmacht – Der Maler Willi Sitte
- 23.40 Psycho. Psychothriller, USA 1960. Regie: Alfred Hitchcock. Mit Anthony Perkins, Vera Miles
- 1.25 Voss & Team
- 2.10 Hauptsache gesund
- 2.55 artour

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Ceiba – ein Schiff wird kommen: Zeichen setzen gegen den Klimawandel
- 14.30 Machtspiele – Chinas Griff nach der Arktis
- 15.00 Containerschiffe – Die dunklen Geschäfte der Reeder
- 15.45 Unterwegs in der Lausitz
- 16.00 LNG um jeden Preis – Wie schmutzig ist das US-Gas?
- 16.45 Strahlendes Erbe – Atommüll sucht Endlager
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Moor for future! – Klimarettung aus den Sümpfen
- 18.30 Eine Erde – viele Welten
- 19.15 Eine Erde – viele Welten
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Der blaue Planet (1–7/7)

Tiefer Fall auf der Alm

Arminia Bielefeld steigt binnen eines Jahres zum zweiten Mal ab. Beim künftigen Drittligisten wird ein Neuanfang auf allen Ebenen gefordert



Von **Andreas Morbach**

In der einen Ecke der Bielefelder Arena feierte ein munteres Häuflein Wiesbadener Fans auch eine Dreiviertelstunde nach Spielschluss noch den Aufstieg der eigenen Mannschaft in die zweite Liga. Von Seiten der Gastgeber war zu diesem Zeitpunkt dagegen nichts mehr zu hören, sondern nur noch etwas zu lesen. „Neuanfang auf allen Ebenen“ forderte die Anhängerschaft der Arminia auf einem großen Transparent, das sie in einem anderen, inzwischen menschenleeren Winkel des Stadions aufgespannt hatte. Ein unmissverständlicher Vorschlag, der Fabian Klos an das Frühjahr 2014 erinnerte.

Damals war der baumlange Angreifer mit den Ostwestfalen zum ersten Mal in die dritte Liga abgestiegen, nun erlebte er gegen den SV Wehen Wiesbaden ein trauriges Déjà-vu. Nach dem 0:4 im Hinspiel, bei der aufgebrachte Bielefelder Gästefans für eine 20-minütige Spielunterbrechung gesorgt hatten, verlor Arminia auch das zweite Relegations-Duell, diesmal mit 1:2. Und Kapitän Klos wusste: „Ein paar Tage fühlt sich das jetzt richtig scheiße an. Aber als wir damals runter in die dritte Liga gegangen sind, haben wir das als Neuanfang genutzt, als Chance gesehen. Ich hoffe, dass wir die Möglichkeit dazu jetzt auch nutzen.“

Der 35-Jährige hatte am Dienstagabend die erste Torgelegenheit genutzt, um die Hausherren in Führung zu schießen – nach vier Minuten, und mit freundlicher Unterstützung des Wiesbadener Keepers Florian Stritzel. Die Zuschauer glaubten plötzlich an ein Wunder. Und nicht nur sie. „Die ersten 30 Minuten – das ist das, was

Arminia Bielefeld sein kann. Und was Arminia Bielefeld irgendwann auch wieder sein wird, davon bin ich überzeugt“, betonte Klos. Und er beklagte die danach verpassten Möglichkeiten sowie die selbst verschuldete Wende. Mit fatalen Abwehrfehlern ermöglichten Andres Andrade und Frederik Jäkel den Gästen noch vor der Pause ihre beiden Treffer. Nutznießer war jeweils Stürmer Benedict Hollerbach, der kurz vor einem Wechsel zum 1. FC Köln stehen soll. Die Rückkehr in die zweite Liga gelang den Wiesbadenern nach drei Jahren in der Drittklassigkeit.

Der Geschäftsführer Christoph Wortmann spricht von einer „Herkulesaufgabe“. Kaum einer der Spieler hat einen Vertrag für die dritte Liga

Bei Bielefeld dagegen steht nun der von Fabian Klos so vehement geforderte Neuanfang auf der Agenda. Anders aber als vor neun Jahren, fällt Arminias Absturz diesmal besonders heftig aus. Schließlich spielten die Bielefelder im Frühling 2022 noch in der ersten Bundesliga, ehe es nun schon zum zweiten Mal hintereinander eine Etage tiefer geht. „Mit Sicherheit hat die Mannschaft an der sehr hohen Erwartungshaltung des direkten Wiederaufstiegs vom ersten Tag an zu knabbern gehabt“, analysierte Trainer Uwe Koschinat. Die Folgen sind enorm.

Der kaufmännische Geschäftsführer Christoph Wortmann spricht von einer „Herkulesaufgabe“. Kaum einer der Spieler hat einen Vertrag für die dritte Liga. Den seit März unbesetzten Posten des Sportgeschäftsführers übernimmt, das gab die Arminia am Mittwoch bekannt, der frühere Bundesligaprofi Michael Mutzel, zuletzt als Sportdirektor für den Hamburger SV tätig.

Publikumsliebbling Klos, den die Fans nach dem bodenlosen Auftritt ihres Teams in Wiesbaden als einzigen nicht auspfeifen, hat bereits seinen Willen signalisiert, auch in der dritten Liga mitzuhelfen. „Das ist mein Verein. Ich nehme mein Handy mit in den Urlaub, ich bin immer erreichbar“, teilte er den Klubverantwortlichen mit. Und wie im Fall von Klos, seit 2011 bei der Arminia, könnte es auch für Uwe Koschinat weitergehen.

Der gebürtige Koblenzer musste als dritter Cheftrainer nach Uli Forte und Daniel Scherning mit seinem Team zuletzt zwar heftige Nackenschläge wie in Wiesbaden und am letzten Spieltag in Magdeburg (0:4) einstecken. Alles in allem geht es unter seiner Leitung sportlich aber in die richtige Richtung.

„Der Deal war klar: Wenn du Arminia Bielefeld rettest, hast du die Ehre, noch ein weiteres Jahr hier zu arbeiten“, erläuterte Koschinat die Vertragslage. Er selbst wolle sich deshalb nicht aufdrängen, betonte der 51-Jährige, ließ seinerseits aber klare Bereitschaft erkennen, die Zusammenarbeit fortzusetzen. „Das hier“, sagte Koschinat, „ist ein fantastischer Verein, der jetzt sehr, sehr hart gefallen ist.“ Und bei dem es dementsprechend viel zu tun gibt.

Das Ringen um Fassung: Bielefelds Spieler müssen erneut einen Abstieg verkraften
Foto: imago

was alles nicht fehlt

Geld wie Sand in der Wüste: Der Wechsel von Weltfußballer Karim Benzema, 35, zum saudi-arabischen Klub Al-Ittihad ist offiziell. „Willkommen bei Ittihad“, schrieb sein neuer Verein am Dienstagabend auf Twitter. Der Vertrag des Franzosen soll bis 2025 laufen. Der Ausnahme-Stürmer soll pro Spielzeit 100 Millionen Euro kassieren. Benzema ist nach Cristiano Ronaldo der nächste Superstar, der in das wegen Menschenrechtsverletzungen umstrittene Königreich wechselt.

Rassismus gegen Junioren: Die deutschen U17-Europameister sind auf dem Weg zu ihrem Titelgewinn in Ungarn rassistisch angefeindet worden. Dies sagte Joti Chatzialexiou, Sportlicher Leiter der Nationalmann-

schaften, am Mittwoch in einem auf der DFB-Homepage veröffentlichten Interview. „Unter einzelnen Postings auf unseren Social-Media-Kanälen kam es zu einer starken Häufung rassistischer Kommentare. Diese haben auch unsere Jungs gesehen, das hat sie sehr beschäftigt.“ Die Fußball-Junioren hatten sich im Finale gegen Frankreich mit 5:4 im Elfmeterschießen durchgesetzt.

Gemischter Triumph: Der deutsche Tennisprofi Tim Pütz, 35, steht mit seiner japanischen Partnerin Miyu Kato bei den French Open im Finale des Mixed-Wettbewerbs. Die beiden bezwangen im Halbfinale Matwe Midelkoop (Niederlande) und Aldila Sutjiadi (Indonesien) mit 7:5, 6:0. Das Endspiel findet am Donnerstag statt.



Martin Krauss
Über Ball und die Welt

Brillantes Zusammenspiel aller israelischer Kräfte

Wer unbedingt will, kann die Fußballwelt durch die Augen eines Benjamin Netanjahu betrachten. Bloß kommt dann halt so etwas bei raus: „Unsere Jugendmannschaft hat dem Staat Israel großen Stolz verliehen.“ Israels rechter Regierungschef, der sich mit noch rechneren Ministern umgibt, lobte das U20-Team, das bei der Weltmeisterschaft in Argentinien in einem sensationellen Viertelfinale Brasilien mit 3:2 geschlagen hat.

Brasilien ist für den Weltfußball ein Talentepool, seine U20 war schon fünfmal Weltmeister. Israel hingegen ist erstmals dabei. Aber bei dieser WM war alles anders. Brasilien ging vergangenen Samstag in Führung (56. Minute), Israel gleich aus (59.). Verlängerung. Brasilien ging in Führung (91.), Israel gleich aus (93). Und in der 105. Minute traf Israel erneut. Besondere Vorkommnisse: Israel verschoss in der 114. und in der 115. Minute zwei Elfmeter. Dennoch gelang die Sensation.

Die israelischen Torschützen: Anan Khalaili, ein junger Araber. Hamza Shibli aus einem Beduinendorf im nördlichen Israel. Und Dor Turgeman aus der Hafenstadt Aschdod – südlich von Tel Aviv. Daraus zu folgern, die Jungs hätten „dem Staat Israel“, wie ihn Netanjahu sich vorstellt, „großen Stolz“ gebracht, hat mit Sport nichts zu tun. Wenn israelische Juden, Araber und Beduinen gemeinsam gewinnen, dann verweist das auf die Stärke der Gesellschaft, nicht des Staates. Die israelische Gesellschaft ist nicht zuletzt die, die seit Monaten gegen Netanjahus rechtsextreme Regierung demonstriert. Es ist eine, die sich aus vielen Ethnien, Religionen und anderen Gruppen zusammensetzt. Dass

nicht alle vom Staat gleich behandelt werden, ist ein politisches Problem, das, taucht es im Fußball auf, zu Misserfolg führt. Dort braucht man nämlich alle Fähigkeiten. Youssef Shibli, der Vater des Torschützen Hamza, sagte nach dem Spiel: „Die Leute nehmen diese Spieler jetzt wahr.“ Genau so funktioniert Demokratie, dass alle wahrgenommen werden.

Dor Turgeman, der jüdische Israeli, der den Siegtreffer erzielte, gab dem Erfolg eine andere politische Note. Am Tag des Viertelfinals waren drei israelische Soldaten getötet worden. „Wir haben mit den Nachrichten aus Israel einen schwierigen Tag durchgemacht. Dieser Sieg ist für die Familien der Opfer.“ Auch der Trainer Ofir Haim sprach den Angehörigen sein Beileid aus und sagte: „Dieser Sieg ist für das ganze Land.“ „Das Land“ klingt nicht nur anders als „der Staat“, es ist auch etwas anderes. Das Land sind die Menschen, die dort leben, arbeiten und Fußball spielen. Der Staat ist das Gebilde, das Netanjahu und seine Leute versuchen, für ihre Zwecke umzugestalten.

Außerhalb Israels gibt es indes Kräfte, die für sich Gründe haben, Staat und Gesellschaft zu verwechseln. Dass die U20-WM nicht wie zuerst geplant in Indonesien stattfindet, hat damit zu tun. Dort hatte der Gouverneur der Region Bali verkündet, er werde das israelische Team nicht auf seine Insel lassen. Womit er seinen Antisemitismus begründet hat, ist unbekannt, aber dass er damit eine vielfältige und demokratische israelische Gesellschaft unterstützen wollte, dürfte ausgeschlossen sein.

Sollte Israel am heutigen Donnerstag gegen Uruguay gewinnen, trifft es im Finale am Sonntag auf Italien oder Südkorea. Mazal tov.



Anne Fromm
Reportage & Recherche,
Leiterin taz-Podcasts,
taz-Vorstandin

IST HEUTE DER TAG, AN DEM WIR SIE AUFNEHMEN DÜRFEN?

Die taz gehört mehr als 22.500 Leser*innen.

Mit einer Einlage ab 500 € können auch Sie taz Genoss*in werden und die Unabhängigkeit der taz sichern.

genossenschaft.taz.de



taz Verlagsgenossenschaft eG, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

gurke des tages

Hallo, „HZA-FF“! Hallo, **Hauptzollamt Frankfurt (Oder)**! Ihr seid clever, die Betrüger sind es eher nicht: „Zoll beschlagnahmt über 900.000 Stück unversteuerte Zigaretten, Ladung war als Fleisch deklariert“, schreibt ihr uns gestern stolz wie Bolle. Auf jedem Karton stand „12 kg Fleisch“, dabei waren darin jeweils „6.000 Stück“ Zichten. Mann, Schmuggler! Ihr geht echt nicht mit der Zeit! Hättet ihr mal je „12 kg Seidentofu“ draufgeschrieben, die Zichten wären **tutti bei euch** gelandet!



das wetter

Schwalbensommer

In Suhl funkelte der Asphalt. Die Hitze flirrte. Ingenieur Walther-Werner Schübel wischte sich den Schweiß vom Revers. Der KR 51 gab seltsam röhrende Geräusche von sich. Was war am Zeichentisch bloß schiefgelaufen, dass die Jungfernfahrt des KR 51 sich nicht gut anhörte? Hätte man den Hubraum des Kleinrollers nicht doch besser auf 45 Kubikmeter zurückschrumpfen sollen? Beim KR 50 war alles knorke verlaufen;

jenes Modell Schwalbe hatte noch jeden Sommer zuvor aufs Schönste gemacht. Was also stimmte nicht mit der Schwalbe KR 51? Ingenieur Walther-Werner Schübel blätterte in seinen Konstruktionsunterlagen, dann nahm er einen Schluck vom Vorläufer der Vita Cola. Jetzt hatte er es: Die Schwalbe KR 51 war ihrer Zeit voraus, sie kam schlicht zu früh! Der Markt war noch nicht reif für diese Schwalbe, nicht in diesem Sommer. Ciao, bella!



Parolenschmelze

Der Geist fährt wieder Karussell
In Nürnberg steigt die Sause
Zuletzt war's leis und virtuell
Vorbei die Ruhepause

Als Motto steht wie stets bereit
ein Schatz aus tiefster Tiefe
Das strahlt wie Gold: „Jetzt ist die Zeit!“
Als ob wer „Hallo!“ riefte

Steht wohl noch wo ein Pflugschar rum
aus synodalen Schmieden?
Und schmelzt es einer wieder um
zum Schwert diesmal für Frieden?

Zieht de Maizière als Präsident
und Heeres-Ex-Minister
das alte Retrostahlpatent
frisch aus dem Taufregister?

Mal sehen, was der Zirkus bringt
und wer das Böse niederringt

Reinhard Umbach



Christenkommen

Nach Nürnberg pilgern sie in Meuten
und lassen ihre Glocken läuten.
Von Anfang an und bis zum Ende
reichen sie sich ihre Hände.

Beim Kirchentag wird ungehemmt
georgelt, bis die Pfeife klemmt
Wie Luther damals seine Thesen
nagelt hier das Christenwesen

Wer fragend zu den Gästen geht
ob das so in der Bibel steht
erhält nur spöttische Repliken:
„Wir sind doch keine Katholiken!“

Cornelius Oettle

Foto: ap

Pia Frankenberg

Tagebuch einer Abwesenden: Peinliche Momente

Kürzlich kam bei einer Party das Gespräch auf peinliche Momente. Darin bin ich Experte. Meine Palette reicht von landläufigen Namensverwechslungen bis zur Karaokedarbietung in einer Bar in Tokio, in der die whiskeytrunkenen Gäste mitbekommen hatten, dass ich Deutsche bin und lautstark eine Darbietung unseres schönen Heimatlieds „Edelweiß“ forderten. In Japan ist die Verwendung des Worts „Nein“ so häufig wie die Wahrscheinlichkeit gering, dem Kaiser persönlich vorgestellt zu werden; ich unterwarf mich also der Landeskultur und bin bis heute dankbar, dass mein Auftritt vor der Erfindung des Smartphones stattfand. Unvergessen ist auch der erinnerungswürdige Moment, als

ich auf einer Klassenfahrt aus einem fahrenden Skisessellift fiel. Leider bestand meine Klasse nicht aus achtsamen und empathischen Mitschülern, sondern aus spaßbesessenen Teenagern, deren mitleidsbefreite „Haha, wie lustig“-Kommentare ich bei der Zurschaustellung meiner Blutergüsse zähneknirschend mitbelachte. Als vor zwei Wochen das Schicksal beschloss, es müsse unbedingt ein Rohr in meiner Wohnung platzen lassen, war ich zur Abwechslung mal schuldlos und bedankte mich artig, dass es netterweise vor meiner USA-Reise zuschlug und mich die Nachricht, meinem Nachbarn sei seine Badezimmerdecke auf den Kopf gefallen, nicht ein paar Tage später in der New Yorker Subway erwischte.

Ich fühlte mich schon ziemlich stoned von den durch Manhattan schwebenden gewaltigen Pot-Wolken, während ich eines Abends im vollbesetzten C-Train Richtung Norden ratterte und an der 72. Straße ein klappriges älteres Paar zustieg. Mein bereits etwas schläfriges Helfersyndrom erwachte; in bester Absicht sprang ich eilfertig auf, um meinen Platz anzubieten und taumelte direkt in die auf dem Boden abgestellten Reste des Restaurantdiners meines Sitznachbarn. Mit einem hässlichen Knirschen perforierte mein Absatz die Tüte und den Deckel des Stanniolbehälters, bevor ich in dem Essensmatsch ausrutschte und unter dem ehrfürchtigen Staunen der Subway-Gesellschaft und den Flüchen des Geschädigten auf dem Hin-

tern durch den Wagen schlitterte. Es gibt Situationen, in denen nicht einmal Selbstverhöhnung weiterhilft. Beim nächsten Stopp floh ich nach draußen, den braunen Soßenfleck auf meiner weißen Hose bemerkte ich dann zu Hause. Es wurde trotzdem noch ein sehr schöner Aufenthalt. Bis zum Rückflug. Nach der Sicherheitskontrolle durfte ich endlich meine acht Kilo Handgepäck wieder einräumen, warf mir schwungvoll den Rucksack über die Schulter und fällte damit den Mann in der Schlange hinter mir. Die gute Nachricht ist, er hat überlebt, so wie alle meine Mitreisenden. Sie hatten Glück, es war ein Nachtflug, und ich schlief friedlich. Seit heute freut sich Berlin über meine Rückkehr.

Ein Teil unserer Auflage enthält Beilagen von Arsenal - Institut für Film und Videokunst e.V.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin **Postanschrift:** Postf. 610229, 10923 Berlin **Telefon:** 030 | 25 902-0 | www.taz.de **Chefredaktion:** Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.) **Chefreporter:** Peter Unfried

Lokalredaktionen: **Nord-Hamburg:** Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 **Bremen:** Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0 **Berlin:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge **LeserInnenbriefseite:** Gaby Sohl **Anzeigen:** Sönke Tümmler **Berliner Lokalteil:** Bert Schulz | alle Berlin **Regionalteil Nord:** Jan Kahlcke | Hamburg **LeserInnenbriefe E-Mail:** briefe@taz.de **Fax:** 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 **Tel.:** 030 | 25 902 314

E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf **Gesellschafter:** taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann; | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.

Fax: 2 59 02-680 **E-Mail:** abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis regulär 41.80 €





Die Enteignungsparty hat noch gar nicht angefangen
Foto: Florian Boillot

Das Gesetz liegt schon in der Schublade

Falls der Senat den Expertenrat ignoriert, plant DW Enteignen einen neuen Volksentscheid

Von Erik Peter

Man könnte denken, die Luft ist raus: Doch die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen könnte sich schon bald dafür entscheiden, einen zweiten Volksentscheid anzugehen. Und der hätte dann ein konkretes Vergesellschaftungsgesetz zur Grundlage. Wie die taz von mehreren Mitgliedern der Initiative erfuhr, laufen die Gespräche darüber auf Hochtouren, eine förmliche Abstimmung des zuständigen Koordinierungskreises aber gibt es noch nicht. Abgewartet werden soll zunächst der Abschlussbericht der Enteignungskommission, die Ende Juni ihre voraussichtlich letzte Sitzung hat sowie die Reaktion des schwarz-roten Senats darauf.

Die Idee indes kursiert unter den Aktivist:innen schon lange: Wenn die Regierung die Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids von September 2021

torpediert, will man selbst ein Gesetz zur Abstimmung stellen. Der bisherige Volksentscheid beinhaltete lediglich einen Appell an den Senat, ein Gesetz zur Vergesellschaftung der großen privaten Immobilienkonzerne auf den Weg zu bringen. Rouzbeh Taheri, Mitbegründer der Initiative, vertritt diese Option schon lange; er sagt: „Wenn es der Senat nicht macht, muss es die Bevölkerung machen.“ Rechtlich möglich ist ein neues Volksbegehren, auch zum selben Thema. Einzige Einschränkung: es geht nicht zwei Mal in derselben Legislaturperiode.

Dass die neue Regierung aus CDU und SPD nicht vor hat, den Mehrheitswillen der Berliner:innen umzusetzen und die Wohnungsbestände der Konzerne zu vergesellschaften, gilt bei den Aktivist:innen als ausgemacht. Im Koalitionsvertrag haben sich die beiden Parteien um eine konkrete Aussage herumgedrückt. Stattdessen planen

sie ein Vergesellschaftungsrahmengesetz, um „einen Rechtsrahmen und objektive qualitative Indikatoren“ für Vergesellschaftungen in Bereichen der Daseinsvorsorge zu beschreiben. Inkraft treten soll es zwei Jahren nach Beschlussfassung und nach einer Prüfung durch das Landesverfassungsgericht. Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) sagte im Inforadio: „Wir werden das in dieser Wahlperiode umsetzen.“

DW Enteignen lehnt ein Rahmengesetz als unsinnig ab. Es werde für ein konkretes Gesetz, das die Vergesellschaftung der Wohnungsbestände regelt, nicht gebraucht und diene lediglich dazu, Zeit zu gewinnen. Dagegen stehen Absichtserklärungen aus der SPD, dass beides gleichzeitig erfolgen soll. So beschloss der Parteitag Ende Mai ohne Kontroverse, dass „parallel zur Erarbeitung eines Rahmengesetzes ein spezifisches Gesetz für den Wohnungssektor“ erarbeitet werden

soll. Nur: Die Initiative traut der SPD nicht mehr, zu oft hat sich deren Führung gegen eine Enteignung ausgesprochen. Auch der neue Senator Gaebler ist kein Enteignungsbefürworter; sein Ziel sind Eigentümer, die

Ein neues Volksbegehren zum selben Thema ist rechtlich möglich

der „Gemeinwohlorientierung Rechnung tragen“. Und dann ist da auch noch die CDU.

Schon in wenigen Wochen aber wird das Thema erneut hoch schwappen und den Senat unter Rechtfertigungsdruck setzen. Die vom Vorgänger-Senat eingesetzte Expertenkommission Vergesellschaftung unter Führung von Herta Däubler-Gmelin ist in ihren letzten Zügen. Ihren Abschlussbericht

wird sie voraussichtlich noch Ende Juni vorstellen – weitere Termine nach Juni seien nicht vorgesehen, heißt es aus der Geschäftsstelle. Viel spricht dafür, dass dieser Bericht die These des im Dezember vorgestellten Zwischenberichts stärkt: Vergesellschaftung ist möglich und unter dem Marktwert realisierbar. Die Reaktion auf ein positives Votum der Kommission hat der Senat aber bereits im Koalitionsvertrag vorweggenommen: In diesem Fall folge das Rahmengesetz. Ergo: Man beendet das Thema bis zum Ende der Legislatur 2026.

Achim Lindemann, Sprecher von Deutsche Wohnen & Co enteignen, sagt: „Senator Gaebler wird versuchen, den Bericht im Sommerloch untergehen zu lassen und das Thema abzumoderieren. Aber das werden wir ihm und der Regierung nicht durchgehen lassen – Berlin braucht ein echtes Vergesellschaftungsgesetz.“

DW Enteignen wird demnach versuchen, politischen Druck zu erzeugen. Wenn der nicht fruchtet, bleibt eigentlich nur der Start eines neuen Volksbegehrens, diesmal mit einem fertigen Gesetz. Beim ersten Volksbegehren hatte die Initiative darauf verzichtet, weil das jahrelange Arbeit an einem komplizierten juristischen Thema bedeutet hätte. Nun aber ist man weiter: Ein eigener Gesetzesentwurf liegt in der Schublade. Eine unabdingbare Überarbeitung kann auf Grundlage der Ergebnisse der Expertenkommission erfolgen. Das könne man selbst versuchen oder auch in die Hände einer Anwaltskanzlei legen. Intern heißt es, bis Ende des Jahres könne ein möglichst wasserdichtes Gesetz stehen.

Der Weg aber wäre weit: Anfang nächsten Jahres könnte DWE die 20.000 Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens sammeln. Trotz der zuletzt schwindenden Kraft der Mieter:innenbewegung gilt das kaum als Hürde. Noch immer ist die Initiative gut organisiert, viele Kiezteams arbeiten bis heute, ein neues Begehren würde zudem neuen Schwung bringen.

Was dann folgt: Eine Prüfung durch die Innenbehörde, nach einer Gesetzesänderung auf fünf Monate begrenzt, nachdem die Behörde die Prüfung des ersten DWE-Begehrens 15 Monate in die Länge gezogen hatte. Wahrscheinliches Szenario dabei: Der Senat betrachtet das Gesetz als verfassungswidrig – und legt es dem Landesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Selbiges passierte im Mai vergangenes Jahres schon mit dem Volksbegehren Berlin Autofrei. Beim Gericht liegt die Prüfung noch immer auf dem Stapel.

Auch für DWE könnte dies weitere ein bis zwei Jahre Wartezeit bedeuten. Erst danach könnte die zweite Phase des Volksbegehrens starten, bei der sie wieder 190.000 Unterschriften sammeln müssten und der bei Erfolg dann ein nächster Volksentscheid folgt. Die Enteignung braucht also einen sehr langen Atem. DW Enteignen holt gerade erst Luft.

Susanne Messmer baut jetzt selbst Erdbeeren an

Hilfe, sie haben die Schalen geschrumpft!

Meine Hoffnung war, dass es die Kunden nicht merken“, entschuldigt sich der freundliche Mann hinterm Tresen des Verkaufsstandes von Karls Erdbeeren am nördlichen Stadtrand Berlins. Vor zwei Wochen gab es hier Kilokörbe für 8,90 das Stück, letzte Woche kosteten 750 Gramm 7,90 Euro – und jetzt das Pfund 5,45. Ma-the ist nicht jederfrass Sache, aber die Rechnung ist in diesem Fall nicht so schwer. Der Kilopreis hat sich von 8,90 Euro auf 10,50 und 10,90 erhöht – und statt das einfach ordentlich zu begründen, werden die Kunden rotfrech an der Nase herumgeführt.

„Warum kaufst du auch diesen Nippes“, fragt eine Kollegin. „Niemand zwingt dich, da zu kaufen“, fügt ein anderer an. Spätestens seit der kritischen Berichterstattung der taz über die miesen Arbeitsbedingungen bei Karls unter dem Titel „Erdbeer-Nazis“ ist es in dieser Redaktion nicht en vogue, bei diesem Anbieter zu kaufen. Darauf kann

die Antwort nur lauten: „Das Private ist politisch.“ Wer Kinder hat, weiß, dass viele von diesen drei Kilo Erdbeeren pro Woche als Grundrecht begreifen.

Und: Zumindest am strukturschwachen Stadtrand gibt es wenige schmackhafte Alternativen. Am späten Nachmittag sind die Bio-Erdbeeren überall aus, die zurzeit übrigens meist sogar um die 13,50 das Kilo kosten. Für deutsche Erdbeeren legt man im Supermarkt zwar ungefähr dasselbe wie bei Karls auf den Tisch, diese werden aber oft nicht wie bei Karls am Verkaufsmorgen geerntet, sind also in den allermeisten Fällen nicht so süß und so zart – und man hat wegen der faulen Früchtchen weiter unten viel mehr Verschnitt. Bleibt für Berufstätige, die vormittags nicht einkaufen können, oft nur Dürre-Obst aus Südsanien. Aus dem berühmten und nun von Trockenheit bedrohten Doñana-Nationalpark pumpten hunderte Agrarbetriebe illegal Wasser,

und das soll nun auch noch von der Regierung erlaubt werden.

„Ich würde das auch anders aufziehen“, sagt der freundliche Verkäufer deshalb noch. Man könnte den Preisanstieg sehr leicht vernünftig rechtfertigen: Wechsel der Sorte, ausbleibender Regen, steigende Lohnkosten. Selbst der brennende Erlebnishof in Elstal am Dienstag wäre als Begründung besser als einfach kleinere Schalen.

Bleibt also nur, den Kindern künftig Aprikosen anzudrehen oder auf Selbstanbau umzusteigen. Die Pflanzzeit für Erdbeeren ist bis Mitte Juni, Pflanzen für einen Euro das Stück oder ein paar Cent mehr gibt’s manchmal immer noch beim Gärtner oder im Baumarkt, zur Not auch online. Und wer weder Garten noch Balkon hat, der kann sich auch Blumenampeln mit Erdbeerpflanzen kaufen und ins Fenster hängen. Die sind zwar teurer. Dafür sind es oft Monatserdbeeren, die bis in den Herbst hinein tragen.

Anzeige



Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz



Sommer Kino

→ Kulturforum am
Potsdamer Platz



Tickets und Programm



Kommentar von **Bert Schulz** zu dem erneuten Streik der Lehrer*innen

Ein Einsatz, den die Politik würdigen muss

Jede und jeder kennt die Geschichten über Lehrer*innen, denen aus den unterschiedlichsten Gründen die Puste ausgegangen ist. Die den Unterricht nur noch verwalten und niemanden mehr für ihr Fach begeistern können – sofern sie überhaupt noch zur Arbeit kommen. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als erstaunlich, wie viele angestellte Lehrer*innen in Berlin sich seit 2021 immer wieder für Proteste für kleinere Klassen motivieren lassen. Schließlich bekamen und bekommen sie von der alten wie der neuen Schulsenatorin stets nur zu hören, dass ihre Forderungen zwar berechtigt, aber auch aus praktischen und rechtlichen Gründen nicht umsetzbar seien. Danke fürs Gespräch.

Am Mittwoch haben, als Höhepunkt des dreitägigen Streiks in dieser Woche, erneut rund 3.000 Lehrende für bessere Lehr- und Lernbedingungen protestiert, das entspricht fast einem Zehntel der Lehrer*innenschaft Berlins. Getreu dem Motto: Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie.

Denn vielleicht ergibt sich die Chance ja doch noch. Natürlich ist es längst nicht mehr nur ein Dilemma der Berliner Landespolitik, dass es zu wenig Pädagog*innen gibt. Aber das sollte die neue Schulsenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) nicht davon abhalten, kreativ nach Ideen zu suchen, wie Berlin

Die neue CDU-Schulsenatorin sollte nun kreativ nach neuen Ideen suchen

jene wenigen Lehrkräfte, die der Markt noch hergibt, anlocken kann. Schließlich will die erste CDU-Politikerin in diesem Amt seit 25 Jahren beweisen, dass Bildungspolitik bei ihrer Partei besser aufgehoben ist als bei den Sozialdemokrat*innen. Doch danach sieht es nicht aus: Laut ihrer eigenen Prognose fehlen Günther-Wünsch zum Schulstart Ende August Lehrer*innen im Umfang von 1.460 Vollzeitstellen. So viele wie nie zuvor.

Sie kann es sich also schlicht nicht leisten, jene engagierten angestellten Lehrer*innen durch demonstratives Nichthandeln zu demotivieren. Sollten sie sich aus Frust beruflich anders orientieren, wird die Leerstelle an den Schulen noch größer.

Und natürlich gibt es auch jenseits des von der Gewerkschaft geforderten Tarifvertrags für Gesundheitsschutz Möglichkeiten, wie die Situation an den Schulen entspannt werden kann. So stellt sich etwa die Frage, warum ein guter Teil der Lehrer*innen längst keine Vollzeitstellen mehr machen wollen. Klar: Die gute Bezahlung macht Teilzeit attraktiv, für mache ist mehr aus familiären Gründen nicht drin. Aber vielleicht kann eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen und Entlastung bei der Bürokratie ein Anreiz sein, im Beruf zu bleiben oder den Stellenumfang (zeitweise) aufzustoocken. Weil dann Lehren mehr Freude macht. Und das kommt den Schüler*innen zu Gute.



Bert Schulz ist – noch – Redakteur für Landespolitik und Co-Ressortleiter der taz Berlin.

Die inzwischen schon lang dort stehende temporäre Containersiedlung auf dem Tempelhofer Feld
Foto: Karsten Thielker

Zeltstädte für Geflüchtete

CDU-Fraktionschef Stettner hält weiteren Großstandort für Flüchtlingsunterkünfte für nötig und das Tempelhofer Feld temporär dafür geeignet. Grüne und BUND sehen das anders

Von **Stefan Alberti**

Kurz vor der ersten Klausurtagung des schwarz-roten Senats am Wochenende macht CDU-Fraktionschef Dirk Stettner Druck bei der Flüchtlingsunterbringung. „Wenn wir nicht wollen, dass die Menschen unter freiem Himmel stehen, dann werden wir ohne eine weitere große Unterkunft oder auch zwei nicht auskommen“, sagte er der taz. Dabei denkt Stettner an das Tempelhofer Feld. Wie viele Flüchtlinge dort unterkommen sollen, möchte er nicht beziffern, doch hält er „temporär“ eine große Zeltstadt für möglich, „auch auf einem großen Teil des Felds.“ Die Senatsverwaltung für Soziales hat solche Pläne aktuell nicht. Kritisch äußerten sich die Grünen und der Naturschutzbund BUND.

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sollen ein großes Thema bei der zweitägigen Klausur am Döllnsee bei Jo-

achimsthal nordöstlich von Berlin werden. Dienstag hat der Senat eine Flüchtlings-Task-Force offiziell eingesetzt, die aber schon in der Woche vorher erstmals tagte. Deren Leiter, Regierungschef Kai Wegner (CDU) und Sozialsenatorin Can-

„Eine Verschärfung kann nicht die Lösung sein.“

Bettina Jarasch (Grüne)

sel Kiziltepe (SPD), sprachen danach vor Journalisten von modularen Unterkünften und gerechter Verteilung in allen Bezirken, nicht aber von neuen Großstandorten zusätzlich zum Ankunftszentrum in Tegel.

An Tegel, geplant als Kurzunterkunft für einige Tage, längst aber für viele Flüchtlinge Wohnstätte über Monate,

wird man aus Sicht von Stettner bis mindestens 2025 festhalten müssen. Der CDUler betonte gegenüber der taz mehrfach, dass er große Standorte gerne vermeiden würde: „Massenunterkünfte sind die schlechteste Lösung.“ Bis die angestrebten Unterkünfte fertig sind, vergehen aber auch bei beschleunigtem Bau laut Senatorin Kiziltepe bis zu zwei Jahre. Zu vermeiden sei auch eine Unterbringung in Turnhallen wie 2015 und 2016.

Beim Koalitionspartner SPD sieht man das ähnlich. Der sozialpolitische Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion, Lars Düsterhöft, schloss sich Stettners Aussage an, dass das Ziel natürlich eine dezentrale Unterbringung sei, die Unterkünfte aber fehlen würden. „Da hat er leider absolut recht – wir müssen unterbringen, können es aber derzeit nicht adäquat.“

Das 2014 per Volksentscheid beschlossene Schutzgesetz zum

Tempelhofer Feld lässt in jetziger Form eine Nutzung mit Unterkünften nicht zu. Bereits für eine vergleichsweise kleine Fläche war im Jahr 2016 eine Gesetzesänderung nötig. Nach einer Verlängerung sind die Container dort nach Senatsangaben bis Ende 2025 geduldet. „Im Zweifel ist mir egal, an welches Gesetz wir rangehen müssen“, sagte Düsterhöft – entscheidend sei für ihn, die Flüchtlinge unterbringen zu können. Kritik, er wolle über eine solche Nutzung des Tempelhofer Felds dessen Schutzstatus dauerhaft aufweichen, nannte er „Quatsch“.

Deutlich anders sieht das Grünen-Fraktionschefin und ehemalige Umweltsenatorin Bettina Jarasch. „Es gibt überall im Stadtgebiet genug bereits versiegelte Flächen, auf denen rasch Leichtbauhallen errichtet werden können“, sagte sie der taz. Sie verwies zudem darauf, dass am Columbiadamm und in den Hangars bereits fast 2.000 Geflüchtete wohnen würden, meistens notdürftig mit sehr wenig Raum und Privatsphäre. „Diese Situation nochmals zu verschärfen kann nicht die Lösung sein“, sagte sie, „ich erwarte mehr Ambition und Anstrengung der neuen Task-Force bei der Unterbringung.“

Für BUND-Landesgeschäftsführer Tilmann Heuser ist der Vorstoß von CDU-Fraktionschef Stettner überdimensioniert. Allein auf den 23 Hektar des befestigten Vorfeldes ließen sich aus seiner Sicht mehr Flüchtlinge unterbringen als am Ex-Flughafen Tegel, wo derzeit knapp 3.000 Menschen leben – und das ohne Änderung des Schutzgesetzes. Nutze man größere Teile des Feldes, wo es keine Infrastruktur und keine Leitungen gibt, wäre nach seiner Rechnung die Unterbringung zehntausender Menschen möglich. Es sei gut, die Flüchtlingsunterbringung zu planen, aber für vieles „immer gleich das Tempelhofer Feld“ nutzen zu wollen, hält Heuser für falsch.



Lehrer*innen ante portas

3.000 Lehrer*innen demonstrieren vor dem Roten Rathaus für kleine Klassen und erinnern den Senat an seine Wahlversprechen

Von **Benjamin Probst**

Die angestellten Lehrer*innen Berlins machen ihrem Ärger lautstark Luft. „Wir sind viele!“, ruft ein Sprecher der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in die in rote Westen gekleidete Menge. Rund 3.000 Streikende haben sich an diesem Mittwoch direkt vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in der Nähe des Alexanderplatzes versammelt. Gleich geht die Demo los, zum Roten Rathaus. Sie wollen einen Tarifvertrag „Gesundheit“ durchsetzen, der unter anderem kleinere Klassen und mehr Sozialarbeiter*innen fordert. Berlin will diesen „Sondertarifvertrag“ nicht unterschreiben – weil ein Alleingang als Land unmöglich sei.

Schon seit Oktober 2021 unterbrechen die angestellten Lehrer*innen an einzelnen Tagen immer wieder die Arbeit – ihre verbeamteten Kolleg*innen dürfen nicht streiken. Diese Woche sind es zum ersten Mal drei Streiktage in Folge, von Dienstag bis Donnerstag. Mit diesem lan-

gen Streik wollen sie Druck auf die neue Regierung ausüben. Wie sie sich nach so nun schon neun Streiks weiter motivieren? „Wenn ich nicht streike, kann ich mich nachher auch nicht über meine Arbeitsbedingungen beschweren!“, sagt Medea Gläser, Lehrerin in Reinickendorf. Ihr Unterricht fällt heute aus. „Wir kennen Kolleg*innen, die wegen Überarbeitung ihren Job aufgegeben haben“, sagt sie. Die meisten würden wegen des Stresses in Teilzeit gehen, heißt es aus der Runde.

Der Demonstrationzug führt die Lehrer*innen mit einem Schlenker nach Osten über den Platz der Vereinten Nationen, bis zum Strausberger Platz und wieder zurück Richtung Alex. Auf ihren Schildern ist zu lesen: „Stell dir vor es ist Schule und keiner geht hin“, oder: „Alle 11 Minuten bekommt eine Lehrerin ein Burn-out“.

Jetzt die Klassenstärke zu reduzieren, sei „völlig illusorisch“, sagte etwa die neue Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) zu den Forderungen. So sind ak-

tuell rund 1.500 Vollzeitstellen an Berliner Schulen unbesetzt. Außerdem sei man im Tarifverband der deutschen Länder (TdL) organisiert und ein Alleingang Berlins somit nicht möglich.

Beide Argumente lassen die Lehrer*innen nicht gelten. Es

„Wir brauchen eine Utopie für den Lehrerberuf“

Martina Regulin, GEW

gäbe bereits jetzt Ausnahmen, sagt Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW: „Die meisten beschäftigten im Berliner öffentlichen Dienst erhalten die Hauptstadt-Zulage“, führt er an, der Senat solle aufhören, Nebelkerzen zu zünden. Dass es zu wenige Lehrer gebe, sehen die Demonstrierenden ein, aber: „Auch wenn kleiner Klassen nicht sofort umgesetzt werden: Langfristige Politik ist für Abgeordnete immer unattraktiv, des-

wegen müssen wir das Ziel festschreiben“, betont eine Demonstrantin.

Als die Demo vor dem Roten Rathaus zu stehen kommt, gibt es Musik und die eigenen Forderungen werden bekräftigt. Laut GEW hat Bildungssenatorin Günther-Wünsch am Rand der Demo mit der Gewerkschaftsleitung gesprochen. „Sie war von unserer großen Anzahl offenbar beeindruckt und hat Gesprächsbereitschaft signalisiert“, bestätigt Martina Regulin, Vorsitzende der GEW.

Noch im Wahlkampf hatte die CDU kleinere Klassen gefordert. Die GEW kündigt an, die schwarz-rote Regierung weiterhin an ihre Versprechen zu erinnern. Aktuell sehe es daher schon danach aus, dass es weitere Streiks brauche, sagt Regulin. Schließlich gehe es um nachhaltige Lösungen: „Wir brauchen eine Utopie, wie der Lehrerberuf künftig aussehen soll, sonst will keiner mehr Lehrer werden. Mit einem Tarifvertrag saßen wir mit am Tisch und die Lehrer könnten für zu große Klassen kompensiert werden.“

Anzeigen

9. — 16.6.2023

no one island is an

24. poesiefestival berlin

Akademie der Künste Hanseatenweg

poesiefestival.org

What Feminisms Are Needed?

Mit LASTESIS & Bafta Sarbo

HAU 22.6., 19:00 / HAU2

Im Rahmen von: iPROTAGONISTAS! Resistance • Feminisms • Revolution
→ www.hebbel-am-ufer.de

DIALOG

berliner szenen

Zucker
gegen
den Stress

Nach einem Spaziergang im Plänterwald stehen eine Freundin und ich in Alt-Treptow auf der Karl-Kunger-Straße und halten einen kurzen Plausch. Ihr Hund sitzt währenddessen brav im Fahrradkörbchen. Kurz nachdem meine Freundin weggeradelt ist, spricht mich eine Frau Mitte 40 an, die uns von der Straßenecke aus beobachtet hat. „Das ist nicht der richtige Korb für den Hund. Hinten auf dem Rad sieht er ja gar nicht, was vorne passiert. Er sah ganz ängstlich aus“, sagt sie.

Ich nicke. „Ja, das ist eh ein kleiner Angsthund.“ Da wird sie direkt hellhörig. „Angsthunde! Ja, da soll sie mal Bachblütentropfen ausprobieren. Und Arnica D6, das hilft gegen Angst bei Hunden und gehört sowieso in jede homöopathische Hausapotheke.“ Auweia. Seltsames Paradoxon, die Kombination aus Homöopathie und Apotheke. „Ich weiß nicht, ob reiner Zucker so gut für den Hund ist“, merke ich vorsichtig an. Dann mustert sie mich eingängig: „Wenn ich dich so anschau, dann könntest du das sicher auch gut gebrauchen. Arnica D6, das wirkt Wunder gegen Stress.“

Sieht man mir meine Macke jetzt an der Nasenspitze an? „Okay, danke für den Tipp, ich muss dann auch mal weiter, ist schon spät“, sage ich und schiebe demonstrativ mein Fahrrad vor. „Welches Sternzeichen bist du denn?“, fragt sie. „Skorpion, aber ich muss jetzt wirklich los“, antworte ich und hoffe, dass sie mich nicht nach meinem Aszendenten fragt. „Ah, Skorpion, das passt zu dir, du hast so eine Aura. Na dann, komm gut nach Hause und probier wirklich mal das Arnica D6 aus. Hab noch einen schönen Sonntag, denn heute ist Neumond in Waage.“

Damit entlässt die Hobbyastrologin mich und meine gestresste Skorpionaura in die wilde Neumondnacht. Nach dieser Begegnung brauche ich vielleicht wirklich eine Dosis Arnica D6.

Julia Tautz

verweis

Kunst im Strom
des Kapitals

Dieser Diskussionsabend im Palais Populaire kostet wohl einen kleinen Moment Überwindung. Nicht weil die dann geöffnete Ausstellung von Isaac Julien ästhetisch so schwierig ist. Sein Filmwerk über globale Kapitalströme ist poetisch, komplex und gleichsam minimalistisch. Aber seine Präsentation im Kunsthhaus der Deutschen Bank zeigt eine Schizophrenie auf: Finanziert und präsentiert wird diese eigentlich kritische Kunst nun von einem Bankhaus, das am guten Fluss des Kapitals teilhat. Die Diskussion mit dem Vorstandsmitglied von Christie's London, Dirk Boll, handelt dann auch von realen Kapitalströmen und dem Schönen der Kunst. Ab 19 Uhr.



Der Heavy
Metaller Nikan
Khosravi
Foto: Camilla
Norvoll



Die Harfenistin
Samira
Memarzadeh
Foto: Andreas
Klug

Anverwandlung und Endlichkeit

Harfen, Heavy Metal und ein musikalischer Webstuhl: Heute beginnt „Klangteppich V“, das Festival für Musik der iranischen Diaspora

Von Robert Mießner

Stachelgeige, Langhalslaute und Kelchtrummel, aber auch Synthesizer, das sind die Instrumente, die seit 2018 auf dem Festival „Klangteppich“ zu hören sind. In diesem Jahr kommt ein Webstuhl hinzu. Kuratorin Franziska Buhre weist im Gespräch mit der taz auf das Festivallogo hin, in dem senkrechte Fäden in einen Schriftzug münden. Über den Webstuhl als Klangerzeuger hat sich Buhre mit Anne Hedderer, der Werkstattleiterin Weben und Färben an der Kunsthochschule Weißensee, beraten.

So fühlbar die Klangteppich-Musik ist, so methodisch geht Buhre, die Journalistin ist, zuweilen für die taz schreibt und mit ihrer Kollegin Julia Neupert für die gemeinsam erarbeitete SWR-Sendereihe „Jazz-Frauen – Wegbereiterinnen im Off“ mit dem Deutschen Jazzpreis 2023 ausgezeichnet wurde, an die Vorbereitung des Festivals. Dabei ist ein Programmpunkt entstanden, bei dem die Akustik und Mechanik eines Webstuhls in Wechselwirkung mit elektronischen Effektgeräten

tritt: Unter dem Titel „Loom“ erarbeiten die Weberin Kira de Picciotto und der Klangkünstler Iman Jesmi „eine Performance über die Berührungen zwischen Tastsinn und Textil. Die Zeitlichkeit von Klängen erhält mit der Fertigung des Textils eine Stofflichkeit, die im Verlauf sichtbar wird.“ Dazu gehört, dass der Webstuhl auf eine Leinwand projiziert wird. Man kann der Maschine beim Arbeiten zuschauen.

Wer einmal in einer Webwerkstatt war, weiß, dort geht es nicht unbedingt leise zu. De Picciotto und Jesmi mussten sich überlegen, „welche Sounds man verstärken kann und bei welchen man es gar nicht muss, weil sie so schon laut genug sind“, sagt Buhre.

Zur Methodik von Klangteppich gehört, dass seit 2021 in Kooperation mit der Schweizer Publikationsplattform „Norient“ ein begleitendes Festivalmagazin erscheint. Bis jetzt nur online, gibt es zur Feier der fünften Klangteppich-Ausgabe erstmals eine Druckedition. Die 80 Seiten des Heftes versammeln über ein Dutzend Beiträge, da-

runter Essays, Interviews, Musiktheorie, Fotoserien, zwei Gedichte und eine historische Untersuchung.

Der Geschichtswissenschaftler Matthias Küntzel schreibt dort über „Der Rundfunk als Waffe. Die Persischsprachige Nazipropaganda und ihre Folgen“. Von 1939 bis 1945 sendete Radio Zeesen aus Königs Wusterhausen bei Berlin antisemitische Agitation, um die Bevölkerung Nordafrikas und des Mittelens Ostens an das Deutsche Reich zu binden. Küntzel hat zu dem Thema 2019 das Buch „Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand“ veröffentlicht. Es geht darin hauptsächlich um den arabischsprachigen Raum, aber das Buch enthält auch einen „Exkurs: Die Nazis und der Iran“, den Küntzel jetzt weiter ausführt. Aus seinem Beitrag wird auch der Podcast des Festivals entstehen, in dem auch das Lautarchiv der Humboldt-Universität besucht wird.

Aber natürlich bleibt Klangteppich ein Musikfestival. Ein schönes Beispiel für die Anverwandlung von Tradition ist das

Ensemble Ilyad: Pardis Zarghampour (Gesang), Milad Zendehtan (Tanbour und Setar), Penelope Gkika (Geige), Borys Slowikowski (Perkussion) und Fidan Aghayeva-Edler (Klavier). Das Quartett spielt Lieder der Luren, einer ethnischen Minderheit im Südwesten Irans. Exotisierung und Verklärung sind ausdrücklich nicht die Sache des Festivals. Aghayeva-Edler kommt aus Aserbaidschan, Slowikowski ist Pole, der viel über Perkussion aus der Türkei und aus Westasien geforscht hat. „Ich möchte das Festival öffnen, hin zu gemeinsamen Geschichten aus der Region“, bemerkt Buhre.

Ilyad werden am Eröffnungsabend auftreten wie auch das Trio Liminal Practice: Hans Unstern, Samira Memarzadeh und Simon Bauer. Alle drei setzen ihre Stimmen ein, aber vor allem spielen sie Harfen: Im Fall von Unstern und Bauer Raumharfe, das sind Klaviersaiten, die im Theater installiert und bespielt werden. Unstern und Bauer konstruieren seit über einem Jahrzehnt experimentelle Harfen. Memarzadeh spielt

Čang, eine für sie angefertigte vertikale Winkelharfe, die man in Deutschland selten hört, die aber in Persien bis ins 17. Jahrhundert gespielt wurde.

Den zweiten Abend, eröffnen wird ihn das Loom-Duo, beschließt die Metal-Oper „Aftermath“ um Nikan Khosravi, Frontmann der Band Confess. „Ich verstehe nichts von Metal“, gibt Buhre zu. Aber den in Iran verfolgten und verurteilten Khosravi wollte sie schon lange im Festival haben, auch wenn sie befürchtete, damit „selber ins Fadenkreuz zu geraten“. Als im Herbst 2022 die Rebellion in Iran begann, sagte sich Buhre: „Ab jetzt wird nichts mehr versteckt.“

Wer bei dem Webstuhl übrigens an Heinrich Heines „Die schlesischen Weber“ denkt, liegt nicht völlig falsch. Es geht in dem Vormärz-Gedicht um die Endlichkeit von Herrschaft.

Klangteppich V – Festival für Musik der iranischen Diaspora, 8. bis 9. Juni. tak – Theater Aufbau Kreuzberg, Prinzenstraße 85F, 10969 Berlin. Programm: www.klangteppich.berlin



Uli Hannemann
Liebling der Massen

Weder Fisch noch
Fleisch

Meine Nichte ist in der Stadt. Wir verabreden uns zu dritt, damit ich auch mal ihren Freund kennenlernen. Den Link fürs vietnamesische Lokal habe ich per Whatsapp geschickt. Seht her, soll das heißen, ich kann das schon. Ich bin The Digital Uncle, ein rüstiger Best-Ager auf der Höhe der Zeit, ein flexibles Bindeglied zwischen Vorzeit und Moderne.

Sie leben vegan und arbeiten für verschiedene Geflüchtetenprojekte. Für mich ist

das superinteressant, weil ich sonst naturgemäß nur alte Asiskenne. In die ungewohnte Situation muss ich mich allerdings erst reinfuchsen, natürlich mit Augenmaß. Also ordere ich ein Gericht mit Huhn, denn man kann es auch übertreiben; eine Bestellung mit Tofu oder Seitan wäre zu unrealistisch. Sie würden mich durchschauen und für meinen verlogenen Opportunismus verachten, und das völlig zu Recht. Außerdem habe ich Bock auf Hühnchen, obwohl ich kurz über Rind nachgedacht habe.

Aber selbstverständlich will ich bei ihnen einen guten Eindruck machen. Das fällt mir bestimmt nicht schwer. Ich tue ja immer sehr viel Gutes, ich kann das nur nicht so ausdrücken. Und so rede ich, wie mir der graue Schnabel gewachsen ist, über „Flüchtlingströme“, doch gleich darauf erinnere ich mich vage, dass man das zurzeit wohl eher nicht so sagt. Und sogar die Gründe bekomme ich noch halbwegs zusammen.

Die oft verniedlichende Nachsilbe „ling“ mache die Betroffenen klein und zu Opfern: So ist der Schmetterling ein Tier, das sich nicht selber helfen kann. Und „Ströme“ gilt, ähnlich wie der Begriff „Krise“, glaube ich – bitte kreuzigt oder verbessert mich anderweitig, falls ich das falsch wiedergebe –, deshalb als inkorrekt, weil es die flüchtenden Menschen verdinglicht, und von den Ursachen ablenkt, indem es eine Unvermeidlichkeit wie bei einer Plage oder Naturkatastrophe vortäuscht. Was

dann wiederum negative Reaktionen in den Zielländern legitimiert.

Einiges daran kann ich theoretisch nachvollziehen, auch wenn ich zuweilen denke, man könnte ja statt der aufwendigen Wortakrobatik auch Geld spenden oder anderweitig helfen. Aber gut, ich hab sowieso keine Ahnung, wahrscheinlich wäre das auch wieder nur so ein billiger Ablasshandel derer, die sich nicht um sprachliche Sensibilität bemühen möchten. Und die Sprache bestimmt nun mal das Denken, das Denken das Handeln, das Handeln das Sein, und das Sein einen Job an der Uni. Früher mussten die Kinder sprechen lernen, heute sind es die Alten.

Unbedacht frage ich jetzt den jungen Mann, ob seine weiße Puscheljacke aus Schafsfell sei, weil ich offenbar immer noch genauso wenig schnalle, was „vegan“ überhaupt bedeutet, wie so ein fränkischer Landgastwirt, der seine Kartoffel-

suppe als vegan anpreist, weil da „kein Fleisch“ drin ist, sondern nur Speck und allenfalls ein paar Wurststücke. Nicht Bildung oder Herkunft scheint der Hauptfaktor für diese Form von Ignoranz zu sein, sondern das Alter.

Ich bin quasi der notorische Nazi-Onkel, wie er in Feuilleton-Artikeln über klassische Familienfestkonstellationen gern als Pappkamerad dient, an dem sich die Jugend in Ambiguitätstoleranz oder konstruktiver Streitkultur üben kann – die Feier soll ja auch nicht eskalieren, schließlich ist die Oma schon so krank.

Doch keiner schreit mich an, schlägt mich oder verbessert mich auch nur. An meiner gerührten Dankbarkeit merke ich, wie groß meine Paranoia längst sein muss. Im Internet wird man ja für ungeschicktes Wording immer voll zur Sau gemacht. Aber zum Glück ist das hier nicht das Internet, sondern Real Life, auch wenn das sicher bald dasselbe sein wird.



Mehr Sicherheit, das ist eine der Lehren für die schwarz-grüne Landesregierung aus der Messerattacke von Brokstedt
Foto: Markus Brandt/dpa

Von Hamburg lernen, heißt abschieben lernen

Schleswig-Holstein will Lehren aus der Messerattacke von Brokstedt ziehen. Wie solche Taten künftig zu verhindern sind, diskutierte der Innenausschuss des Landtags am Mittwoch auch mit Hamburger Abschiebe-Experten

Von André Zuschlag

„Wir werden Taten wie in Brokstedt nie ganz verhindern können“, sagte am Mittwoch Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) zum Auftakt der Sitzung des Innenausschusses im Landtag. Der Ausschuss befasste sich mit der Frage, wie Taten ähnlich der Messerattacke von Brokstedt künftig zu verhindern sind. Ende Januar soll der 33-jährige Palästinenser Ibrahim A. zwei Menschen im Regionalzug von Kiel nach Hamburg während der Einfahrt in den Bahnhof Brokstedt mit einem Messer ermordet haben. Fünf weitere Zugpassagiere waren bei der Attacke teils schwer verletzt worden. Bei seiner Festnahme soll A. einen verwirrten Eindruck gemacht haben.

Nicht ganz verhindern will Schleswig-Holsteins schwarz-grüne Landesregierung solche Taten, aber doch das Risiko minimieren – und hat sich eine Reihe von Konsequenzen aus der Messerattacke überlegt. 22 Expert:innen hatte der Ausschuss deshalb geladen, um über die Vorschläge zu diskutieren – darunter auch zwei Kriminalpolizisten aus Hamburg.

Denn Schleswig-Holstein will als Reaktion auf die Messerattacke künftig effektiver Menschen abschieben – und sieht dafür in Hamburg ein Vorbild. Um straffällig gewordene Ausländer:innen wie Ibrahim A. schneller abzuschicken, hatte Hamburg 2016 eine Abschiebe-Soko eingerichtet: Mitarbeiter:innen der Innen- und der Ausländerbehörde arbeiten seither in der sogenannten „Gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Rückführung ausländischer Straftäter“ (Geras) zusammen.

Der Hamburger Senat wertet die Einführung als Erfolg, konnte die Soko doch seither schon mehrere Hundert Fälle bearbeiten und dafür sorgen, dass mehr als 200 Menschen abgeschoben wurden beziehungsweise freiwillig ausreisten, erklärte einer der Polizisten im Ausschuss. Tätig werde die Geras, sobald es Informationen gibt, dass eine Person verdächtig wird, eine Straftat begangen zu haben. „Dann prüft die Geras, ob von der Person eine Gefahr ausgeht und ob eine Rückführung in Frage kommt.“

Dabei ist nicht klar, ob die Tat von Brokstedt hätte verhindert werden können, würde es eine solche Abschiebe-Soko schon in Schleswig-Holstein geben. Das gilt allein schon, weil es kein Auslieferungsabkommen mit den Palästinensergebieten gibt, aus denen Ibrahim A. stammt.

Zudem gab es auch behördliche Kommunikationspannen im Vorfeld der Tat: Ibrahim A. saß bis kurz vor der Tat mehrere Monate im Gefängnis. Die Hamburger Justiz informierte die für A. zuständigen Kolleg:innen in Kiel nicht darüber, dass A. aus der Haft entlassen worden war. Und in Kiel erfuhr man auch erst nach der Tat, dass sich A. in Haft mit dem Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, Anis Amri, verglichen und sich aggressiv verhalten hatte.

Die Landesregierung will außerdem nicht nur mit einer härteren Gangart des Rechtsstaates reagieren, sondern auch sozialpolitische Maßnahmen einfüh-

ren. Das betonen besonders die mitregierenden Grünen. So will das Land etwa Mittel bereitstellen, um Menschen, die psychisch erkrankt sind und zu Gewalt neigen, besser medizinisch betreuen zu können.

Dafür soll ein Pilotprojekt gestartet werden: Auch in Schleswig-Holstein soll es künftig eine Präventionsambulanz bei Gewaltkriminalität geben – ähnlich wie sie in Bayern schon existiert. Psychiater:innen, Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen und psychiatrische Pflegekräfte betreuen hier Patient:innen mit Risikoprofil und versuchen so dafür zu sorgen, künftige Taten zu verhindern. Kritik hatte die Opposition am Mittwoch daran nicht – konnte sie aber auch nicht haben, da dem Ausschuss bislang kein spezifiziertes Konzept vorgelegt wurde.

Zweifel an der Wirksamkeit dieser Ambulanzen gibt es bereits. Das Land muss nämlich Einsparungen vornehmen – Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) hatte deshalb bereits zeitweilig eine Haushaltssperre veranlasst. Deshalb beschloss die Regierung schon die Halbierung der Mittel für Präven-

Um straffällig gewordene Ausländer:innen wie Ibrahim A. schneller abzuschicken, hatte Hamburg 2016 eine Abschiebe-Soko eingerichtet

tionsambulanzen auf 200.000 Euro. „Dieses Projekt hat die Koalition noch vor wenigen Wochen als eine der zentralen Lehren aus der Brokstedt-Tat dargestellt“, sagte der SPD-Innenpolitiker Niclas Dürbrook.

Die am Mittwoch diskutierten Konsequenzen sind der zweite Schwung an Maßnahmen, die seit der Attacke angestoßen wurden. Auf der Justizministerkonferenz vor zwei Wochen hatte Schleswig-Holstein drei Maßnahmen vorge schlagen, die auf Zustimmung stießen: So soll bei Messerangriffen eine bessere Datengrundlage geschaffen werden, um damit möglichen Handlungsbedarf in der Gesetzgebung zu identifizieren – es fehle an Daten, wie groß das Problem von Messerangriffen bundesweit sei.

Im Hinblick auf die unterlassene Kommunikation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein soll zudem ein besserer Informationsaustausch in ausländer- und asylrechtlichen Sachverhalten geschaffen werden. Außerdem soll überprüft werden, ob die zeitnahe Übermittlung aller strafrechtlich relevanten Informationen an die Justizvollzugsanstalten verbessert werden muss.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Ibrahim A. erhoben. Grund für die Attacke war aus Sicht der Anklage eine Verärgerung über seine persönliche Situation. Justizministerin Kerstin von der Decken (CDU) sagte, sie rechnet noch im Sommer mit dem Beginn des Gerichtsprozesses.

südwest

Sieger der Herzen

Zum Glück wohnen wir nicht in Leipzig. Glaubt man dem Großstädteranking der Süddeutschen Klassenlotterie SKL, leben dort nämlich die unglücklichsten Menschen. **Am dritt-schlechtesten schneidet allerdings Bremen ab:** angeblich wegen hoher Unzufriedenheit mit Wirtschaft, Sicherheit und kulturellem Angebot. Immerhin wohnen lässt es sich dort wohl ganz gut. Und nach dem wunderbaren Summersounds-Festival am vergangenen Wochenende dürfte es gerade doch ein wenig besser sein – oder Bremen? Falls nein, gibt es noch einen Ort, **um richtig dolle froh zu werden:** Das Lebensfreude-Festival in Travemünde (Achtung, fast ausverkauft!!!). Hach, das wird schön. Und das beste: Auf dem Weg fährt man durch Hamburg – **der glücklichsten Großstadt von allen!**



Andreas Speit
Der rechte Rand

Warum sich ein AfD-Mann zu Unrecht von vier Stinkefingern beleidigt fühlt

Keine Zweifel ließ der Richter im Amtsgericht Hamburg am Freitag vergangener Woche zu Beginn des Verfahrens gegen Sabine K., Ruthild S., Kay S. und Ernst K. darüber aufkommen, dass er sich der politischen Spannung des Verfahren „sehr bewusst“ sei: „Da bin ich sehr sensibel.“ Der politische Hintergrund wurde im Sitzungssaal 267, anders als bei vielen Verfahren, bei denen Rechtsextreme involviert sind, nicht ausgeblendet. Nach knapp zwei Stunden sprach der Richter die Beschuldigten zwischen 50 und 70 Jahren vom Vorwurf der Beleidigung frei. Erleichterung auf der Anklagebank und Freude auf den Zuschauerplätze. „Wie so was ausgeht, weiß man ja nicht so“, sagte vor dem Urteil Ruthild S. Auch die Staatsanwältin hatte Freispruch gefordert.

Bei einer Demonstration von Querdenken in Hamburg sollen die vier nun Freigesprochenen den Stinkefinger gezeigt haben. Der Vorsitzende der AfD Buchholz/Nordheide, Reinhard Spicker, fühlte sich beleidigt und erstattete Anzeige – jedoch erst, nachdem wiederum Ernst K. noch während der Demonstration Anzeige erstattet hatte, da Spicker den 58-jährigen während der Demonstration als „feigen Schwulen“ beschimpft hatte.

Erst rund zehn Minuten später kam Spicker mit einem großen Bernhardinerhund dazu

Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen in diesem Fall jedoch ein, weil lediglich Aussage gegen Aussage stehe. Wegen der späteren Anzeige des AfD-Vorsitzenden Spicker aber leitete sie ein Verfahren ein. „Diese Täter-Opfer-Verkehrung wollten wir nicht mit uns machen lassen“, erklärte Ruthild S.

Seit Jahrzehnten beteiligen sich die Beschuldigten an zivilgesellschaftlichen Initiativen: gegen Atomkraft und für Frauenrechte, gegen Rechtsextreme und für Fluchthilfe, gegen soziale Ausgrenzung und für Bildungschancen. Teils beruflich, teils ehrenamtlich. Sie organisierten Widerständigkeit und erfuhren Repression. Dass sie sich davon nicht haben einschüchtern lassen und bei dieser Verhandlung aussagten – darüber zeigte sich der Richter erfreut.

Wie die Auseinandersetzung verlief, beschrieben vor allem Ruthild S. und Ernst K. Am 8. Januar 2022 habe er die Demo beobachten und schauen wollen, wer kommt, erzählt Ernst K. „Die halbe AfD-Fraktion fotografierte ich.“ Auch Ruthild S. war vor Ort, sie habe wissen wollen, ob erneut „NPD und AfD“ mitmarschieren. Schließlich stießen auch Sabine K. und Kay S. dazu. Über einen Lautsprecherwagen habe ein Querdenkender die Teilnehmenden aufgerufen, Gegendemonstranten anzuzeigen, wenn sie etwa den Mittelfinger zeigten. Spontan taten die vier genau das, als der Demozug an ihnen vorbeizog. Spicker sei nicht vor Ort gewesen, sagte Ruthild S., und die 64-jährige schob nach, dass die Geste eine spontane Reaktion auf die Ansage gewesen sei.

Ein Video von der Demonstration auf einem Querdenken-Kanal bestätigt die Schilderung: Unmittelbar nach dem Zeigen des Mittelfingers suchte eine Demoteilnehmerin die verbale Konfrontation mit den Vieren. Erst rund zehn Minuten später kam Spicker mit einem großen Bernhardinerhund dazu und versuchte, sie von hinten zu verunsichern. In aggressivem Ton duzte und beleidigte er Ruthild S. Als Ernst K. sagte, dass er mit dem Handy ein Bild machen wolle, um Anzeige erstatten zu können, erwiderte Spicker, das solle er machen, denn dann bekäme er dessen Adresse. Und Spicker beleidigte Ernst K.

In seiner Urteilsbegründung signalisierte der Richter am Freitag, dass die Staatsanwaltschaft in den Aussagen beide Anzeigen betreffend hätte erkennen müssen, dass nach höchster Rechtsprechung eine Beleidigung durch Worte oder Gesten nur vorliegt, wenn sie sich direkt gegen den Betroffenen richtet. Der Verdacht gegen Spicker, so der Richter, hätte verfolgt werden müssen.



Windkraftausbau kann weitergehen

Das Oberverwaltungsgericht Schleswig weist Klagen gegen den Regionalplan zur Windkraftplanung in der Mitte Schleswig-Holsteins ab. Ein Baustopp ist damit abgewendet

Unklare Perspektive: Der Windpark Barkhorst-Lasbek bei Bargteheide fällt unter den Plan für den Süden des Landes, gegen den noch über 40 Klagen anhängig sind
Foto: Markus Scholz/dpa

Von Esther Geißlinger

Wo brüten die Zwergschwäne? Wann ist eine Siedlung ein Dorf? Um solche Fragen ging es vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig – zumindest indirekt. Eine Landwirtin und eine Gemeinde aus der Mitte Schleswig-Holsteins hatten gegen die Windkraftplanung der Landesregierung geklagt. Sie stellten dabei die Kriterien infrage, nach denen das Land die Gebiete ausgewählt hat, in denen Windkraft Vorrang haben soll. Auch gegen die Regionalpläne im Norden und Südwesten des Landes gab es Klagen. In einem Fall hatte das Gericht den Klägern recht gegeben. Im aktuellen Verfahren entschied die Kammer zugunsten des Landes, der Plan hat damit Bestand.

Beim Ausbau der Windkraft „geht es nicht um Spaß an der Freud“, sondern um Klimaschutz“, sagte Anwalt Timo Hohmuth. Er vertrat in Schleswig eine Landwirtin, die im Kreis Rendsburg-Eckernförde Land besitzt und Mitglied eines Bürgerwindparks ist. Der Park würde gern weitere Mühlen errichten, die Landwirtin würde ihre Fläche dafür geben. Aber weil Zwergschwäne in der Nähe brüten und fressen, hat die Landesregierung ihre Wiesen zu einer „weichen Tabuzone“ erklärt und damit gesperrt.

Die Gemeinde Krummbek dagegen will verhindern, dass Mühlen zu dicht an die Grenzen einer Siedlung außerhalb des Dorfes heranrücken: „Das würde jede Entwicklungsmöglichkeit totmachen“, sagt Brigitte Vöge-Lesky, die Bürgermeisterin der Gemeinde im Kreis Plön.

Beide Parteien greifen mit ihren Klagen das grundsätzliche Vorgehen des Landes an – wieder einmal. Bereits 2015 hatte ein Gericht nach einer Reihe von Klagen die damalige Windkraftplanung gekippt. Bis 2020 ließ sich das Land Zeit, um eine neue Verordnung aufzustellen. Am Ende wies die Planungsabteilung 344 Vorranggebiete für

Windenergie mit einer Gesamtfläche von 32.000 Hektar aus, das entspricht zwei Prozent der Landesfläche. Ausgeschlossen waren Gebiete, die zu dicht an Wohnhäusern oder Naturschutzflächen liegen.

Weil in der mehrjährigen Planungsphase kaum neue Anlagen zugelassen wurden, geriet der Windkraftausbau im früheren Energiewende-Musterland ins Stocken. Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Grüne) sieht das Land inzwischen wieder „auf Erfolgskurs“: Fast ein Viertel des bundesweiten Nettozubaus für Windenergie habe im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein stattgefunden, sagte er im April beim Windbranchentag in Husum. Der Blick in den Norden solle für andere „ein Mutmacher“ sein. Die

schwarz-grüne Landesregierung will Schleswig-Holstein zum „ersten klimaneutralen Industrieland“ machen. Ein Schritt dahin ist der Bau einer Fabrik für Batterien an der Westküste.

Doch seit März müssen Windkraftbetreiber*innen wieder zittern: Das Oberverwaltungsgericht sah einen „Abwägungsmangel“ beim Regionalplan für den Norden des Landes. Weil der Status von zwei Naturschutzgebieten nicht feststeht, ist die gesamte Planung hinfällig. Denn je nachdem, ob in den Gebieten Windräder zugelassen werden oder nicht, verschiebt sich der Bedarf an weiteren möglichen Flächen.

Der Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein sieht die Lage mit Sorge. Auf keinen Fall dürfe es erneut ein Moratorium geben: „Das würde den Aus-

bau zum Stoppen bringen“, so Landesgeschäftsführer Marcus Hrach in einer Mitteilung im März. Zum jetzigen Urteil sagte er auf taz-Anfrage: „Die Landesplanung ist gefragt, so schnell wie möglich neue Flächen für moderne Windenergieanlagen rechtssicher auszuweisen.“ Dabei müsse die Regierung das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 mitdenken.

Mit diesem „übergeordneten Ziel zum Wohle der Allgemeinheit“ argumentierte auch Anwalt Timo Hohmuth für einen weiteren Ausbau von Windparks. Angesichts von Klimawandel und Ukraine-Krieg hätte sich die Meinung zu erneuerbaren Energien gewandelt, doch das sei nicht berücksichtigt worden. Er habe daher weiter „erhebliche Zweifel“, sagt er der taz: „Aus meiner Sicht ist das Gericht sehr wohlwollend mit der Planung des Landes umgegangen.“

Der Verwaltungsrechtler Wolfgang Ewer, der die Landesregierung vertrat, sah es anders: Einen absoluten Vorrang für den Klimaschutz gebe es nicht. Aber auch die Klage der Gemeinde Krummbek sah er kritisch: Es habe ausreichende Bürgerbeteiligung gegeben.

Diese Meinung teilte das Gericht: Das Land habe mit 67 Vorrangflächen auf rund 4.800 Hektar Land die Belange des Klimaschutzes ausreichend berücksichtigt, daher brauche es die Flächen der Landwirtin nicht.

Auch die Klage der Gemeinde Krummbek wurde abgelehnt: Der kleine Ortsteil sei eine „Splittersiedlung“, für die andere Regeln gelten als für ein geschlossenes Dorf. Daher dürfen die Windräder auf 400 Meter an die Häuser heranrücken.

Zurzeit stellt die schwarz-grüne Landesregierung neue Regionalpläne auf, um mehr Windflächen ausweisen zu können. Aber auch das Gericht hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen: Gegen den Planungsraum im Südwesten des Landes liegen über 40 Klagen vor.

nachrichten

SPD wirft CDU-Ministerin Prien Rassismus vor

Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzende Serpil Midyatli hat empört auf Äußerungen von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) über Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) reagiert. In der Diskussion über die Festlegung sicherer Herkunftsländer in der Asylpolitik hatte Prien am Dienstag bei NDR Info gesagt: „Natürlich ist Aminata Touré durch

ihre eigene Fluchtgeschichte geprägt. Aber am Ende muss man in der Lage sein, als Politiker sich auch von seinem eigenen Schicksal ein Stück weit zu lösen.“ Midyatli warf Prien eine Entgleisung vor, für die Sie sich sofort entschuldigen müsse. Prien liefere mit ihrer Aussage den besten Beweis dafür, wie Alltagsrassismus funktioniere. Touré sei gebürtige Schleswig-Holsteinerin, betonte die SPD-Landeschefin. (dpa)

Staatsschutz ermittelt nach Schüssen auf Basis-Parteibüro

Nachdem Unbekannte offenbar Schüsse auf ein Büro der Basisdemokratischen Partei Deutschland in Osnaabrück abgegeben haben, hat der Staatsschutz Ermittlungen aufgenommen. Nach Angaben eines Polizeisprechers vom Mittwoch kam es zwischen Donnerstagabend und Freitagnachmittag zu Sachbeschädigungen am Schaufenster des Partei-

büros und an einem nahe gelegenen Wohnhaus. An einem der Tatorte wurden deformierte Teile von Projektilen gefunden. Das deutete darauf hin, dass mit einer scharfen Waffe geschossen worden sei, sagte ein Polizeisprecher. Die Basisdemokratische Partei Deutschland (Die Basis) entstand 2020 im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. (dpa)

Großer Boiler macht Fernwärme aus Wind

Auf dem Gelände des Kohlekraftwerks Wedel ist ein Wärmespeicher fertiggestellt worden, mit dem sich überschüssiger Windstrom in Fernwärme für Hamburg verwandeln lässt

Von **Gernot Knödler**

Endlich mal ein erfreulicher Termin für Robert Habeck. Der Bundeswirtschaftsminister von den Grünen, der seit Wochen wegen seiner Klimaschutzbemühungen angegriffen wird, kann am heutigen Donnerstag in Wedel zeigen, wie die Energiewende praktisch funktioniert.

Auf dem Gelände des Kohlekraftwerks Wedel, das Hamburg mit Strom und Fernwärme versorgt, würdigt Habeck einen der größten Wärmespeicher der Republik. Die kürzlich fertiggestellte Anlage soll helfen, das schwankende Angebot und die Nachfrage nach erneuerbarer Energie auszugleichen. „Der Norden produziert Windenergie im Überfluss – statt sie abzuregeln, nutzen wir den Überschuss zum Heizen“, brachte es der Hamburger Umweltstaatsrat Michael Pollmann (Grüne) beim Richtfest vor einem Jahr auf den Punkt.

Der Speicher, eine sogenannte Power-to-Heat-Anlage, ist von den städtischen Hamburger Energiewerken gemeinsam mit dem Stromübertragungsnetzbetreiber 50 Hertz für 31,5 Millionen Euro errichtet worden. Sie funktioniert nach dem Prinzip eines Tauchsieders: Gibt es mehr Windstrom im Netz, als im Norden verbraucht oder

nach Süden abgeführt werden kann, wird damit das Wasser in zwei 23.000-Liter-Kesseln erhitzt. Damit sollen rund 27.000 Wohnungen versorgt werden.

Die Kessel, die eigentlich schon in der zurückliegenden Heizperiode in Betrieb gegangen sein sollten, nehmen auch Druck vom grünen Umweltsektor Jens Kerstan. Denn das ineffiziente, aus den 60er-Jahren stammende Kohlekraftwerk Wedel läuft schon viel länger, als dem Senator lieb ist. Zugleich ist der Senat im Begriff, das Hamburgische Klimaschutzgesetz nachzuschärfen. Demnach soll der Kohlendioxidausstoß schon bis 2030 um 70 Prozent gegenüber 1990 sinken; bis 2045 soll die Stadt klimaneutral sein.

Die Wind-zu-Wärme-Anlage ist ein Schritt auf dem Weg dahin. Sie soll einen Teil der Wärme liefern, die bisher aus dem Kohlekraftwerk kommt, und damit den Kohleverbrauch des Kraftwerks von 440.000 auf 390.000 Tonnen im Jahr senken. Ende 2025 soll das Kohlekraftwerk ganz vom Netz genommen, aber noch in Reserve gehalten werden, bis die geplanten Alternativen zur Verfügung stehen.

Dazu gehört in erster Linie der Energiepark Hafen auf der anderen Elbseite, der durch eine Fernwärmeleitung unter der Elbe

hindurch an das Fernwärmenetz nördlich der Elbe angeschlossen werden soll. Beim Bau des Tunnels gab eine Spundwand nach, sodass sich der Anschluss des Energieparks verzögert.

Den Tunnel könnte man als Symbol dafür sehen, wie komplex es ist, das Hamburger Fernwärmeangebot von Kohle über Gas auf erneuerbare Energie

Wärme für Hamburg

Die Hamburger Energiewerke versorgen zurzeit rund 500.000 Haushalte mit Fernwärme. Das Leitungsnetz ist 860 Kilometer lang und bedient 11.600 Übergabestationen.

Insgesamt elf Heizkraftwerke, Heizwerke und Blockheizkraftwerke bieten eine thermische Leistung von 1.800 Megawatt. Damit liefern sie 4.000 Gigawattstunden im Jahr.

Das Heizkraftwerk Wedel hat eine Wärmeleistung von 423 Megawatt und lieferte im Schnitt 1.200 Gigawattstunden.

Die Power-to-Heat-Anlage soll 80 Megawatt Wärmeleistung bieten und damit 27.000 Haushalte versorgen.

umzustellen. Denn der Energiepark Hafen ist nur eine von vielen Quellen, aus denen künftig die Fernwärme für die Hamburger Haushalte kommen soll – und er besteht seinerseits wieder aus mehreren Komponenten.

Dazu gehören ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk, industrielle Abwärme, eine Wärmepumpe, die Energie aus Abwasser zieht, Wärme aus einer Müllverbrennungsanlage und aus einem Aquiferspeicher. Bei Letzterem wird Überschusswärme in einer salzwasserhaltigen Schicht unter der Erde gespeichert. Dazu kommen weitere Anlagen nördlich der Elbe: Heizkraftwerke, Blockheizkraftwerke, eine Wärmepumpe in der Elbe. Seit 2018 beliefert der Kupferhersteller Aurubis einen Teil der Hafencity mit CO₂-neutraler Fernwärme; ab 2024/25 soll Aurubis weitere 20.000 Haushalte versorgen.

Kritik gibt es daran, dass der Senat die Verbrennung von Restholz und Müll als CO₂-neutrale Wärmequellen eingeplant hat. Holz braucht lange, bis es nachwächst, und bei der Müllverbrennung wird fossiles CO₂ frei. Letzteres bei der Klimabilanz nicht zu berücksichtigen, sei Betrug, kritisiert Gilbert Siegler vom Hamburger Energietisch, der die Energiewende in Hamburg begleitet.

Fühlt sich kriminalisiert: Aktivistin Lynn bei ihrer friedlichen Aktion in Osnabrück
Foto: Hermann Penttermann

das portrait



Klima-Aktivistin Lynn wurde wegen Verleumdung der Polizei verurteilt

Den 3. Mai 2023 wird „Lynn“ nicht vergessen. Es ist der Tag, an dem sie verurteilt wird, vom Amtsgericht Osnabrück, in einem Verfahren, das sie als „kalt“ und „kontextlos“ empfindet, in dem sie sich unverstanden fühlt. Die 23-Jährige ist Klima-Aktivistin bei Extinction Rebellion; Lynn ist ihr Aktionsname. Anfang 2022 setzt sie sich in Osnabrück auf die Straße, in einer „Rebellion of One“, mit dem Schild: „Ich habe Angst vor Hunger und Verteilungskampf wegen der Klimakrise“. Die Aktion ist friedlich, der Verkehr kann auf die Gegenfahrbahn ausweichen.

Der Frieden ist vorbei, als die Polizei eintrifft. Zwei Polizisten ziehen Lynn von der Straße, obwohl sie einwilligt, freiwillig aufzustehen. Was auf der Wache folgt, beschreibt Lynn kurz danach als Einschüchterungsversuch, als Machtmissbrauch, als Grenzüberschreitung: „Ich musste mich ausziehen. Zeitweilig stand ich da völlig nackt.“ Weil Lynn davon erzählt (*taz berichtet*), reicht die Polizei Verleumdungsklage ein. Am 3. Mai erlebt Lynn einen „zweiten Schock“: Die RichterIn glaubt der Polizei.

Mehr noch: Sie geht weit über den Strafantrag der Staatsanwältin hinaus. Statt 70 Tagesätze verhängt sie 120. Würde das Urteil rechtskräftig, stünde in Lynns Lebenslauf dadurch eine Vorstrafe. „Das ist krass“, sagt sie, die an der Universität Osnabrück ihren Bachelor in Psychologie schreibt. „Das stellt infrage, ob ich je approbiert werde, als Psychotherapeutin arbeiten kann.“ Damit nicht genug: Den Bußgeldantrag der Staatsanwältin erhöht die RichterIn um das Doppelte. In Lynn löst der Prozess Wut aus, Enttäuschung, Verwirrung, Trauer.

Lynn ist engagiert, empathisch, reflektiert. „Wenn ich Handlungsbedarf sehe, handle ich“, sagt sie. Als „gewissenhaft und organisiert“ beschreibt sie sich. Sie habe ein „Bedürfnis, andere Menschen zu verstehen“, auch einen „sehr besonderen Humor“. Und dann lacht sie ein bisschen, trotz allem.

Im Grunde nichts gegen die Polizei

Die Härte des Urteils erklärt Lynn so: „Wir sind uns sicher, dass das Urteil vor einem Jahr, bevor die Letzte Generation derart in den öffentlichen Diskurs geraten ist, anders ausgefallen wäre. Klimaaktivismus ist für die RichterIn ganz klar negativ konnotiert.“ Lynn fühlt sich „kriminalisiert“.

Im Grunde hat Lynn nichts gegen die Polizei. Als Erlebnispädagogin arbeitet sie zur Prävention von (Cyber-)Mobbing und Rassismus, in dem die Polizei immer wieder als helfende und schützende Instanz erwähnt wird. Bei Klima-Aktionen arbeitet sie bundesweit als Polizeikontakt, um zu vermitteln, einen friedlichen Rahmen zu gewährleisten. „Aber wenn du erlebst, was ich erlebt habe, geht das natürlich nicht spurlos an dir vorbei.“

Lynn ist sehr konsequent. Mit Wirtschaftspsychologie hat sie nach zwei Semestern aufgehört. Auch weil dort der Nahrungsmittelkonzern Nestlé als nachhaltig angesprochen wurde. „Da wurde viel Greenwashing betrieben.“ Lynn handelte und ging.

In ihrem noch jungen Leben hat Lynn schon viel erlebt. Ein Freiwilliges Ökologisches Jahr an einer politischen Bildungsstätte. Ein mehrwöchiges Selbstexperiment, um geldfrei zu leben. Am 3. Mai hat sie die Macht des Staates erlebt. Lynn wird in Berufung gehen.
Harff/Peter Schönherr

Der Autor, für die taz Beobachter von Lynns Aktion Anfang 2022, ist im Prozess Anfang Mai 2023 als Zeuge der Verteidigung aufgetreten.



Hamburg setzt auf blauen Wasserstoff aus Norwegen

Norwegen kann aus Sicht der Hamburger Wirtschaftsbehörde den Wasserstoffbedarf der Hamburger Industrie decken. Vertreter norwegischer Regierungsinstitutionen und Unternehmen hätten eine nachfragegerechte Verfügbarkeit von kohlenstoffarm hergestelltem Wasserstoff, sogenanntem blauem Wasserstoff, betont, teilte ein Behördensprecher

anlässlich der Delegationsreise von Wirtschaftssenatorin Melanie Leonhard (SPD) nach Norwegen und Dänemark mit. Damit sei die Installation von Wasserstoffanwendungen in der Hamburger Industrie nicht mehr allein von der lokalen Herstellung abhängig, sondern Unternehmen könnten bereits Planbarkeit herstellen, indem auf Lieferungen aus Norwegen zurückgegriffen werde. (*dpa*)

Verbot von Muschelfischerei in der Flensburger Förde

Die dänische Regierung hat ein Verbot der Fischerei mit Grundschleppnetzen in der Flensburger Förde angekündigt. Betroffene Fischer erhielten eine Entschädigung, sofern keine alternativen Fanggebiete gefunden würden. Der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler nannte das Abkommen „eine fantastische Nachricht für unsere Flensburger Förde“.

Der SSW-Landtagsabgeordnete Christian Dirschauer sagte, das Verbot bedeute einen entscheidenden Beitrag für die Erholung der Förde. „Wichtig ist jetzt, dass die Sanierung der Förde weiterbetrieben wird und die avisierten grenzüberschreitenden kommunalen Projekte zügig eingeleitet werden.“ Bereits seit einigen Jahren wird auf deutscher Seite der Innenförde nicht mehr nach wilden Muscheln gefischt (*dpa*)

das wird

„Jede Vergabe von Raum nimmt anderen Raum“

Queer_feministische Kunst war schon immer da – blieb aber lange unsichtbar. Ein Symposium in Kiel soll das reflektieren und ändern

Interview Emily Kietsch

taz: Mona Behfeld, was steckt hinter dem Namen: „Sichtbar – machen – werden – sein“?

Mona Behfeld: Es geht darum, Sichtbarkeit für queer_feministische Kunst und Design herzustellen, mit Vorträgen, Filmscreenings, Performances und Workshops. Die Perspektive, dass es mehr gibt als nur männlich und weiblich, braucht Raum und Platz in der Kunst. Es stellt sich immer die Frage, wem man diesen Platz gibt. Das hat etwas mit Macht zu tun.

Wem gibt die Muthesius-Kunsthochschule bei dem Symposium diesen Raum?

Wir wollen vielfältige Stimmen hören. Wir als Konzipierende der Veranstaltung verstehen unsere Rolle nicht so, dass wir diejenigen sind, die Antworten geben, sondern wir bieten Raum für Expert*innen der queeren Kunst und des queeren Designs. Außerdem spielt der tatsächliche Raum eine Rolle: Das Symposium findet nicht versteckt im Hörsaal statt, sondern in einer Galerie, mitten im Zentrum von Kiel. So werden wir sichtbar. Bei der ganzen Veranstaltung geht es aber auch um die Ambivalenz, dass jedes Sichtbarwerden auch ein Reproduzieren von Unsichtbarkeiten ist. Jede Vergabe von Raum nimmt anderen Raum.

Wie meinen Sie das?

Es gibt diese Metapher mit den zwei Seiten der Münze: Ich kann meine Aufmerksamkeit nur auf eine Seite der Münze richten und bin nicht in der Lage, die Münze in ihrer Gesamtheit zu sehen. Für die Kunst und das Design bedeutet das, dass es um die Inszenierung von Aufmerksamkeit geht. Wir alle sind in manchen Bereichen blind und können die Welt nicht im Ganzen sehen. Es geht darum, auf was wir unseren Fokus richten. Man kann mit der Frage starten: Was können wir dafür tun, dass die Kunstszene in ihrer Queerness sichtbar wird?

Ein Vortrag beschäftigt sich mit „Kritik an der Kunst in Form von Memes“: Welche Rolle spielen Internetbilder und -videos in queer_feministischer Kunst?

Wir bewegen uns im postdigitalen Zeitalter. Sprich: Wir haben es mit vielen medialen Formaten und mit den sozialen Medien zu tun. Memes zählen dazu. Man kann anhand von solchen Beispielen erkunden, wie neue post-digitale Räume genutzt werden könnten, um Sichtbarkeit zu erlangen.

Ist es für Flinta*-Personen schwieriger als für Männer, sich in der Kunstszene durchzusetzen?

Das ist eine gute Frage. Ich hoffe, dass die beim Symposium diskutiert wird. Welche Interessen werden von der queeren Kunst verfolgt und mit welchen Gegenspieler*innen hat es die queere Kunstszene zu tun? Ich wünsche mir, dass queere Künstler*innen bei der Veranstaltung über ihre Schwierigkeiten sprechen. Sichtbar werden klingt glanzvoll, aber der Weg zur Aufmerksamkeit hat oft viel mit Verletzbarkeit und Rückschlägen zu tun.

Wie (un)sichtbar ist queer_feministische Kunst aktuell?

Diese Frage kann ich als Einzelperson nicht hinlänglich beantworten. Wir wollen bei unserem Symposium zu einer gemeinschaftlichen Bestandsaufnahme gelangen. Lange Zeit ist queere Kunst und feministische Kunst unsichtbar gemacht worden – obwohl sie immer da war. Ich glaube, dass die Kunstszene schon immer queer war. Nur bisher ist sie in ihrer Vielfalt gar nicht sichtbar geworden. Ich erlebe das aber jetzt als etwas, das im Prozess ist.

Symposium „Sichtbar – machen – werden – sein: queer_feministische Perspektiven“, Galerie spce, Kiel, 8.–10. 6., auch per Zoom. Infos: www.muthesius-kunsthochschule.de

der fürn-guten-zweck-glamour

Zur Unterstützungs-Gala fürs wirklich löbliche Nachtengel-Obdachlosen-Projekt kommen in Hannovers königliche Reithalle „Cavallo“ auch Stars wie Simone Thomalla. Die hat zuletzt als Ex-Quasi-Schwiegermutter von Rammstein-Sänger Till Lindemann Aufmerksamkeit erregt. Eintritt: 100 Euro.



Vom Wühlen im Abgrund der Familie

Mit der pointierten Dramatisierung von Delphine de Vigans Autofiktion „Nichts widersetzt sich der Nacht“ beseitigt das Deutsche Theater Göttingen einen Missgriff der Übersetzung

Jenny Weichert, Angelika Fornell und Tara Helena Weiß lauschen inmitten der Plastiken de Vigans Interviews Foto: Isabell Winarsch/DTG

Von Jens Fischer

Es gilt als uncool, noch als Er-wachsen-er damit zu hadern, dass Eltern, Familie, Erziehung verantwortlich dafür seien, warum man kein Standbein ins Leben bekommt. Für cool wird hingegen gehalten, die rumorende Ausformulierung der eigenen Persönlichkeit nicht einfach nur erduldet, sondern im Sinne der existenzphilosophischen Freiheit selbst kreiert zu haben.

Dass es so einfach leider nicht sei, Erlebnisse der Kindheit und Jugend seelische Verheerungen anrichten können, die nicht fix mal wegzuthrapieren seien, das behauptet Delphine de Vigan in ihren Büchern, ja, es scheint geradezu der Anlass für ihr Schreiben zu sein. Die französische Literatin spricht von einem Fluch, der auf ihrer Familie laste, in der sich tragische Todesfälle sowie Suizide häufen. Und sie sucht Gründe, warum ihre alleinerziehende Mutter Lucile dem Alltag nicht gewachsen war, sich zunehmend verunsichert und verängstigt abgrenzte, mit Alkohol und Marihuana, später mit Psychopharmaka betäubte und sich schließlich das Leben nahm.

Wie die in Schulfragen verstrickten Hinterbliebenen damit umgehen, das untersucht die Autorin in ihrem virtuellen Spiel mit Autobiografie, Autofiktion und Erzählung ebenso wie die Überforderungen der Mutter sowie die Folgen für viel zu früh auf sich allein gestellte Kinder – und zieht beispielsweise eine Verbindung zu ihrer Magersucht. „Rien ne s’oppose à la nuit“ ist das 2011 erschienene Buch betitelt. Für die deutsche Ausgabe prangt auf dem Cover „Das Lächeln meiner Mutter“. Diesen Übersetzungsmissgriff korrigiert nun das Deutsche Theater Göttingen und bringt die Dramatisierung als „Nichts widersetzt sich der Nacht“ her-

aus. Gemeint ist die psychische Verfinsterung durch eine manisch-depressive Erkrankung.

Da es um eine geradezu archäologische Erkundung des Lebens der Mutter anhand hinterlassener Notizen, Briefe, Tagebucheinträge, Fotos geht und dabei die Abgründe der Familiengeschichte als geradezu antiker Mythos erscheinen, kommt die deutschsprachige Erstauflage nicht im Theater, sondern an der Universität Göttingen im Archäologischen Institut heraus.

Das residiert in der hübsch antiquierten Atmosphäre eines mehr als 100 Jahre alten Seminargebäudes. Außergewöhnlich beeindruckend: In elf Sälen drängeln sich gipsweiße Abgüsse hellenischer und römi-

se an jenem Januarmorgen in ihrer Wohnung fand. Die Beugen ihrer Fingerknöchel sahen aus, als seien sie voller Tintenflecken. Meine Mutter war schon seit mehreren Tagen tot.“

Fornell ist jetzt die Autorin am Ausgangspunkt einer umfangreichen Recherche und wechselt fortan mit den Kolleginnen Jenny Weichert und Tara Helena Weiß, alle in gipsweißen Kostümen, ständig die Erzählhaltung. Sie lesen schriftliche Fundstücke de Vigans vor, die aus Karteikästen und Büchern purzeln, und rezitieren Gedichte, mit Baudelaire und weiteren begnadeten Untergehnern einer späten Romantik hatte Lucile sich verschwistert.

Vermutungen über die Bruchlinie ihrer Biografie wer-

det und angespielt. Zusätzlich setzt Regisseurin Schirin Khodadadian auf symbolische Szenen-Miniaturen: Eben wurde das Publikum noch darauf hingewiesen, dass es das Allerschlimmste sei, wenn ein Sammlungsobjekt beschädigt werde, nun transportieren die Spielerinnen eine Gipsfigur durch die Säle, schreien plötzlich auf und verweisen auf Gipsbrösel am Boden. Ein Missgeschick? Ein Unfall? Nein, das Bild für die gerade beschriebene Katastrophe: Ein Bruder Luciles ist ertrunken.

Die Inszenierung will mit allem Leid beim Publikum vor allem Sympathie für Lucile wecken, als Hommage an sie versteht de Vigan auch ihr Buch. Geht es um Versöhnung dank geschönter Erinnerungen? Jedenfalls werden Luciles Erfolge gefeiert als Modell und die wilde Unkonventionalität, das Rebellentum sowie ihr literarisches Talent bewundert. Wie eine Statue sitzt eine Lucile-Darstellerin bald verloren auf einem Podest – am Ende wird an ihrer statt eine strahlend bunte „Artemis von Pompeji“-Replik hereingeschoben. So wie dort die Bemalung des vor über 2.000 Jahren in Marmor gehauenen Originals auf einem Mix aus wissenschaftlicher Rekonstruktion und Fantasie beruht, wird an diesem Abend aus Wunsch und Wirklichkeit ein Bild Luciles entworfen. Sie soll nicht zerbrochen, nicht mehr zerbrechlich, sondern wieder wunderschön sein. Eine Fiktion – als Trost gegen den Schmerz und die Sprachlosigkeit. Ein Selbsttherapievorschlag für Betroffene. So faszinierend der Text – so wunderbar pointiert die Inszenierung.

Wieder am 16. und 17. 6. sowie 1., 4. und 6. 7., immer um 21 Uhr im Archäologischen Institut, Nikolausberger Weg 15, Göttingen



Foto: Anna Clark

Mona Behfeld 30, Kommunikationsdesignerin, Doktorandin an der Muthesius-Kunsthochschule, hat die Veranstaltung mitkonzipiert.